Dienstag, 16. Juli 1985 - D ***

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 162 - 29.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 105 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Protest: Der belgische Justizminister und stellvertretende Regierungschef Jean Gol hat gestern seinen Rücktritt eingereicht. Er begründete seine Entscheidung mit der Weigerung von Innenminister Nothomb, die Verantwortung für Organisationsmängel zu übernehmen, die am 29. Mai zur Katastrophe beim Europapokalendspiel im Brüsseler Heysel-Stadion beigetragen hätten.

Dioxin: Als erstes Bundesland will Niedersachsen in einem neu einzurichtenden Untersuchungslabor Lebensmittel regelmäßig auf das als Seveso-Gift bekanntgewordene Dioxin untersuchen. Es müsse davon ausgegangen werden, daß die hochgiftigen Dioxine als Umweltschadstoffe in unterschiedlicher Menge und Verbindungsart bereits in Lebensmitteln vorhanden seien.

Ausgewiesen: Wegen angeblicher „antisowjetischer Hetze" hat Polen einen 22jährigen Deutschen ausgewiesen. Er soll versucht haben, polnischen Staatsbürgern sowjetfeindliche Dokumente zu übergeben.

Junge Union: Neun Berliner Mitgliedern der CDU-Nachwuchsorganisation wurden von der „DDR" Einreisevisa verweigert. Sie wollten unabhängig voneinander zu privaten Besuchen nach Ost-Berlin reisen.

Familienbesuche: Erstmals haben Nord- und Südkorea gegenseitige Besuche von Familien vereinbart, die seit dem Koreakrieg getrennt leben. Ende September sollen zwei Gruppen von jeweils 300 Personen in den anderen Teil der Halbinsel reisen dürfen.

Kernkraft: Die USA und China stehen kurz vor dem Abschluß eines Kooperationsabkommens im Kernkraftbereich, wurde offiziell in Washington mitgeteilt. Dadurch werde der Weg für den Verkauf von US-Kernreaktoren an die Volksrepublik frei.

Sekten: Angesichts der Ausbreitung des Sektenwesens wird im Vatikan ein Dokument vorbereitet, das als pastorale Handreichung an alle Bischofskonferenzen geschickt werden soll. Nicht zuletzt wird befürchtet, daß durch die Sekten die ökumenischen Beziehungen zwischen den Kirchen belastet werden. (S. 5)

Anzeige: Ein aus politischer Haft in der „DDR" entlassenes Ehepaar hat gegen den Ostberliner Anwalt Wolfgang Vogel Anzeige wegen des Verdachts der Beihilfe zur Kindesentziehung und Nötigung gestellt. Dem 1984 in die Bundesrepublik übergesiedelten Ehepaar war während der Haftzeit das Erziehungsrecht für seine heute siebenjährige Tochter aberkannt worden. (S. 6)

ZITAT DES TAGES

» Die totalitären Systeme haben schon Millionen Menschen geopfert, um einen ‚perfekten Menschen' zu schaffen, den es nie geben wird. Der demokratische Weg ist der beste, weil er den Menschen respektiert «

Der argentinische Schriftsteller Ernesto Sabato in einem WELT-Gespräch. Er leitete die Kommission zur Klärung des Schicksals vermißter Personen (S. 15)

FOTO: DIE WELT

WIRTSCHAFT

***Arbed Saarstahl:** Trotz einer kräftigen Umsatzsteigerung 1984 um 13,4 Prozent auf 2,23 Milliarden DM steckt der Konzern noch immer tief in den roten Zahlen. Ministerpräsident Lafontaine fordert von Kanzler Kohl erneut Hilfen des Bundes. (S. 11)*

Dollar: Der amtliche Mittelkurs der US-Währung sank gestern in Frankfurt ohne Mitwirkung der Bundesbank auf 2,8790 DM und erreichte damit sein niedrigstes Niveau seit dem 6. August 1984.

Fangunion: Das von Niedersachsens Ministerpräsident Albrecht vorgestellte Modell für eine Fangunion, an der alle vier in der Hochseefischerei tätigen deutschen Reedereien beteiligt sein sollten, läßt sich in dieser Form offenbar nicht realisieren. Zumindest die Hanseatische Hochseefischerei wird dem Zusammenschluß nicht angehören. (S. 9)

Börse: Der Wochenbeginn an den Aktienmärkten war erwartet schwach. WELT-Aktienindex 196,44 (197,89). Am Rentenmarkt war die Stimmung abwartend. BHF-Rentenindex 103,799 (103,817). Performance-Index 104,952 (104,940). Dollar-Mittelkurs 2,8790 (2,9023) Mark. Goldpreis 317,15 (315,05) Dollar.

KULTUR

Literatur: Im Alter von 77 Jahren starb der Schriftsteller Gustav René Hocke. Er hatte für seine Veröffentlichungen zur bildenden Kunst zahlreiche internationale Auszeichnungen erhalten. Bekannt wurde er vor allem durch sein Buch „Die Welt als Labyrinth". (S. 15)

Ballett: Mit Ovationen, Blumen und Konfetti gingen in der Staatsoper die 11. Hamburger Ballettage zu Ende. John Neumeier und seine Tanzcompany wurden nach einer vierstündigen Galavorstellung, die dem russischen Tänzer Vaclav Nijinsky gewidmet war, enthusiastisch gefeiert. (S. 15)

SPORT

Fernsehen: Das ZDF hat im Hinblick auf die Olympischen Spiele 1988 in Seoul Kooperations-Abkommen mit der staatlichen koreanischen Fernsehgesellschaft KBS und dem kommerziellen Sender MBC abgeschlossen.

Fechten: Cornelia Hanisch (33), zum dritten Mal Weltmeisterin geworden, will ihre Karriere noch nicht beenden. Sie sagte jedoch: „Obwohl mir die nächste Medaille immer die liebste ist, ist Seoul kein Thema mehr." (S. 8)

AUS ALLER WELT

Weinverfälschung: Nach dem *Skandal* um *burgenländische* Weine könne nicht ausgeschlossen werden, daß der Markt für österreichische Spät- und Auslesen „für 20 Jahre kaputt" sei, befürchtet die im Export bedeutende Winzergenossenschaft Krems an der Donau. (S. 16)

„Groschengrab": Erfunden wurde sie in Oklahoma City. Heute feiert die Parkuhr ihr 50. Jubiläum. Doch einige Kommunen beginnen an ihrer Effektivität zu zweifeln. (S. 16)

Wetter: Wolkig, niederschlagsfrei. 21 bis 27 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Beamtenbund fordert vom Staat mehr Einstellungen

Gespräch beim Kanzler / Sorgen um die Einkommen im „einfachen Dienst"

GÜNTHER BADING, Bonn

Zur Abkehr von der „restriktiven" Einstellungspolitik im Staatsdienst hat der Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes (DBB), Alfred Krause, gestern Bundeskanzler Helmut Kohl aufgefordert. In einem zweistündigen Gespräch im Kanzleramt begründete Krause diese Forderung mit dem Beispiel der Arbeitsverwaltung, wo im selben Zeitraum, in dem die Zahl der Arbeitslosen von 1,1 Millionen auf 2,2 Millionen geklettert sei, *die Zahl der Beschäftigten nur von* 55 000 auf 63 000 gestiegen sei. Allein in diesem Bereich fehlen nach der von Krause dem Bundeskanzler vorgetragenen Einschätzung rund 5000 zusätzliche Stellen.

Weitere Themen des Gesprächs war der Beförderungsstau bei den Beamten – Krause verwies darauf, daß manche Beamte 16 Jahre auf derselben Stelle auszuharren hätten –, sowie das immer weitere Auseinanderklaffen der Einkommensschere zwischen Staatsdienern und der privaten Wirtschaft. Die den Beschäftigten in den letzten zehn Jahren entstandene Differenz wurde vom Beamtenbund mit 15 Prozent angegeben.

An dem Treffen im Bundeskanzleramt nahmen neben Kohl und Krause Kanzleramtschef Wolfgang Schäuble und die drei Stellvertreter des DBB-Vorsitzenden, Ulrich Berger, der CSU-Abgeordnete Otto Regenspurger und Karl Klein teil. Der Bundesinnenminister war vom Kanzler nicht hinzugezogen worden.

Weiteres vom Beamtenbund angeschnittenes Thema ist eine Nachbesserung der für den einfachen Dienst durch Anhebung der sogenannten Harmonisierungszulage beschlossenen Einkommenserhöhung. Vor allem nach dem Beschluß, die Sozial*hilfesätze anzuheben, werden im* DBB wieder die Sorgen formuliert, daß die geringverdienenden Beamten – wie etwa Briefzusteller oder Justizwachtmeister – erneut in die Nähe der Sozialhilfe-Beiträge für den Unterhalt Bedürftiger rutschen könnten.

Zu der Diskussion um einen Vorruhestand im öffentlichen Dienst hatte der Beamtenbund schon *vor dem* Gespräch mit dem Bundeskanzler klargestellt, daß ihm zunächst an einer Gleichstellung *von Bundes- und Lan*desbeamten gelegen sei. Die flexible Altersgrenze für Beamte der Länder liegt derzeit bei 62 Jahren, für Bundesbeamte bei 63 Jahren. Beim DBB verweist man darauf, daß diese Gleichstellung nur Kosten von 18 Millionen Mark im Jahr ausmachen würde. Davon würden je fünf Millionen *bei den Beamten der Bundesbehör*den, weitere fünf Millionen bei den Bundesbahn-Beamten und acht Millionen bei der Post anfallen.

Die Diskussion *um einen* Vorruhestand im öffentlichen Dienst war ausgelöst worden durch ein Interview, in dem Kanzleramtschef Schäuble gesagt hatte, die Bundesregierung werde die der Wirtschaft anempfohlene Vorruhestandsregelung auf eventuelle Übernahmemöglichkeiten für den öffentlichen Dienst überprüfen. In weiteren Interviews hat Bundesminister Schäuble sich darum bemüht, den falschen Eindruck auszuräumen, als habe die Regierung bereits konkrete Pläne in dieser Richtung. „Wir *prüfen natürlich das, was wir anderen* empfehlen, auch für den Bereich des öffentlichen Dienstes selbst."

Konservative liegen in Bolivien vorn

General Banzer führt bei der Präsidentenwahl / Parlament trifft letzte Entscheidung

WERNER THOMAS, La Paz

Im ärmsten Land Südamerikas gewinnenach einer Linksregierung, die 33 Monate amtierte, offenbar die konservativen Kräfte die Oberhand. Der ehemalige Diktator, General Hugo Banzer (59), und seine „Nationaldemokratische Aktion" (ADN) sind am Sonntag aus den Wahlen in Bolivien als stärkste Kraft hervorgegangen. Banzer, Enkel eines eingewanderten Berliners, verfehlte allerdings die für einen Sieg notwendige absolute Mehrheit. Das am Montag ebenfalls gewählte Parlament muß deshalb am 3. August zwischen den drei Präsidentschaftskandidaten mit den höchsten Stimmenzahlen entscheiden. Am 6. August soll der neue Präsident sein Amt antreten.

Hinter Banzer, der nach den am Montag vorliegenden noch inoffiziellen Ergebnissen auf etwa 45 Prozent der Stimmen kam, belegte der Ex-Präsident Victor Paz Estenssoro von der „Nationalrevolutionären Bewegung" (MNR) mit rund 20 Prozent den zweiten Platz, gefolgt von dem früheren sozialdemokratisch orientierten Vizepräsidenten Jaime Paz Zamora mit zehn Prozent der Stimmen. Weitere 14 Bewerber um die Nachfolge des scheidenden Präsidenten Hernan Siles Zuazo (72) wurden weit abgeschlagen.

Der erklärte Antikommunist Banzer, der bereits von 1971 bis 1978 regierte, will „politisch motivierte Streiks" mit „außergewöhnlichen *Vollmachten" bekämpfen, um die er* nach seinen Angaben das Parlament ersuchen wird. Außerdem will er den unter Siles Zuazo gewachsenen Einfluß des Staates, der jetzt 70 Prozent der Wirtschaft kontrolliert, zurückschrauben und das private Unternehmertum fördern. Dabei muß er mit dem Widerstand der Gewerkschaften rechnen, die bereits zur Bildung einer „antifaschistischen Widerstandsfront" aufgerufen haben.

Nach einer Analyse der scheidenden Regierung Siles Zuazo, die 1984 die Zahlungen für die auf 3,8 Milliarden Dollar angewachsenen Auslandsschulden aussetzte, sollen 60 Prozent der Bolivien in den 70er Jahren gewährten internationalen Kredite auf private Konten im Ausland geflossen sein. In breiten Schichten Boliviens *herrscht Enttäuschung über die* erfolglose Wirtschaftspolitik der von Siles Zuazo geführten „Demokratischen Volkseinheit" (UDP) unter Einschluß von Kommunisten, Sozialdemokraten und Linksnationalisten, die im Oktober 1982 unter dem Jubel der Massen in La Paz ein 18 Jahre währendes Militärregime abgelöst hatte.

*Die Arbeitslosigkeit wuchs seit*dem von 9,8 Prozent auf 21 Prozent. Die Inflation stieg von 297 auf rund 8000 Prozent. Die Streiks, mit denen der Gewerkschaftsbund COB die Regierung zu Lohnerhöhungen zwang, lähmten die Produktion und führten zu Lebensmittelmangel.

General Simon Sejas Tordoya, der Oberbefehlshaber der putschfreudigsten Streitkräfte Lateinamerikas, sorgte dafür, daß alle Gerüchte über einen geplanten Staatsstreich verstummten. Am Sonntag absolvierte der General seine Wahlpflicht und versicherte anschließend vor den Fernsehkameras: „Wir werden den Sieger respektieren, ganz gleich, wie er heißen mag." Sieger der ersten Runde war General Banzer. (SAD)

Seite 2: Kurskorrektur in Bolivien

Auch in Pakistan schiitischer Terror

Gewalt eskaliert / Religiöse Minderheit fühlt sich von den Sunniten unterdrückt

P. DIENEMANN, Neu-Delhi

Tragen die Jünger des Ayatollah Khomeini die schiitische Revolution jetzt auch nach Pakistan? Straßenschlachten zwischen pakistanischen Sunniten und Schiiten haben in der Stadt Quetta in den vergangenen Tagen mindestens 27 Todesopfer gefordert. Die Schiiten Pakistans, die sich seit Jahrzehnten in dem Land mit 99 Prozent islamischer Bevölkerung von ihren Sunni-Glaubensbrüdern unterdrückt fühlen, haben jetzt Unterstützung von afghanischen Schiiten-*Flüchtlingen erhalten. Ihre* Forderung: staatliche Anerkennung der religiösen Unterschiede zwischen ihnen und den mehrheitlich in Pakistan lebenden Sunniten-Moslems, Einführung des persönlichen Schia-Rechtes und die Änderung des pakistanischen Steuerrechts.

Pakistans Regierung gibt den Anteil der Schiiten an der 85-Millionen-Bevölkerung des Landes mit fünf Prozent an. Schätzungen besagen jedoch, daß ihr Anteil an der pakistanischen Bevölkerung „irgendwo zwischen 20 und 30 Prozent liegt". Die Schiiten gehören zur pakistanischen Wirtschaftselite. Begünstigt durch ihre verhältnismäßig kleine Zahl, haben die Schiiten schon unter der Moghul-Herrschaft Indiens ihren Kindern eine hervorragende Ausbildung ermöglicht, die ihnen den Weg zur Spitze der Gesellschaft ebnete. Dies setzte sich unter britischer Herrschaft auf dem Subkontinent fort. Die nordindische Stadt Lucknow – aus der auch der Großvater Ayatollah Khomeinis stammt – war geistiges Zentrum der Schiiten.

Mit der Teilung Indiens und der Vertreibung der Moslems ins jetzige Pakistan bildeten die Schiiten ihre Zentren in der südpakistanischen Hafenstadt Karatschi und in Khairpur, in der Indien benachbarten Provinz. Aus schiitischem Selbstverständnis heraus und aus dem Verlangen, in einer sunnitisch dominierten Gesellschaft schiitische Tradition gewahrt zu wissen, ist die jahrzehntelange Unzufriedenheit mit der schiitischen Agitation in Quetta jetzt offen zum Ausbruch gekommen.

Verantwortlich zeichnet die „Bewegung zur Einführung des schiitischen Rechts", die nach dem Tod ihres Begründers Jaffar Hussain in zwei Fraktionen zerbrach. Die Gruppe „Agha Hamid Ali Mussavi", vornehmlich im pakistanischen Pandschab aktiv, war nach neunmonatiger Agitation gegen Islamabad zu einem Kompromiß mit der Regierung Ziaul Haq bereit. Nicht aber die militante „Ariful-Hussani"-Fraktion, die angeblich von Iran massive finanzielle Unterstützung erhält. Sie droht mit einer Ausweitung des Schiiten-Sunniten-Konfliktes auf ganz Pakistan.

Die Antwort der Sunniten auf die schiitische Herausforderung ist eindeutig und brutal. „Von einer Minderheit lassen wir uns nichts diktieren." Polizei und Militär setzten diese Meinung in die Tat um und gehen dabei gegen Schiiten brutal vor. Sie mußten sich in den vergangenen Wochen Hausdurchsuchungen und Festnahmen zu Hunderten gefallen lassen.

Wie einer der Schiiten-Führer erklärt, „wurden schon im vergangenen Jahr über hundert unserer Glaubensbrüder im nordwestlichen Grenzgebiet von der Polizei niedergemetzelt".

Mit Detektoren gegen Luftpiraten

WOLFGANG WILL, New York

Die amerikanischen Behörden haben auf die jüngsten Anschläge von Terroristen gegen Flugzeuge, die auch Lücken in den Sicherheitsvorkehrungen auf Flughäfen deutlich gemacht haben, schnell reagiert. Ein Gerät, das in Koffern oder anderen Behältnissen versteckte Explosivstoffe entdeckt, ist im Auftrag des amerikanischen Bundesluftfahrtamtes (FAA) bei der Westinghouse Corporation entwickelt worden.

Wegen der jüngsten Vorkommnisse auf dem Sektor Fugzeugterrorismus hat nun die weitere Entwicklung des Gerätes höchste Priorität erhalten. „Das ist zu unserem wichtigsten technischen Projekt geworden", erklärte ein Ingenieur des FAA-Technikzentrums in Pomona (New Jersey). „Und wir und Westinghouse haben die Entwicklungsarbeiten beschleunigt." Knapp zehn Millionen Dollar sollen aufgewendet werden, um das Gerät zur Serienreife zu entwickeln, so daß es auf allen US-Flughäfen eingesetzt werden kann, wo dann sämtliches Gepäck vor dem Laden in ein Flugzeug mittels der Detektoren überprüft werden soll.

Das Gerät basiert auf der Erkenntnis, daß jeglicher Explosivstoff einen Teil Stickstoff *enthält*. Es wird in Form einer Kammer oder Schleuse gebaut werden, in der sämtliches Ladegut für ein Flugzeug durch einen Strom von Neutronen geführt wird. Die Interaktion der Neutronen mit dem Stickstoff produziert Gammastrahlen, die das Gerät mißt. Eine bestimmte Gammastrahlendichte würde einen Alarm auslösen, wenn Sprengstoff in einem Koffer oder Paket vermutet wird. Das verdächtige Gepäckstück würde dann überprüft.

Die FAA hatte einen Forschungsauftrag für ein solches Gerät bereits vor zwei Jahren erteilt. Die jüngsten Bombenanschläge auf den Flugplätzen Frankfurt und Tokio sowie der vermutlich auf Terrorismus zurückzuführende Absturz der Air-India-Maschine vor Irland haben die FAA-Anweisung ausgelöst, das Gerät beschleunigt zur Serienreife zu bringen. Die ersten Explosivstoff-Detektoren sollen 1988 zur Verfügung stehen.

Die Testversion des Gerätes hat sich hervorragend bewährt, heißt es aus FAA- und Westinghouse-Kreisen. „Wir müssen die Apparatur praktisch nur noch perfektionieren und so einfach gestalten, daß sie auf den Flugplätzen *von den üblichen* Sicherheitskräften bedient werden kann", erklärte ein Westinghouse-Techniker.

(SAD)

DER KOMMENTAR

Spreng-Koffer

ENNO VON LOEWENSTERN

Zunächst verblüfft die Nachricht, daß ein Gerät erfunden worden ist, das Sprengstoff in Koffern entdeckt. Laien konnten sich so etwas bisher nicht recht vorstellen. Zum Sichtbarmachen des Verborgenen kannte die Öffentlichkeit nur Strahlen; diese wiederum sind nur zum Erkennen von Formen aus bestimmten Stoffen geeignet – Sprengstoff aber ließ sich nicht identifizieren.

Dennoch kann man nun Sprengstoff in geschlossenen Koffern orten. Die Konstruktion, entstanden aus der Zusammenarbeit zwischen der Behörde und einem von ihr beauftragten Privatunternehmen, lädt also erst einmal zu Überlegungen ein, daß es doch nicht vieles zu geben scheint, was der Einfallsreichtum eines freien Landes sich zwar wünschen, aber nicht hervorbringen könnte.

Insbesondere die Dimension des Selbstmord-Terrorismus schien vielen Beobachtern unkontrollierbar: (metallene) Waffen im Handgepäck kann man ja entdecken, wenn am Flughafen nicht allzu schludrig verfahren wird. Aber Sprengstoff? Womöglich, *wenn er mit dem Koffer im Lade*raum verschwand, also scheinbar gefahrlos war, weil unerreichbar für den mitreisenden Gewalttäter? Bisher wurden auf deutschen Flughäfen allenfalls Stichproben im Ladegepäck gemacht, weil nicht einmal für eine Durchleuchtung des gesamten Großgepäcks Geräte aufgestellt waren, geschweige denn solche für Sprengstoffkontrollen. Zwar hätte man wenigstens Geräte für die Durchleuchtung haben können. Bis vor kurzem aber kannte man den Selbstmord-Terrorismus nicht, oder man wollte ihn nicht kennen.

Nun werden die deutschen Flughäfen *sich hoffentlich Optio*nen auf das neue Gerät für den Augenblick der Fertigentwicklung sichern. Damit würde dann Katastrophen wie dem Absturz der Air India vor Irland vorgebeugt werden.

Davon aber abgesehen: Die Möglichkeiten des Einfalls- und Erfindungsreichtums gelten für viele Gebiete, auf denen der Pessimismus uns schon vor Beginn der Forschung einzureden sucht, das Erhoffte *werde* nie klappen. Die einen wissen heute schon, daß SDI nicht funktionsfähig und obendrein nicht zu bezahlen sein wird; die anderen sehen Präsident Reagans Projekt einer weltweiten Terrorbekämpfung als aussichtslos an, weil die Terroristen doch bisher dem Gesetz so *viele Schnippchen zu schlagen* wußten. In der Tat, das Hauptproblem bei der Gefahrenbekämpfung scheint nicht die Frage zu sein, ob man etwas tun kann, sondern ob man etwas tun will und weiß – wissen will –, daß man es kann.

Reagans Genesung schreitet voran

DW. Washington

Nur 24 Stunden nach seiner Darmoperation hat US-Präsident Ronald Reagan gestern schon die ersten Schritte gemacht. Wie sein Sprecher *Larry* Speakes im *Marine*-Krankenhaus von Bethesda bei Washington mitteilte, fühle sich Reagan sehr wohl und beklage sich über keinerlei Schmerzen. Zwar sei seine Temperatur etwas erhöht, aber das sei zu erwarten gewesen. Die Ärzte seien zunehmend beeindruckt von der Erholungsfähigkeit ihres 74jährigen Pati*enten, sagte* Speakes.

Bereits am Morgen hatte Reagan seinen Stabschef Donald Regan zu einem Gespräch empfangen. Später vertiefte sich der Präsident in Amtsunterlagen. Er sei in sehr guter Verfassung und stets bereit, etwas mehr zu tun, als den Ärzten lieb sei.

Dem Bericht der Experten, ob die Geschwulst tatsächlich ein Krebsgeschwür war, sehe Ronald Reagan mit Gelassenheit entgegen, hieß es. „Er ist ein Optimist, der auch auf den Eventualfall sehr gut vorbereitet ist."

Nach Angaben von Steven Rosenberg, der Chefchirurg am Nationalen Krebsinstitut ist und an der Operation teilnahm, sind Geschwulste der *Größe*, wie sie *bei* Reagan gefunden wurden, in mehr als 50 Prozent der Fälle bösartig. Schon am Samstag hatten die Ärzte aber erklärt, selbst für den Fall, daß der Polyp Krebszellen enthalte, habe der amerikanische Präsident sehr gute Heilungschancen, wenn nicht bereits Krebszellen in andere Körperteile ausgestreut *worden seien*. Eine *neue* Operation sei nicht nötig.

Bertelsmann will an die Börse gehen

dos. Gütersloh

Der Medienkonzern Bertelsmann AG in Gütersloh will im kommenden Jahr das im Rahmen der Mitarbeitervermögensbildung geschaffene Genußkapital an der Börse einführen. Ein Firmensprecher bestätigte, daß Überlegungen in dieser Richtung ernsthaft geprüft werden, der Zeitpunkt allerdings noch nicht feststehe.

Vor dem Gang an die deutschen Wertpapierbörsen müssen die Genußrechte in börsenfähige Genußscheine umgewandelt werden. Genußscheine weisen, ähnlich wie Vorzugsaktien, zumeist eine attraktive Verzinsung auf, sind aber nicht mit einem Stimmrecht ausgestattet. Der *Wert des Genußscheins, der im* Gegensatz zur Aktie nicht mit Eigentumsansprüchen verbunden ist, richtet sich vor allem nach der Ertragskraft des Unternehmens.

Das derzeitige Volumen der ausgegebenen Genußrechte bei Bertelsmann und Gruner + Jahr beträgt mittlerweile mehr als 300 Millionen Mark. Die Papiere werden bislang einmal im Monat über eine regelrechte „innerbetriebliche Börse", an der sich auch Betriebsfremde beteiligen können, gehandelt. Nach den Worten *des Bertelsmann-Sprechers erreichte* die letzte Notierung 210 Mark für das 100-Mark-Papier. Die Verzinsung lag zuletzt bei 15 Prozent.

Bei Bertelsmann wird das Modell der Gewinnbeteiligung und Vermögensbildung der Mitarbeiter seit 1970 praktiziert. Die Einführung der Genußrechte erfolgte 1980. Insgesamt betreut die Verwaltung rund 20 000 Genußrechtsinhaber.

Washington bekräftigt Festhalten am Anzus-Pakt

Außenminister Shultz warnt vor Sowjet-Präsenz im Pazifik

DW. Canberra

US-Außenminister Shultz hat bekräftigt, daß die USA trotz ihrer Differenzen mit der neuseeländischen Regierung am Anzus-Pakt festhalten. Shultz führte in Canberra Gespräche mit dem australischen Ministerpräsidenten Hawke. Sie ersetzen die jährlich um diese Zeit stattfindende Anzus-Konferenz, nachdem diese von Neuseeland abgesagt worden war.

Shultz erklärte, der aus den USA, Australien und Neuseeland bestehende pazifische Verteidigungspakt sei unerläßlicher Bestandteil der amerikanischen Pazifik-Politik. Er brachte seine *Besorgnis* über die zunehmende sowjetische Militärpräsenz in Südostasien und im pazifischen Raum zum Ausdruck. Shultz unterstrich die *aus diesem Grunde* wachsende Bedeutung des Anzus-Paktes.

Die USA hatten ihre militärische Zusammenarbeit mit Neuseeland beendet, nachdem die 1984 gewählte Labour-Regierung unter Premierminister Lange amerikanischen Kriegsschiffen, die atomar angetrieben sind oder Kernwaffen an Bord haben, das Anlaufen neuseeländischer Häfen untersagt hatte. Die neuseeländische Forderung, die USA sollten jeweils *bekanntgeben, ob sich* an Bord der Schiffe Kernwaffen befänden, wurde von Washington aus grundsätzlichen Erwägungen zurückgewiesen.

Außenminister Shultz brachte ferner zum Ausdruck, er sei gemeinsam mit der australischen Regierung der Ansicht, daß es mit der Zeit gelingen werde, die Differenzen mit Neuseeland auszuräumen.

Wie Shultz mitteilte, kam in Canberra auch der Vorschlag einer atom*waffenfreien Zone im Südpazifik zur* Sprache. Die von australischer Seite hierzu abgegebenen Erläuterungen bezeichnete der US-Außenminister als „beruhigend", ein förmlicher Vertrag darüber müsse jedoch in Washington sehr genau geprüft werden.

Der Themenkatalog der Gespräche wurde kurzfristig auch auf Wirtschaftsfragen, globale Abrüstungsfragen und auf die Problematik des internationalen Terrorismus ausgedehnt.

G

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Heile, heile Gänsche

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Es war einmal ... *Also: Es war einmal eine Zeit, da regierten* in Bonn die SPD-Kanzler Willy Brandt und Helmut Schmidt. Es begab sich, daß die durchschnittliche Jahreszahl der Arbeitslosen von 149 000 im Jahr 1970 auf 1 833 000 im Jahr 1982 anstieg, *insgesamt um mehr als* anderthalb Millionen Menschen. Doch nur zweieinhalb Jahre später schickte sich der SPD-Bundesgeschäftsführer an, den großen und kleinen Kindern in Deutschland ein wunderschönes Märchen zu erzählen. Und das fing der Peter in diesen Tagen ganz listig an.

Peter Glotz erzählte über Radio Luxemburg von einer SPD, die sich ganz viel zutraut. Sie traue sich zu, den Sockel der Arbeitslosigkeit innerhalb von zwei Jahren um eine Million Arbeitslose zu vermindern. Er sagte nicht: Weil wir es in unserer Regierungszeit geschafft haben, die Arbeitslosenzahl um gut anderthalb Millionen klettern zu lassen, können wir auch versprechen, einer Million Menschen ruckzuck wieder Arbeit und Brot zu geben. Das mußte der Peter auch nicht sagen, denn *Wiedergutmachung ist ja kein Thema für ein* Märchen. Aber in jedem Märchen kann sich das Gute nur gegen Schwierigkeiten durchsetzen, und da hielt Glotz nicht hinterm Berg: Natürlich müsse die SPD erst wieder regieren, um ihre gute Tat vollbringen zu können.

Alle wissen, daß ein Märchen ans Herz gehen muß. Und so erzählte der Peter wie die Großmutter im Ohrensessel von einem „zweiten Lastenausgleich" zum Abbau der Arbeitslosigkeit. Da sperrten die lieben Vertriebenen unter seinen Hörern Mund und Nase auf. Hatte nicht der erste Lastenausgleich ihnen gegolten, ihnen allen, die Ende des Krieges aus ihrer Heimat vertrieben worden waren? Nun werden sie im Märchen brüderlich vereint, diejenigen, die unter Todesnot von Haus *und Hof verjagt wurden,* und jene, die der böse Wolf im Schafspelz, der CDU-Kanzler, aus ihrer Heimat „Arbeit" hetzt.

Und wie nach dem Kriege alle in die Tasche gelangt haben, um den Heimatvertriebenen zu helfen, so sollen auch jetzt wieder alle für die Arbeitslosen in die Tasche greifen. Der nächste SPD-Kanzler kassiert und verteilt, und dazu singt er sein Lied „ Heile, heile Gänsche, 's ist schon wieder gut!" Wie so manches Märchen endet auch dieses : Und wenn sie – die teuren Illusionen der SPD – nicht gestorben sind, so leben sie noch heute.

Charmanter Botschafter

Von Carl Gustaf Ströhm

Leonid Samjatin, bisher Chef der Abteilung für internationale Information beim ZK der KPdSU, wird befördert – auf ein ehrenvolles Abstellgleis. Der Protegé Breschnews soll als neuer Botschafter nach Wien gehen.

In der Sowjetunion war es schon bisher üblich, im Machtkampf unterlegene oder in Ungnade gefallene Politiker und Funktionäre auf diplomatische Posten wegzuloben. Prominentestes Beispiel war Stalins langjähriger Außenminister Molotow, den Chruschtschow seinerzeit gleichfalls nach Wien abschob: damals als sowjetischen Delegationschef bei der Internationalen Atombehörde. Dann verschwand er als Botschafter nach Ulan Bator, der Hauptstadt der Mongolei.

Ob es Samjatin gleichfalls beschieden sein wird, eines Tages in der fernen Mongolei zu landen, bleibt abzuwarten. Einstweilen wird er in Österreich erwartet. Die von seinem Protektor Breschnew eigens für ihn eingerichtete ZK-Abteilung soll aufgelöst werden. Der neue Kreml-Chef Gorbatschow will keine Überbleibsel der Breschnew-Mafia in den Apparaturen von Partei und Staat dulden. Übrigens wackelte Samjatins Sessel schon zu Andropows Amtszeit. Der Sturz dieses bemerkenswerten Sowjetfunktionärs wurde nur durch das „Zwischenspiel" Tschernenko aufgehalten: der eine Breschnew-Mann wollte dem anderen Breschnew-Mann nichts zuleide tun.

Im westlichen Ausland ist Samjatin mehrfach durch seine überaus direkten, um nicht zu sagen undiplomatischen Erklärungen aufgefallen. Auf einer öffentlichen Veranstaltung in München 1977 antwortete Samjatin auf die Frage eines russischen Emigranten, warum die friedliebende Sowjetregierung acht seiner nächsten Familienangehörigen umgebracht habe, mit den Worten: „Es tut mir leid, daß Sie nicht der neunte waren." Anläßlich des Breschnew-Besuchs in Bonn tat Samjatin wieder öffentlich etwas leid: nämlich daß der CDU-Bundestagsabgeordnete Todenhöfer bei seiner damaligen Reise zu den afghanischen Widerstandskämpfern nicht von der Sowjetarmee erschossen wurde.

Kurskorrektur in Bolivien

Von Werner Thomas

Gleichviel, wer *Anfang August* in Bolivien das Präsidentenamt übernehmen wird, Hugo Banzer Suarez oder Victor Paz Estenssoro – dem Land steht eine Kurskorrektur bevor. Nach einem chaotischen Linksexperiment werden in Zukunft wieder konservativere Männer die Richtung bestimmen.

Selten zuvor haben linke Parteien in einem lateinamerikanischen Staat eine so vernichtende Niederlage erlitten. Banzers „Nationalistische Demokratische Aktion" (ADN) und Paz Estenssoros „Nationale Revolutionsbewegung" (MNR) holten zusammen etwa 70 Prozent der Stimmen. Die Gruppen links von den Sozialdemokraten blieben dagegen unter zehn Prozent. Die bisherige Regierungspartei, die „Linke Nationale Revolutionsbewegung" (MNR-I) des Präsidenten Hernan Siles *Zuazo, ging sang- und klanglos unter:* drei Prozent.

Die Wähler gaben eine Antwort auf eine fast drei Jahre lange Phase des demagogischen Populismus, die Bolivien immer tiefer in eine wirtschaftliche und politische Misere führte. Bis *Ende Dezember drohte eine apokalyptische Inflationsrate von* 30 000 Prozent. Die Nation taumelte am Abgrund der Anarchie.

Selbst die Gewerkschaften, die einen Streik nach dem anderen organisierten, wurden schließlich das Opfer der eigenen *Destruktions-Strategie. Sie müssen nun mit einer Regierung* rechnen, die sich nicht mehr so leicht einschüchtern läßt – und sich auf den Wählerwillen berufen kann.

Demagogie und Populismus sind verhängnisvolle Waffen im Kampf gegen eine *Krisenwirtschaft. Am Ende helfen nur bitte*re Austeritätsmaßnahmen. Das kann Präsident Raul Alfonsin bezeugen, der Argentinien vor wenigen Wochen schließlich doch noch eine radikale Schocktherapie verordnete.

In *knapp zwei Wochen kommt in Boliviens* Nachbarland Peru der junge Sozialdemokrat Alan Garcia (36) an die Macht, der große Sieger der Wahlen im März. Auch er erbt ein schlimmes wirtschaftliches Vermächtnis. Auch er schlägt mitunter populistische *Töne an und* attackiert gern den Internationalen Währungsfonds und die westlichen Banken – wie einst Hernan Siles Zuazo. Das Beispiel Bolivien sollte ihm zu denken geben.



„Raus hier – ihr Terroristen!" KLAUS BÖHLE

Der späte Bulldozer

Von Joachim Neander

In einem „Lesebuch zur Förderstufe", das der hessische Kultusminister Karl Schneider (SPD) während der Diskussionen um die inzwischen durch Gesetz ab 1987 zwangsweise für das ganze Land verordnete Förderstufe unter den hessischen Bürgern verteilen ließ, prangt auf Seite 1 die programmatische Überschrift: „Länger gemeinsam lernen". Darunter in Farbe ein blondes Mädchen, das eine vor ihm auf dem Tisch kauernde Katze streichelt.

Es handelt sich um unfreiwilligen Humor. Katzen und Menschen werden selbst in Hessen noch nicht gemeinsam unterrichtet. Die Absicht ist offenbar, wenigstens die Kinder davon zu überzeugen, daß Förderstufe etwas Schönes und Gutes sei. Angstfreie Schule, Streichelgefühl und Katzenfell statt Leistungsdruck, Erfüllung heimlicher Träume.

Hier soll nicht erörtert werden, ob und wie diese von der rot-grünen Landtagsmehrheit durchgesetzte Entscheidung etwa das Elternrecht, das Recht der kommunalen Selbstverwaltung oder andere Verfassungsgarantien verletzt. Die entsprechenden Schritte sind eingeleitet. Interessant wird vor allem sein, wie der inzwischen neu besetzte Hessische Staatsgerichtshof sich zu seinen eigenen Förderstufen-Urteilen von früher äußert.

Hier geht es um den bildungspolitischen Zusammenhang dieser *gegen den Widerstand der Opposi*tionsparteien, der gewählten Elternvertretung und des Deutschen Lehrerverbandes erzwungenen Regelung. Die SPD beruft sich bekanntlich auf die Geschichte der Bildungsreform. Als Zeugen führt sie den sogenannten Rahmenplan des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen (1959), den sogenannten Strukturplan des Deutschen Bildungsrats (1970) und das Hessische Schulverwaltungsgesetz von 1969 an. Dies gelte es weiterzuführen und zu vollenden. Aber was stimmt eigentlich noch von den Voraussetzungen von damals?

Zielvorgabe der Reformpläne für eine bundeseinheitliche, pädagogisch begründete Zwischenstufe des Übergangs von der Grund- in die weiterführende Schule war es, dem Gymnasium und dem Abitur möglichst viele Kinder, vor allem auch Arbeiterkinder „zuzuführen" (so pflegte man sich damals auszudrücken). Begabungsreserven in den unteren sozialen Schichten sollten „ausgeschöpft", das allgemeine Bildungsinteresse und -niveau gehoben werden.

Diese Zielvorgabe ist längst als fragwürdig entlarvt worden. Auch das soziale Schichtenmodell, von dem man damals ausging, ist überholt. Das Problem der Hauptschule sind nicht mehr die Arbeiter-, sondern die Ausländerkinder. Die meisten Facharbeiterkinder sitzen in den Gymnasien (und viele ihrer Väter, die das in ihrer Jugend noch nicht konnten, sind der SPD sehr böse, weil sie diesen Aufstieg nun zunichte machen will). Bildungs-, Ausbildungs- und Beschäftigungssystem sind aus dem Gleichgewicht geraten. Akademikerfami*lien, vor fünfundzwanzig Jahren* noch automatisch unter die Privilegierten eingeordnet, leben heute von Stempelgeld.

Die Welt ändert sich und die Schule mit ihr. Kluge Leute haben schon immer gesagt, Schulreform brauche man nicht zu „machen", sie vollziehe sich von selber in der laufenden Anpassung der Schule an die Bedingungen der Wirklichkeit. Wer als Vater oder Mutter mehrerer Kinder etwa ein deutsches Gymnasium über die letzten zwanzig Jahre hinweg beobachtet hat, wird dies nur bestätigen.

Auch die Wissenschaft hat dazugelernt. Leistungsvergleiche zwischen verschiedenen Schulformen ergaben meist, daß es auf die Organisation und das System erst in dritter oder vierter Linie ankommt. Wichtiger sind ganz andere Faktoren. Auch im Ausland wächst die *Erkenntnis: Alle Schulsysteme* haben Mängel, aber sie rechtfertigen allesamt nicht die Zerschlagung und völlige Umgestaltung des Systems.

Dies haben längst auch die Theoretiker der Bildungsreform begriffen. Je mehr von ihren einstigen Reformvorstellungen (Gesamt*schulen, Förder- und Orientie*rungsstufen, Schulversuche) im letzten Vierteljahrhundert realisiert wurde, desto utopischer und erdenferner wurden ihre Theorien – *als habe sie die Angst ergriffen,* die von ihnen inspirierte Wirklichkeit könne sie einholen, beim Wort nehmen und widerlegen.

Noch Anfang der siebziger Jahre wehte über der Bildungspolitik der Geist der Machbarkeit. Doch über Sätze wie, die Förderstufe sei „ein offener Suchprozeß mit Hilfe prozeßorientierter *Diagnose- und För*derinstrumentarien", wird heute nur noch gelacht. Die Theorie hat sich dem Vergleich mit der Realität entzogen. Neuere Förderstufenmodelle sind von so vielen utopischen Vorbedingungen geprägt (zum Beispiel völliger Verzicht auf Auslese und Leistungsdifferenzierung), daß der einstige neomarxistische Gedanke, man könne die Gesellschaft über die Schule „transformieren", in sein Gegenteil verkehrt scheint: Diese „neue Schule" setzt eine „neue Gesellschaft" (neue Schüler, Lehrer und Eltern) voraus.

Aber diese ganze Entwicklung haben die hessischen Sozialdemokraten gar nicht mitbekommen. Stolz auf ihr Sitzfleisch, brüten sie über den Plänen der Reformväter. Im Städtebau ist die Idee der Flächensanierung (Abriß und Neubau ganzer Viertel) längst von der Punktsanierung (Rettung und Renovierung des Bestehenden) abgelöst. Die hessischen Bildungspolitiker dagegen gebärden sich, als hätten sie gerade einen neuen Bulldozer erstanden: Auf geht's, Genossen, es wäre doch gelacht, wenn wir nicht auch die übriggebliebenen Gymnasien und Realschulen zur Strecke brächten.

P. S.: Vielleicht hat das eingangs erwähnte Lesebuchfoto mit der Katze doch noch eine zusätzliche Pointe. Hessens Kinder am Katzentisch des deutschen Schulwesens – welch eine Ehre.

Länger gemeinsam lernen

Hessens Kinder am Katzentisch – eine Schul-Lehre FOTO: DIE WELT

IM GESPRÄCH Bob Geldof

Sir? Oder Saint?

Von Reiner Gatermann

Bis zum vergangenen Samstag gab es noch Zweifler: Ist das Engagement Bob Geldofs für die Hungernden in Afrika wirklich ehrlich, oder ist es für den 33jährigen Iren lediglich ein attraktiver Ausweg aus einer nur für kurze Zeit erfolgreichen Pop-Karriere, die vor fünf Jahren schon ihren Höhepunkt überschritt?

Seit Samstag schweigen die Kritiker entweder, oder sie stehen jetzt offen auf der Seite des schlaksigen, *meist schlecht rasierten Mannes, von* dem der britische Thronfolger Prinz Charles sagte: „Bob hat seinen Beruf verfehlt. Er hätte General werden sollen." Dies war während des sechzehnstündigen Rock-und-Pop-Marathons für die Opfer der afrikanischen Hungerkatastrophe. Idee, Organisator und „Obergeneral": Bob Geldof. Statt der zunächst erhofften 80 Millionen Mark brachten die beiden Schwesterkonzerte in Wembley (England) und Philadelphia (USA) zwischen 160 und 200 Millionen ein.

Der bis Herbst vergangenen Jahres lediglich als Sänger der mittelmäßigen Rock-Gruppe „Boomtown rats" bekannte Geldof fand seine neue Aufgabe durch einen erschütternden Fernsehfilm über das Leiden in Äthiopien. Spontan trat er an seine Kollegen aus der britischen Pop- und Rock-Szene heran. Für einen Tag *wurde die „Band-Aid" gebildet, und* ihr Song „Do They Know It's Christmas" wurde nicht nur zum größten Verkaufsschlager, der bisher gut 30 Millionen Mark einbrachte, er gab auch den Startschuß für ein entsprechendes amerikanisches Unternehmen und für den Mammutauftritt am vergangenen Samstag.

Geldof schlug einen ungewöhnlichen Weg ein, der zunächst Skepsis und teilweise Ablehnung auslöste. Er bittet nicht um Geld, er fordert. Schecks mit großen Summen ringen ihm *lediglich ein müdes Lächeln ab,* falls sie von Leuten kommen, die diese Abbuchung auf ihrem Konto kaum merken; dagegen kann er strahlend danke schön sagen, wenn kleine Beträge von Leuten eintreffen, die wirklich ein Opfer gebracht haben. Geldof mißtraut Regierungen und den großen institutionellen Hilfsorganisationen. Deswegen bildete Geldof einen eigenen Fonds, den Band Aid Trust. Er kontrolliert alles, vom Geldsammeln bis zur Speisung in Äthiopien.



„Er hätte General werden sollen": Geldof FOTO: AP

Nicht nur, daß er den saudi-arabischen König um Treibstoff für die „Band-Aid"-Schiffe bat. Zu den Konzerten am Samstag mußte jeder, auch die Vertreter der Pop- und Rock-Branche und die Journalisten, teuren Eintritt zahlen. Die einzige Ausnahme: Prinzessin Diana und Prinz Charles. Aber deren moralische Unterstützung war „sehr wertvoll".

Bob Geldof, der seit acht Jahren mit der Fernsehansagerin Paula Yates zusammenlebt und eine zweijährige Tochter hat, fühlt sich müde und ausgebrannt: „Andere sollen jetzt weitermachen." Mit seinem Großeinsatz am Samstag hat Geldof auch die zunächst auf Distanz gegangenen Politiker überzeugen können. Labour-Abgeordnete wollen, daß der frühere Fernfahrer und Englischlehrer nun schon bald den Titel „Sir *Bob" tragen kann. Andere,* gemeinsam mit Kollegen in Norwegen und Irland, werden ihn für den Friedensnobelpreis vorschlagen. In der englischen Presse heißt er seit Sonntag fast nur noch „Saint Bob".

DIE MEINUNG DER ANDEREN

The Daily Telegraph

Die Londoner Zeitung würdigt den US-Vizepräsidenten Bush:

Es ist tröstlich, daran zu denken, daß Präsident Reagan, als er am Samstag die Macht vorübergehend an seinen Vizepräsidenten übergab, kaum einen kompetenteren Mann hätte beauftragen können. George Bushs Erfahrung als Kongreßmitglied, als Botschafter bei den Vereinten Nationen und in China, als Direktor der CIA und jahrelang als besonders aktiver Vizepräsident geben ihm eine Statur, die zitternde Nerven des Westens beruhigen kann. Trotz seines anfänglichen Skeptizismus hat er im Amt eine Fähigkeit gezeigt, die Art und den Erfolg von Reagans Konservatismus zu verstehen.

Hamburger Abendblatt

Es kommentiert das Rock-Konzert gegen den Hunger:

Aus London und Philadelphia, aus Tokio und Köln, aus Sydney und Moskau erklang die Musik und wurde zu 1,5 Milliarden Fernsehzuschauern transportiert. Das Ziel dieses Spektakels war es, allen Menschen Ohren, Augen, Herzen und Geldbeutel zu öffnen, um jenen zu helfen, die in Afrika zu verhungern drohen, wenn die Satten dieser Erde ihnen nicht helfen. Ein vielversprechender Anfang ist gelungen: Immerhin kamen etwa 120 Millionen Mark an Eintrittsgeldern und Spenden zusammen ... Solidarität, geübt von Rock-Stars, das ist um so erstaunlicher, als gerade in diesem Geschäft sonst mit harten Bandagen gegeneinander gekämpft wird.

Main-Post

Die Würzburger Zeitung meint zur Kritik Professor Kleins am Steuersystem:

Der Präsident des Bundesfinanzhofs hat mit seinen Äußerungen den Finger in die hauptsächliche Wunde unseres Steuerrechts gelegt: Das Steuerrecht ist bei uns in extremem Maße zu einem Instrument bürokratischer Umverteilung und sachfremder Reglementierung geworden. Das ist zwar oft gut gemeint, bewirkt aber im Ergebnis nur, daß die direkten Steuern den Durchschnittsverdiener unverhältnismäßig belasten.

Süddeutsche Zeitung

Das Münchner Blatt schreibt zur Arbeitszeitverkürzung:

Ein neuer Name – neue Töne. Werner Stumpfe, seit kurzem Präsident des Arbeitgeberverbandes der Metallindustrie, hat in diesen Tagen Dinge gesagt, für die er vor gut einem Jahr von seinen Unternehmerkollegen noch gesteinigt worden wäre. Er hat nämlich, über die in dem „heißen Sommer 1984" erstrittene Arbeitszeitverkürzung hinaus, eine weitere nicht ausgeschlossen. Sollte sich, so Stumpfes in einem Interview dargelegte Sicht, die kürzere Arbeitszeit als beschäftigungsfördernd erweisen, so werde man sich gegen weitere, vernünftige Schritte in diese Richtung nicht sperren.

Konnte ein Finanzlaie nicht wirklich meinen . . . ?

Ein „Skandal" vor fünfzig Jahren / Gastkommentar von Benno Erhard

Unter den Jubiläen, die dies Jahr mit sich bringt, sollte der „Skandal" um Geldtransaktionen nicht vergessen werden, der vor *fünfzig Jahren* seinen Höhepunkt erreichte. Der Kampf des Regimes war freilich nicht primär gegen Unternehmer gerichtet, sondern gegen die Kirche. Aber es gab Gesetze und es gab Staatsanwälte und Gerichte, die danach handelten, obwohl die Verteidigung einwandte, daß die Gesetze zumindest höchst *unklar waren. In der Öffentlichkeit* waren die Beschuldigten von vornherein verurteilt.

Pater Titus Horten starb im Gefängnislazarett wenige Tage vor der Berufungsverhandlung; der mit ihm angeklagte Pater Siemer wurde dann freigesprochen. In anderen Fällen blieben schwerste Gesundheitsschäden. Am 30. Juni 1935 waren 57 Schwestern, Patres und Geistliche nahezu aller Orden inhaftiert wegen angeblicher Verstöße gegen Devisengesetze.

Diese Bestimmungen waren jedoch so kompliziert, daß sie selbst für Fachleute schwer übersehbar waren. „Konnte z. B. ein Finanzlaie nicht wirklich meinen", fragte Weihbischof Neuhäusler später, „es sei erlaubt, daß deutsche Schwestern, die *in Italien* Schulen unterhielten, von ihren Ersparnissen Schulden ihres Mutterhauses in Holland zahlten? Aber nach den Devisenvorschriften durften sie dies nicht, weil sie in Italien keine eigene Ordensprovinz bildeten und darum nicht finanziell selbständig waren, vielmehr ihr Geld an das *Provinzial-Mutterhaus* in Deutschland senden mußten.

Zweifelhaft konnte es ebenso sein, ob ein deutscher Ordensoberer, der nach Vorträgen in der Schweiz mehrere tausend Schweizer Franken für die deutsche Ordensniederlassung in Jerusalem geschenkt erhielt, diese vom Schenker direkt ins Heilige Land schicken lassen durfte oder aber sie mit nach Deutschland nehmen mußte, um sie der Deutschen Reichsbank zur Verfügung zu stel*len und so der Ordensniederlas*sung in Jerusalem die vom Schenker beabsichtigte, dringendst benötigte Unterstützung auf Jahre hinaus nicht zuwenden konnte" (Vgl.: Kreuz und Hakenkreuz von Joh. Neuhäusler; Verlag Kath. Kirche *Bayerns, 1946.)*

Die Notwendigkeit, von der Ordensgemeinschaft im Ausland errichtete Waisenhäuser, Schulen oder Missionsanstalten zu unterstützen, um dort Not oder gar Schließung abzuwenden, war eine der Hauptursachen klösterlicher Devisentransaktionen trotz verworrener Rechtslage. Letztere veranlaßte viele Orden, sich des Rates von Banken zu versichern. Aber auch unter deren Devisenspezialisten waren die Meinungen über erlaubte oder verbotene Finanztransaktionen nicht einheitlich.

Institute wie die „Universum-Bank AG, Münster i. W." wurden von den Orden beauftragt, eben weil die Geistlichen nicht genug über den eigenen devisenrechtlichen Status und etwa die Anbietungs- und Abgabepflicht von De*visen an die Reichsbank wußten.* Dennoch wurden zwei Hiltruper Herz-Jesu-Missionare, die Patres Rudolf Wilmsen und Martin Utsch, wegen Transaktionen der „Universum-Bank" zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt. Nach einem Jahr wurden sie wegen offenkundiger Unschuld freigelassen.

Den Anwälten wurde in den „Devisenschieber"-Prozessen kaum Zeit für die Vorbereitung der Verteidigung gelassen. Journalisten wurden mit Berufsverbot bedroht, wenn sie die Verlautbarung eines erzbischöflichen Ordinariats *veröffentlichten. Vorwürfe gegen* katholische Geistliche wurden im Vergleich zu Vorwürfen gegen „Privat-Personen" aus Industrie-, Bank- und insbesondere Parteikreisen viel strenger beurteilt.

Durch Zentralisierung der Ermittlung und eine gewisse Massierung der Verhandlungen vor Berliner Gerichten wurde versucht, den Eindruck groß angelegter kirchlicher und klösterlicher Devisenschiebungen zu erwecken. Das Bemühen der katholischen Angeklag*ten, zur Wahrheitsfindung* durch erklärende Offenheit beizutragen, wurde von den Staatsanwälten in kirchenfeindlichem Sinn genutzt und auch von den Gerichten nicht honoriert. Überschriften wie „Fromme Gauner gehen ins Gefängnis" und „Millionen-Schmuggel von Klöstern" begleiteten die Prozesse. Die Schlammflut gerade der Vor-Verurteilungen hatte solche Ausmaße, daß der Heilige Stuhl in einer ungewöhnlich scharfen Note an die Hitler-Regierung gegen „diese nicht genug zu bedauernde Beeinflussung der öffentli*chen Meinung" protestierte – und* dagegen, „daß Reden gewisser Staatsanwälte in Ausdrucksweise, Tendenz und Wertung sich als ... unkritisches Echo der ... Pressekampagne darstellen" (Note vom 14. Mai 1935).

Vor solchen Vorgängen gewinnen unsere Verfassung und unsere heutige *Ordnung ihre* Qualität. Rechtsstaatlichkeit der Verfahren, Unabhängigkeit der Gerichte, Gleichheit vor dem Gesetz, ohne Schuld keine Strafe – das alles ist und und das bleibt unverzichtbar.

Benno Erhard CDU/MdB ist Staatssekretär im Bundesjustizministerium

Nehrus Revolution trägt Früchte

Nahrungsmangel hieß lange Zeit eines der großen Probleme Indiens. In der „Grünen Revolution" ist aus dem Mangel nun Überfluß geworden. Das Land exportiert Reis und sucht dringend nach Käufern für überschüssigen Weizen. Und dennoch: Der Überfluß hat den Hunger noch nicht ganz beseitigt.

Von PETER DIENEMANN

Nein, hungern müßte in Indien wirklich niemand, „die Lagerhäuser für Weizen und andere landwirtschaftliche Produkte quellen über", bestätigt ein Sprecher des Landwirtschaftsministeriums in Neu-Delhi. Bilder unterernährter Kinder in den Armen knochiger Mütter, die immer wieder mal der Welt das angebliche Elend des 750-Millionen-Volkes vorführen, müßten längst der Vergangenheit angehören.

Denn Indiens „Grüne Revolution", 30jährige enorme Anstrengungen der Regierung in Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen, um Erträge und Qualität der landwirtschaftlichen Produkte zu verbessern, trägt Früchte. Früchte allerdings, die für jene Hunderttausende Inder, die mit umgerechnet fünf Mark Monatseinkommen ein allzu karges Leben fristen müssen, einen unerschwinglichen Preis haben: Für sie sind sie zu teuer.

Weizenernte so erfolgreich wie nie

Indiens landwirtschaftliche Erträge, vor allem Reis und Weizen, sind beachtlich. Sie reichen – theoretisch – nicht nur aus, um die Bevölkerung zu ernähren, tatsächlich wird auf indischen Anbauflächen Überschuß produziert. Vornehmlich im fruchtbarsten Teil des Landes, in Punjab. Und für diesen Überschuß finden die Inder zur Zeit keinen Käufer. So ist die Weizenernte in diesem Jahr mit erwarteten 46 Millionen Tonnen so ertragreich wie noch nie.

Die staatliche Handelsgesellschaft sucht verzweifelt nach Käufern für fünf Millionen Tonnen Weizen, die in den hoffnungslos überfüllten staatlichen Lagerhäusern nicht untergebracht werden können. 18 Millionen Tonnen Weizen lagern dort für schlechte Zeiten. Zwei weitere Millionen liegen unter *Planen im Freien*, und bereits nach der Frühjahrsernte in Punjab stand fest, daß weitere zehn Millionen Tonnen Weizen aufgehäuft werden müssen. Weitere Lagerkapazitäten sind nicht vorhanden, weil es unter anderem an Spezial-Plastikplanen fehlt, um den im Freien zu lagernden Weizen abzudecken.

Indiens Versuch, den Überschuß-Weizen – es geht um fünf Millionen *Tonnen – im Ausland abzusetzen*, schlug bisher fehlt. Die 500 000 Tonnen, die die Sowjetunion kaufen will, sind ein Tropfen auf den heißen Stein. Den übrigen *Interessenten ist* indischer Weizen zu teuer – sie kaufen zum US-Preis von 120 Dollar pro Tonne, der unter indischen Gestehungskosten liegt. Oder aber sie haben langfristige Lieferverträge mit traditionellen Weizen-Exporteuren, die sie wegen des indischen Angebotes nicht brechen wollen.

Ein einmalige Ausnahme wird Indiens Weizen-Überschuß kaum bleiben. Die „Grüne Revolution", vor mehr als 30 Jahren vom ersten indischen Ministerpräsidenten Jawaharlal Nehru ins Leben gerufen, ist Realität geworden. Heerscharen von landwirtschaftlichen Helfern und Instrukteuren, Medien und politische Parteien sowie Milliarden von Mark, ausgegeben für Forschung und Starthilfen, haben dafür gesorgt, daß Indiens Bauern lernten, durch verbesserte Düngung und widerstandsfähigere Pflanzensorten höhere Erträge zu erzielen.

In dreißig Jahren wurde die Weizen-Anbaufläche auf jetzt 57 Millionen Acres (1 Acre = 2500 Quadratmeter) mehr als verdoppelt, gleichzeitig hat sich der Ertrag auf 45 Millionen Tonnen (1983/84) versechsfacht. Der Durchschnittsertrag pro Acre ist von *260 Kilogramm auf 740 Kilogramm* Weizen gestiegen. Beim Reis, wichtigstes Nahrungsmittel der Inder, beträgt jetzt der Pro-Acre-Ertrag mit 500 Kilogramm doppelt soviel wie vor 30 Jahren.

Freilich, die beeindruckenden Ergebnisse der indischen Landwirtschaft gibt es nur, wenn das Wetter mitspielt. Mit Stärke und Dauer des Monsun-Regens steigen oder fallen *die Ernte-Erträge*.

Trotz der Erfolge heftige Kritik

Zwar wird das Bewässerungssystem in Indien ständig ausgebaut, doch hängt die Produktion auf 350 Millionen Acres Ackerland, das sind 75 Prozent der insgesamt bebauten Fläche, immer noch von den Regenfällen ab. Und da hatten – zumindest regelmäßig seit 1980 – die Bauern Glück.

Trotz aller Leistungen sieht sich die „Grüne Revolution" im eigenen Land heftiger Kritik ausgesetzt. Die reichen Bauern waren es bisher nämlich, die in erster Linie von technischen Errungenschaften profitieren konnten. Sie hatten das Geld für hochwertigen Dünger, widerstandsfähige Saaten und Setzlinge sowie für moderne landwirtschaftliche Maschinen.

Seit rund fünf Jahren erst nehmen auch Bauern mittleren Einkommens an der Agrar-Revolution teil. Auch nicht ganz unbeabsichtigt: Denn im Gegensatz zu ihren reicheren Standeskollegen können sie sich Experimente und eventuelle Fehlschläge nicht leisten. Und nicht zuletzt aus diesem Grund profitieren die kleinen Bauern und landwirtschaftlichen Arbeiter mit einem Fleckchen Land bisher nicht von der „Grünen Revolution".

Auch das soll anders werden. Die Regierung verteilt seit Jahren „Do-it-yourself kits" für produktivere Landwirtschaft an die ärmeren unter den *Bauern. Fünf Millionen dieser Pakete* einschließlich Beratung waren es 1984.

Kritik üben auch die Umweltschützer: Der Verbrauch von Düngemitteln, Nitrogenen, Phosphaten und Kalium, ist von 1950 knapp 70 000 *Tonnen auf jetzt 9,5 Millionen Tonnen* angestiegen. Statt 2350 Tonnen Pflanzenschutzmittel vor 30 Jahren versprühen Indiens Bauern nun jährlich 95 500 Tonnen Pestizide auf ihren Feldern. Die Folge: Zunehmende Verseuchung der Flüsse und Seen, Gefahr für das Trinkwasser.

Indien wird künftig ein Weizen-Exporteur sein – Reis der hochwertigen Sorte Basmati exportiert das *Land seit langem* –, *nachdem die* „Grüne Revolution" bisher hauptsächlich auf den Staat Punjab begrenzt war, jetzt aber auch in den *übrigen indischen Bundesstaaten zu* spüren ist.

Doch nach Meinung von Landwirtschafts-Experten und Sozialwissenschaftlern sollte das Land nicht stolz darauf sein, sich selbst versorgen zu können. Nach offiziellen Regierungszahlen lebt knapp die Hälfte der Bevölkerung von 750 Millionen unterhalb der Armutsgrenze, hunderttausende von diesen 300 Millionen Armen können sich ausreichende Nahrung finanziell nicht leisten. „Der Weizen-Überschuß", so die Kritiker, „entsteht nur, weil die arme Bevölkerung ihn nicht kaufen kann."

Statt Weizen, den die Regierung für umgerechnet 145 US-Dollar je Tonne den Bauern abkauft, jetzt aber höchstwahrscheinlich zu Preisen unter 120 Dollar im Ausland verkaufen muß, zu exportieren, sollte der Überschuß den Armen zugänglich gemacht werden. „Weizen für produktive Arbeit", heißt die Parole dieser Kritiker, und sie denken dabei an den Bau von Bewässerungs-Kanälen und Straßen.



Ein Fußball-Star als Rekrut: Olaf Thon erhält Nachhilfe von Kommandeur Sabrantzky FOTO: WEREK

Am Dienst fürs Vaterland soll die Karriere nicht scheitern

In zwei Sportkompanien und 19 Sportförderungsgruppen leisten zur Zeit rund 540 *Spitzensportler ihren* Wehrdienst ab. Für sie macht die Bundeswehr den Kasernenhof sozusagen zum Trainingscamp.

Von MARTIN HÄGELE

Haltung *hat* er schon. Rekrut Thon reißt die Rechte ans oliv-grüne Käppi, die linke Hand klatscht ans Bein des Kampfanzugs. *„Jawohl, Herr Major." Olaf* Thon berichtet vom Schießen. Fünf Kilometer rausmarschiert ins Gelände, Unterricht am Gewehr, retour in *die Kaserne*.

Immer wieder suchen Olaf Thons Augen die Armbanduhr. Schon fast zwei. Aus dem Bett mußte er an diesem *Morgen kurz* nach fünf, Frühstück 6 Uhr 10, Glockenschlag sieben war er mit den Kameraden angetreten zur Stubenkontrolle.

Gleich wird er sich ins Auto setzen, wegfahren zum Training nach Gelsenkirchen. Aber wenn er am Abend zurückkommen wird in die Kaserne in Essen-Kupferdreh, warten auf ihn noch Stubendienst oder Reviereinigen (im schlechtesten Falle) – und Punkt 22 Uhr der Zapfenstreich.

Da war und ist der Fußballstar von Schalke 04, der Nationalspieler bei Franz Beckenbauer, der programmierte Millionär, nichts anderes als der berühmte „Schütze Arsch", wie das beim Bund so zackig heißt.

„Das mit dem angehenden Millionär vergessen wir lieber mal gleich", wirft der junge Mann ein. Über Geld redet man nicht, Probleme schluckt man, solange sich ein Bleistift bewegt oder irgendein Mikro auf Empfang geschaltet ist. Nach den Leitsätzen seines sportlichen Vormunds, des Schalke-Managers Rudi Assauer, handelt Olaf Thon nicht nur in Fußballstiefeln. Auch in Knobelbechern.

„Sicher", sagt Olaf Thon, „ist diese Grundausbildung eine besondere Belastung." Aber noch wirke sie sich nicht negativ auf seine Leistungen im Fußball aus. Ansonsten sei alles okay beim Bund. Ja wirklich.

„Der Herr Thon geht hier nicht konditionell kaputt", wirft Major Großer ein, „er ist schließlich eine Anlage, ein Vermögen für Schalke 04." *Dieser Verantwortung sei man sich* beim Bund durchaus bewußt.

Deshalb hat der Hauptmann Gerd Volkheimer gleich nach dem Einrük*ken die Kompanie zusammengerufen* „und an deren Verständnis appelliert". Auch jene, die sonst vielleicht für ein Autogramm des Fußball-Idols Thon *stundenlang anstehen würden*, möchten ihn von nun an doch als gleichberechtigt betrachten, denn auch für Thon gelte das nächste Vierteljahr linksrum, rechtsrum, Ausbildung und Waffendrill.

Und für Thons Ausbilder galt die Aussage des Majors: „Wir wollen dem Olaf Thon jetzt nicht zeigen: Da geht's lang." Daß da irgendein Schleifer den „harten Hund" markiert, seine Autorität ausgerechnet an einem Fußballstar unter Beweis stelle, gegen solche Anwandlungen sollten die Militärs gefeit sein.

Vertrauen ist von beiden Seiten gefordert. Vom Athleten wie von der Bundeswehr. Aus diesem Grund wurden die Sportkompanien und Sportfördergruppen ins Leben gerufen. Der Dienst fürs Vaterland soll keine Karriere knicken. Im Gegenteil. Neben seiner Bürgerpflicht soll sich der Athlet *weiterentwickeln. Schließlich* sonnt man sich nicht nur im Ostblock im Glanz der Weltrekorde oder der Tore von Sport-Soldaten.

Für die Aufnahme in eine Sportfördergruppe existieren ganz genaue Kriterien. Ein Leichtathlet etwa muß über 100 Meter 10,5 Sekunden vorweisen, den Speer 67 Meter schleudern oder sieben Meter vierzig weit springen. In den Ballspielarten reicht die Zugehörigkeit zu einem Landeskader oder der Besitz eines Lizenzspielervertrags für einen Platz in der Sportfördergruppe.

Aufnahmeformulare lagern deshalb nicht nur auf Kreiswehrersatzämtern, sondern in der Geschäftsstelle jedes gutgeführten Bundesliga-Klubs. In der Regel melden sich Fußball-Manager bei den entsprechenden Kompanien, noch bevor den Profis der Einberufungsbefehl überhaupt zugestellt worden ist.

„Ich bin froh, daß ich hierherkommen durfte", sagt der Gefreite Thomas Berthold. Zusammen mit seinem Frankfurter Kollegen Harald Karger hockt der Eintracht-Nationalspieler im Büro des Stabsunteroffiziers Uwe Karches. Kargers Beine baumeln von einem Schreibtisch, Berthold jongliert während des Gesprächs mit einem *Basketball. Beide stecken in* Trainingsanzügen.

In der Sportfördergruppe von Hechtsheim gehen die Uhren anders. *Nicht nur die große Standuhr hinter* dem Schlagbaum der Kurmainz-Kaserne, deren kleiner Zeiger morgens um zehn bei sieben hängengeblieben ist. „*Hier werden Sportler gefördert*, hier muß es locker zugehen", begründet der Diensthabende Karches die legere Atmosphäre. Auf seinem Schreibtisch liegt einer von vielen Urlaubsanträgen Bertholds.

„Wie oft waren Sie denn bei Ihrer Truppe?" „15- bis 20mal, meistens donnerstags, einen halben Tag", lacht Berthold. Bei solchen Besuchen holt er dann meistens seinen Sold ab. 240 Mark im Monat. Angehörige der sportlichen Elite-Einheiten erhalten dazu noch Ernährungszulage, 75 Pfennig pro Tag.

Bis zum 1. Oktober hat Berthold zu dienen. Ein paarmal wird er wohl noch Torwache schieben müssen. „Geh mal zum Sani", empfiehlt er seinem Kumpel Karger, „der kennt den Zustand deiner Verletzung doch nur aus der Zeitung." Der Flachs blüht.

Berthold ist dankbar für die Privilegien. „In einer normalen Truppe könnte man das nicht bringen. Da käme Frust auf, wenn da einer einmal in der Woche auftaucht und seinen Sold holt", meint er. Sein Verhalten richtet er dementsprechend aus. Nirgendwo anecken, immer freundlich. „Du darfst hier ja nicht den großen Max spielen."

Für das Entgegenkommen, für das Verständnis würden sich die Sportler *zu 95 Prozent mit guten Leistungen* bedanken, meint Hauptfeldwebel Wetter von der Sportfördergruppe Böblingen. Durch seine Hände gehen *hauptsächlich die Fußballprofis aus* dem süddeutschen Raum. VfB-Torjäger Jürgen Klinsmann wurde gerade erst entlassen, der ehemalige KSC-*Verteidiger Dietmar Roth hat gerade* frei.

Auch bei Wetter müssen die Bundesligaprofis ins Manöver, im Biwak mal zwei Nächte frieren. Doch falls der Schütze Soundso am anderen Tag ein sehr wichtiges Bundesliga- oder gar Länderspiel zu absolvieren hätte, könnte man schon darüber reden, ob der Betreffende ausgerechnet zu diesem Zeitpunkt seine Front- und Zelterfahrungen zu sammeln hat.

Da drückt man halt mal ein Auge zu. Das gehört in den Rahmen jenes stillschweigenden Abkommens, das Klubs, Verbände und deren Ansprechpartner bei der Bundeswehr miteinander getroffen haben. Zwar heißt es in der „Regelung für die Förderung wehrpflichtiger Sportler bei der Bundeswehr" unter Punkt zwölf: „Eine Befreiung vom Dienst für die Teilnahme an *außerdienstlichem* Training oder Wettkampf des Sportfachverbandes ist während der Allgemeinen Grundausbildung nicht möglich." *Wenn auf diesem Paragraphen* stur herumgeritten würde, dann hätte zum Beispiel Olaf Thon nicht mit auf die WM-Vorbereitungsreise nach Me*xiko kommen dürfen*.

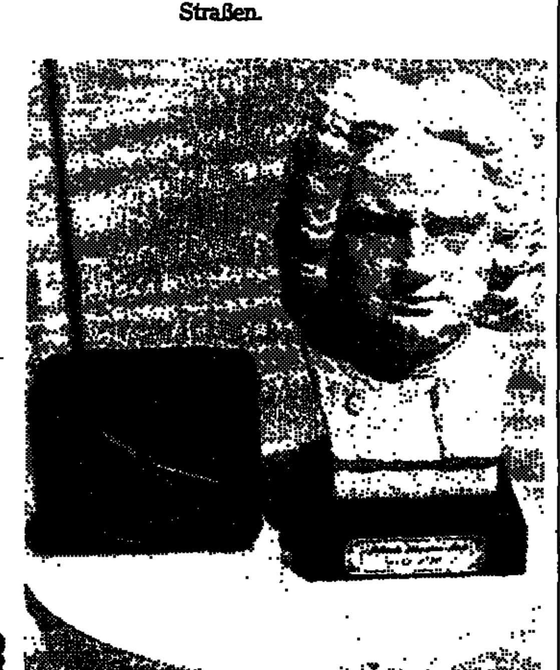
Doch solche Verbote sind ganz gewiß nicht im Sinne jener Leute, die die Geschichte mit den Sportfördergruppen erfunden haben. Ganz selbstlos denken die sportlichen Kommandeure nämlich nicht. Auch sie wollen Ruhm einheimsen. Zum Beispiel bei der CISM, der Weltmeisterschaft der Militärs. Wenn möglich, soll da in Korea der Titel des Fußballweltmeisters geholt werden. Und wer wäre da ein geeigneterer Regisseur des deutschen Soldaten-Teams als der junge Spielmacher von Schalke 04?

So profitieren die Grau-Röcke vom Aufschwung, den Kaiser Franz und dessen Helden in den kurzen Hosen genommen haben. Außerdem tragen die zahlreichen Freundschaftsspiele zwischen Bundesliga-Mannschaften und Bundeswehr zu Publicity und gegenseitigem Good-will bei. Major Großer: „Ein fairer Pakt." Eigentlich, so der stellvertretende Bataillonskommandeur von Essen-Kupferdreh, hätten die Tage bei der Bundeswehr noch keinem Fußballprofi geschadet, „denn dann sind die in ihrer Freizeit nicht auf der Straße".

*Durch die Bank Pfundskerle, ein*fach zu handhaben, lauten die Urteile der Herren Feldwebel, Hauptmänner und anderer Militärs über die Sport*ler. Und diejenigen, die ihre 15 bezie*hungsweise 18 Monate hinter sich haben, grüßen stolz von den „Ahnentafeln" der Sportfördergruppen. Wie in *Mainz Hans-Peter Briegel* oder Zehnkämpfer Siggi Wentz und eine ganze Latte Asse aus anderen Sportarten.



Auch die Bundeswehr trennt Thon nicht vom Ball – im Gegenteil FOTO: FMS



Ein Blick in die Londoner Design-Ausstellung: Einblicke in die Volksseele? FOTOS:DW/PETER BROOKER

Zwischen Lederhose und Knäckebrot

An den Formen sollt ihr sie erkennen. So wenigstens verkündet es der Gestalter einer Ausstellung in London, der im industriellen Design Spuren zum Nationalcharakter der Völker entdeckt haben will.

Von HEIDI BÜRKLIN

Die Deutschen führen ein Doppelleben. Bei der Arbeit, *so erzählt man in London*, sind sie pünktlich, zuverlässig, sachlich. Nach Feierabend aber wird der kühle Kopf von Bauch und Herz überwältigt: *Da fließt das Bier, da häuft sich* die Schlagsahne auf Kuchenbergen. Schenkelklopfen im Trachtenlook und Schnappschüsse vom Schoßhündchen geben preis: *„Die Deutschen sind der Welt wahrhafte Romantiker."*

Enthüllt wird dieser Zwiespalt im Design. Wie kommerzielle Produkte aussehen, funktionieren, verpackt sind, was wir essen, wie wir uns klei*den und womit wir spielen, das* alles verrät unsere nationalen Eigenschaften. Diese These hat wenigstens der britische Architektur-Journalist Jonathan Glancey jetzt in einer Ausstellung im Victoria and Albert Museum aufgestellt.

Italienisches Temperament, *so* verkündet er, drückt sich ebenso in einer Espresso-Maschine aus wie in der Mona Lisa. Die Deutschen sind ebenso an ihrem Rheingold-TEE zu erkennen wie an einer Fuge von Bach. Kurz: Nicht nur in der hohen Kunst, auch *im kommerziellen* Design drücken sich nationale Merkmale aus. Wie gesagt: So glaubt Jonathan Glancey.

Seine Einsichten werden bis Donnerstag im Bauch des ehrwürdigen Londoner Museums vermittelt. Während oben Kunst- und Kunstgewerbe aus aller Welt und vielen Jahrhunderten zelebriert werden, hat man vor drei Jahren den ehemaligen Heizungskeller weiß gestrichen und gekachelt und zum „Museum für Industrielles Design" erklärt. Finanziert wird die zeitgenössische Mission von Englands frisch geadeltem Design-König Sir Terence Conran, der unter anderem mit seiner „Habitat"-Kette gutes Design unters Volk brachte.

Wie ein Schachbrett ist die Schau „Nationale Merkmale im Design" arrangiert. Mit einer Geraden kann man durch die einzelnen Länder schlendern, querbeet aber ähnliche Produkte vergleichen, zum Beipiel, auf welche Stühle sich Franzosen, Schweden oder Russen setzen.

Betreten wird das jeweilige Land durch ein farbebekennendes Tor. Wanderer, kommst du nach Deutschland, so durchschreitest du ein schwarzgraues Bauhaus-Tor, Signal für funktionelle Ästhetik.

Die schwere BMW-Maschine wird *als „mechanische Walküre" gelobt*: Sie sei, erklärt das Begleitblatt, auf massive Weise elegant und so leistungsfähig wie sie aussieht. In ihr, so wittert man jedoch sogleich wieder Komplizierteres, verbinde sich „preußischer Militarismus und bayerische Sentimentalität auf das Schönste".

Weitere Selbsterkenntnis sammle ich beim „Schrein fürs tägliche Leben": Eine handgroße weiße Büste von J. S. Bach residiert da neben einem schwarzen Braun-Wecker und Schwarzwälder Torte aus der Tüte. *Motto: Logische* rationale Kultur neben Stromlinien-Design und dem Hang zu dicken Bäuchen.

Beim Essensstand wird unser Kalorienproblem verstärkt: Während zur Linken die Schweden „vernünftiges" Knäckebrot präsentieren, regieren bei der deutschen Diät Lebkuchenherzen und Knödel. Deutschland scheint dem Ausstellungsmacher schwer im Magen zu liegen. Eine kurze Besucherprüfung verteilt wieder die Gewichte. Der dickste Bauch, so will es der Zufall, steckt in karierten Hosen und gehört einem Amerikaner.

Noch eine gute Nachricht: Sehr gut schneiden die Deutschen bei Toilettenartikeln ab. „Gradewegs und erfri*schend frei von romantischen Aus*brüchen" wird der reinlich in Weiß gehaltenen Ecke mit naturverbundenen blau-grünen Seifen und Duftver*packungen bescheinigt*.

Als „wunderschön antiquiert" bewundert der Kommentar anschließend Lederhose und Lodenmantel aus bayerischen Landen, während sich der Rest der deutschen Bevölkerung anscheinend mit der charakterlosen internationalen Kluft von Jeans und Lederjacke zufriedengibt.

An unanfechtbar funktionellen Stühlen vorbei landet man vor dem *kleinen Altar am Ende der Schach*brettreihe. Hier wird die Summe der Erfahrungen gezogen. Deutsche Design-Mentalität wird hier in einem *Rasierapparat zusammengefaßt. Der* ist, so die Botschaft, gut und solide gemacht. Er sieht auch schnittig und effizient aus. „Das einzige, was er nicht tut, ist rasieren", beklagt sich jedoch Jonathan Glancey. Er rechnet dabei wohl mit einem privaten Bartproblem ab.

Die Schweden zur Linken kommen besser weg. Auf ihrem Podest thronen ein Paar hölzerne Gesundheitssandalen: „Sie verbringen so viel Zeit damit, mit schweren Rucksäcken herumzuziehen, daß die Anforderungen an die Füße enorm sein müssen. Gesundheitssandalen sind die einzige Antwort." Wie geradlinig erscheinen diese Nachbarn.

Schuhwerk auch liefert die Quintessenz der Dritten zur Rechten: Männerschuhe, teuer und elegant, sanft geschwungen wie der Rücken von Rennpferden. Sie, so sieht der Brite die Briten, verkörpern englisches Design-Ideal.

Seine Landsleute bekommen ihr Fett weg bei Polyesterkleidung und ebenfalls zu kalorienträchtigem Essen. Ansonsten pendeln ihre Mußestunden zwischen Shakespeare, Kricket und Kitsch. Über den aber machen sie sich selbst lustig.

Ins Design-Eldorado führt der Pa*rallelweg rechts durch eine witzige* Triumphbogen-Parodie der Gruppe Memphis. Italien bietet an „Überschwang und Präzision". Alles ist Kultur, von der Lampe über den Stuhl bis zur funktionellen und schönen Espresso-Maschine. Sie thront denn auch auf dem Altar. Nur ein milde lächelndes Kitsch-Objekt hat sich in den Alltagsstand neben die Chiantiflasche geschlichen: Der Papst, in Holz geschnitzt.

„Klein ist schön" lautet das japanische Motto. Zierlich sind die Teetassen, delikat ist das Essen präsentiert, *und die Summe zieht* eine Armbanduhr: Statt Ziffernblatt zeigt sie einen Miniatur-Fernsehschirm.

Neben dieser Finesse können die russischen Nachbarn nur grobschlächtig und antiquiert wirken. Museale Kameras, schlecht gebaute *Stühle und billige Seife signalisieren*: Design wird klein geschrieben. Dabei betritt man dieses kommerzielle Nirwana durch eine Pforte der unerfüllten Hoffnungen: das schnittige, rotschwarze Tor, das das russische Design-Genie Tatlin in den zwanziger Jahren entworfen hat.

Frankreich hingegen wird so aufgerastert: Es pendelt zwischen äußerster Raffinesse oder fast brutaler Einfachheit, zwischen Pariser Chic und bäuerlich-solidem Handwerk. Quintessenz dieser Mischung liefert der Cricket-Zigarettenanzünder. Von modischem Blau, einfach gebaut, ist er billig und zündet beim ersten Druck.

Coca-Säule und Mickymaus lassen auf den ersten Blick erkennen: Wir sind in Amerika. Massenappeal, schnelle Konsumierung, billig, funktionell und jugendlich: So lautet ihr Design-Credo, dem der Hamburger auf dem Altar das Halleluja singt.

BBU verwehrt Rebmann die Unterstützung

UR. Bonn

Mit Empörung hat Christa Reetz, Vorstandsmitglied des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), auf das Verlangen der Karlsruher Generalbundesanwaltschaft reagiert, im Zusammenhang mit den Ermittlungen nach den Mördern des ehemaligen hessischen Wirtschafts- und Verkehrsministers Karry den Ermittlungsbehörden Einblick in Akten und Adressenverzeichnisse von Mitgliedern in Bürgerinitiativen im Großraum Frankfurt zu gewähren. Die zu diesem Zweck anberaumte Zeugenvernehmung sei ein „Versuch der Kriminalisierung unseres Verbandes", so Frau Reetz zur WELT.

In Karlsruhe hält man die Reaktion der *ehemaligen Bundestagsabgeordneten* der Grünen für überzogen. Bei der Vernehmung handele es sich, so Bundesanwalt Lochner zur WELT, um einen „normalen Vorgang". In der Vergangenheit habe sich Frau Reetz geweigert, unbürokratisch mit den Ermittlungsbehörden zusammenzuarbeiten. Eine Vorladung entspreche daher dem üblichen Ablauf. Christa Reetz kündigte jedoch an, „keine Akten zur Bonner Polizei mitzunehmen". Einer eventuellen Hausdurch*suchung beim* BBU „*sehe ich* gelassen entgegen".

In der Vorladung fordert die Bundesanwaltschaft Frau Reetz auf, Adressen von Bürgerinitiativen, die beispielsweise gegen Bauvorhaben wie das Atomkraftwerk Biblis C protestierten, preiszugeben. Dieses Vorhaben und andere Projekte seien bereits in dem Bekennerschreiben der „Revolutionären Zellen" drei Wochen nach der Ermordung Karrys am 11. Mai 1981 genannt worden. Vor *kurzem habe man erfahren, so* Lochner, daß der Bekennerbrief auch einer Bürgerinitiative zugegangen sei. Karlsruhe wolle nun überprüfen, ob auch andere Initiativen das Schreiben erhielten. Einen Anhaltspunkt, den oder die Mörder im Umfeld der Bürgerinitiativen zu vermuten, gebe es nicht.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Vor dem SED-Parteitag kein Besuch Honeckers

Erst will Gorbatschow das westdeutsche Terrain sondieren

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Der aufgeschobene Besuch von Erich Honecker in der Bundesrepublik gehört aus Sicht des Kreml zu den zweitrangigen Fragen des östlichen Bündnisses. Eine derartige Reise wäre erst nach einer aus sowjetischer Sicht positiven Analyse des Gipfeltreffens Gorbatschow/Reagan im November in Genf und der ersten vereinbarten West-Reise des Kreml-Chefs nach Frankreich denkbar.

Mit größter Wahrscheinlichkeit müßte Gorbatschow auch zunächst der im März 1985 ausgesprochenen Einladung Helmut Kohls nach Bonn nachgekommen sein, um aus Kreml-Sicht das westdeutsche Terrain zu sondieren und Bonn das Odium zu nehmen, „Hort des Revanchismus" zu sein. Erst danach ließe sich wohl – und keineswegs mehr vor dem 11. SED-Parteitag Ende April 1986 – eine Honecker-Reise nach Bonn und in seine saarländische Heimat arrangieren.

Diese Überlegungen ergeben sich, wenn man die internen Abläufe im Verhältnis Moskau/Ost-Berlin und die Konsequenzen der spürbar zielgerichteten, somit „harten Hand" von Michail Gorbatschow im eigenen Lager berücksichtigt.

Als gesichert können in diesem Zusammenhang folgende Erkenntnisse gelten:

1. Jeden Schmelz-Vorgang in den relativ frostigen West-Ost-Beziehungen wird sich – schon aus innenpolitischen Prestige-Gründen – Michail Gorbatschow selbst zuschreiben wollen. Honeckers West-Politik, die zur Zeit die Bundesrepublik ausspart, hat dabei nur eine operative Funktion.

Klima-Umschwung?

2. Dem verabredeten Gipfeltreffen in Genf mit Ronald Reagan muß die eigentliche Bewährungsprobe in der *Sache folgen* – wie weit bewegen *sich* Sowjets und Amerikaner bei den Abrüstungsgesprächen? Erst die Antwort darauf könnte den möglichen Klima-Umschwung bewirken.

3. Gorbatschows angekündigte Reise-Diplomatie gilt zunächst Frankreich als Scharnier zwischen NATO und Warschauer Pakt. Ein Besuch in Bonn könnte sich anschließen. Erst daraus wird sich dann – ähnlich wie Breschnews Bonn-Besuche in den siebziger Jahren jeweils Durchbrüche im innerdeutschen Bereich ermöglichten – die Honecker-Fahrt kristallisieren.

4. Durch Gorbatschows Verzicht *auf den zunächst vorgesehenen* UN-Auftritt fällt eine mit Bonner Unterhändlern schon erörterte Variante eines Honecker-Besuchs fort: Eine Reise des Staatsratsvorsitzenden nach New York und Rückflug-Zwischenlandung in Bonn mit „entdramatisiertem" Kontakt zu Kohl und Kurzvisite bei Richard von Weizsäcker.

Der Kreml entscheidet

5. Honecker und die „DDR"-Führung werden nach dem Debakel des Sommers 1984 mit reinen Irritationen zwischen Kreml- und Ost-Berlin jede, auch nur in Nuancen an eine Neuauflage erinnernden Umstände vermeiden. Honecker gab darüber sogar eine relativ klare Auskunft: In seinem „Le Monde"-Interview von Anfang Juni (seine vorerst letzte Aussage gegenüber einem westlichen Blatt) antwortete er bei der Frage nach seinen Reise-Absichten auch im Blick auf die UdSSR: „Wir wollen nicht, daß die Nachbarn besorgt sind durch das Trauma, daß beide deutsche Staaten sich zusammenschließen könnten."

6. Bei derselben Gelegenheit sprach Honecker ausdrücklich davon, sein Besuch sei „gegenwärtig *keine aktuelle Frage in den Beziehungen* der DDR und der BRD". Das Unternehmen werde stattfinden, wenn beide Seiten dies „für die Entwicklung ihrer Beziehungen" für zweckmäßig erachteten. Daraus folgert, daß Ost-Berlin zur Zeit eine derartige Entwicklung nicht forcieren kann, da Bonn keinerlei Anlaß für Zurückhaltung hätte.

In sämtlichen vertraulichen deutsch-deutschen Gesprächen lautet die Ostberliner Erklärung dafür, den Stillstand nicht verändern zu können: „Der Zeitpunkt ist nicht geeignet." Wann Moskau ihn für gekommen hält, steht eben nicht in Ost-Berlins Belieben. So kann sich die „Durststrecke" durchaus noch bis zur Bundestagswahl 1987 hinziehen. Denn erst sie liefert Moskau und Ost-Berlin zuverlässigen Aufschluß über die Kräfteverteilung in der Bundesrepublik bis zum Beginn der neunziger Jahre.

Weiter Wirbel um Wackersdorf

Von PETER SCHMALZ

Die Einladungen sind bereits verschickt, müssen jetzt aber als wiederaufarbeitbares Altpapier im Papierkorb landen: Am kommenden Freitag wollte die in Hannover beheimatete Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK) im bayerischen Wackersdorf eine Tochtergesellschaft gründen, deren Aufgabe Bau und Betrieb der ersten deutschen Wiederaufarbeitungsanlage sein wird und die den ein wenig länglichen Namen „Bau- und Betriebsgesellschaft DWK-Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf GmbH" (DWK) tragen soll.

Die Ausladungsschreiben sind schon unterwegs. „Wir wurden von der bayerischen Staatsregierung gebeten, die Gründung auf einen späteren, noch nicht bekannten Termin zu verschieben", erklärte DWK-Sprecher Peter Schmidt gegenüber der WELT. Offizieller Grund der Absage: Das vorgesehene Baugelände in der bayerischen Oberpfalz ist noch gemeindefrei. Drei Gemeinden kämpfen seit Monaten um die Eingemeindung dieses Gebiets, das alljährlich einen zweistelligen Millionenbetrag allein an Gewerbesteuer abzuwerfen verspricht, und konnten sich auch auf ihrer letzten Sitzung Ende Juni nicht einigen. Die DWK-Tochtergesellschaft kann aber erst dann aus der Taufe gehoben werden, wenn sie einer Gemeinde zuzuordnen ist.

Inoffiziell spielt noch ein weiterer Grund eine Rolle, über den weder in *München noch in Hannover* offen gesprochen wird: Aus steuerlichen Gründen wird vom niedersächsischen Finanzministerium eine Anerkennung der Betriebsstätte benötigt, die bislang aber noch nicht eingetroffen ist. „Für Bayern reißt man sich in niedersächsischen Behörden zur Zeit kein Bein aus, der Ärger über den Zuschlag der Wiederaufarbeitungsanlage nach Bayern scheint das Arbeitstempo in Hannover ein wenig zu bremsen", heißt es in informierten *Münchener Kreisen*.

Aber die Niedersachsen können sich in der Tat Zeit lassen, denn die Bayern knobeln selbst noch ohne Erfolg an ihren Hausaufgaben. Wohl gelingt es hier und da, die Bürgermeister der drei am Gelände interessierten Gemeinden an einen Tisch zu bringen, zur Einigung lassen sich die Rathauschefs aber dennoch nicht bringen.

Kürzlich waren sie tatsächlich mit der Absicht zusammengekommen, endlich zu einer einvernehmlichen *Regelung zu kommen. Doch dann* hatte sie der Bericht der WELT überrascht, die von ihnen sehnsüchtig erwartete Gewerbesteuer würde niedriger als geplant ausfallen, da nach einer Vereinbarung zwischen München *und Hannover etwa 20 Prozent* dieser Steuer in niedersächsische Etats abgeführt werden.

Und so pokern die Bürgermeister weiter. Wackersdorf fühlt sich dabei in einer besonders starken Position. „Die Anlage ist mit dem Namen unserer Gemeinde eng verbunden", argumentiert Bürgermeister Josef Ebner. „Außerdem haben wir die Hauptlast der Ver- und Entsorgung zu tragen, ob es sich dabei um Straßen, Stromverbindungen oder Wasserleitungen handelt. „Deshalb", so meint er, „wollen wir an der Gewerbesteuer mit großer Mehrheit beteiligt werden." Was das in Zahlen heißt? „Weit über 50 Prozent."



Soviel will aber auch sein Kollege aus dem Nachbarort Bodenwöhr, falls der Gebietszuschlag zu ihm fällt. Und Neunburg vorm Wald will dann auch nicht zurückstehen. Nur die Kreisstadt Schwandorf gibt sich bescheidener, was aber allein daran liegt, daß sie wegen der Entfernung zum Bauplatz am Ringelpietz um die Eingemeindung nicht teilnehmen darf. Vom Gewerbesteuerkuchen will sie aber einen ansehnlichen Batzen, denn Schwandorf wird das Flüß*chen Naab zur Wasserentnahme* wie zur Abwasseraufnahme zur Verfügung stellen.

„Noch ist der Stein des Weisen nicht gefunden", sagt ein Regierungsbeamter in München. „Aber uns ist sehr daran gelegen, die Gemeinden so schnell wie möglich unter einen Hut zu bringen." Ein Modell, wonach die Hauptgemeinde 40 und die drei anderen jeweils 20 Prozent erhalten sollten, fand bislang bei keinem der Bürgermeister Anklang.

Mittlerweile beschäftigt die DWK schon 55 Mitarbeiter in ihrem Wakkersdorfer Büro und in einer Lehrwerkstatt, 50 stammen aus dem Landkreis, fünf kamen aus Hannover. Allein 900 000 Mark wurden in die Einrichtung der Lehrwerkstatt *investiert.* Derzeit werden 24 Lehrlinge ausgebildet, im September kommen 15 weitere hinzu. Nach ihrer Ausbildung wird ihnen angeboten, entweder zur Baustelle Wackersdorf, zur Versuchs-Wiederaufarbeitungsanlage in Karlsruhe, zum Brennelementelager Gorleben oder zur belgischen Verglasungsanlage in Mol überzuwechseln.

„Bis zur Inbetriebnahme der Wiederaufarbeitungsanlage, deren heiße *Phase 1995 beginnen soll, werden wir* immer mehr zu einem Ausbildungsbetrieb, bei dem unsere Mitarbeiter den Fachkundennachweis erlangen", umschreibt DWK-Sprecher Schmidt diesen Teil der DWK-Tätigkeit. Inzwischen wurde auch aufgeschlüsselt, wie sich die für den Betrieb benötigten 1600 Beschäftigten aufteilen. Danach sind 80 Prozent Facharbeiter, angelernte oder umgeschulte Kräfte sowie Verwaltungsangestellte, die zum überwiegenden Teil in der Region angeworben werden können.

Aber auch Niedersachsen geht nicht leer aus. Zum einen wird die DWK ihren Hauptsitz in Hannover behalten, zum anderen wird sie im *Rahmen ihrer atomaren Entsorgung* allein in diesem Bundesland drei Milliarden Mark investieren und damit in der Hersteller- und Bauindustrie mehrere 1000 Arbeitsplätze sichern und für den Dauerbetrieb ihrer Anlagen rund 1000 neue Mitarbeiter anwerben.

Angesichts dieser Zahlen wundern sich bayerische Politiker über die als unfreundlich empfundene Haltung, an der die CDU-Regierung unter Ministerpräsident Ernst Albrecht gegenüber Bayern festhält. Daß Niedersachsen beispielsweise sein Nein zur Investitionszulage für Wackersdorf damit begründet, hier handle es sich um ein „energiewirtschaftliches Projekt" (WELT vom 2. 7.), wird in *München als „bösartige Schutzbehauptung"* bewertet. Auch Wirtschaftsstaatssekretär Georg von Waldenfels, von Strauß mit der Leitung einer WAA-Kommission betraut, kann dieser Argumentation nicht folgen: „Hier handelt es sich nicht um ein Kraftwerk, sondern um eine Chemieanlage. Das haben ja wohl auch die SPD-Länder, die für uns gestimmt haben, so gesehen."

Schlägertrupps verhindern Vorlesung an FU

hrk. Berlin

Mit großem Bedauern hat Berlins Wissenschaftssenator Wilhelm Kewenig auf den seit langem schwersten und brutalsten Zwischenfall im Bereich der Universitäten reagiert: Als Gast einer Ringvorlesung der Freien *Universität über den 8. Mai 1945* war der Würzburger Völkerrechtler und Status-Experte für Deutschland, Professor Dieter Blumenwitz, Ende vergangener Woche von einer Schlägergruppe überfallen, geschlagen und *mit Farbeiern beworfen worden.* Die Gewalttäter stürzten Stellwände auf ihn und zerrissen sein Manuskript, bevor der angekündigte Vortrag beginnen konnte.

Kewenig bemühte sich über das Wochenende, Blumenwitz zu erreichen, um sich für diesen Vorfall, der Berlins neu gewonnenes, aber weiterhin zerbrechliches Ansehen schädigt, zu entschuldigen. Im Hause des Senators wird es als „mehr als unverständlich" bezeichnet, daß nicht ausrei*chend für den Schutz von* Blumenwitz Sorge getragen worden sei. Denn Zeitungen aus der Alternativ-Szene, linke Uni-Postillen und auch der AStA hatten vor dem Termin des Würzburger Wissenschaftlers dazu aufgerufen, den Gast wegen seiner Kontakte zur chilenischen Militärjunta kritisch zu befragen. Dazu hatte er sich auch bereits vorher ausdrücklich bereit erklärt.

Als Blumenwitz ans Rednerpult ging, wurde er von einer offenbar organisierten Gruppe von etwa 20 jungen Männern abgedrängt, geschlagen und gestoßen. In dem Tumult gelang es Blumenwitz nur mit Mühe, sich in die Pförtnerloge zu flüchten und sich dort einschließen zu lassen. Mitarbeiter des FU-Präsidialamtes und Mitglieder des Professoren-Kollegiums, die Blumenwitz' Vortrag zum Thema „8. Mai 1945 – Zusammenbruch oder Befreiung" hören wollten, vermochten ihn nicht ausreichend zu schützen. Die Polizei traf ein, als sich der Gast in der Pförtnerloge befand.

In Senatskreisen herrscht besonders deshalb Unmut über die Freie Universität, weil beispielsweise andere „sensible" Auftritte von Politikern oder – wie Blumenwitz – nicht der linken Szene zuzuordnenden Professoren durchaus unter vorbereiteten Schutzmaßnahmen abliefen. So befand sich vor einiger Zeit bei einem Vortrag von Sozialsenator Fink eine Hundertschaft von Polizisten im Saal.

Schon 1947 wollte Stalin sich Titos entledigen

Operation als Vorwand / Dritter Biographieband Dedijers

C. GUSTAF STRÖHM, Belgrad

Wollte der sowjetische Geheimdienst 1947 auf Befehl Stalins den jugoslawischen Staats- und Parteichef Tito ermorden? Diese Frage stellt sich bei der Lektüre des jüngst in Jugoslawien erschienenen dritten Bandes der von Vladimir Dedijer verfaßten Tito-Biographie („Neue Beiträge für eine Biographie des Josip Broz Tito", Verlag Rad, Belgrad).

Dedijer, dessen Bücher über Tito seit dem Tode des Marschalls im Mai 1980 in jugoslawischen KP-Kreisen zum Teil heftige Diskussionen auslösten, berichtet auf Grund der Aussagen von Titos damaligem Arzt, Bogdan Brecelj, und des damaligen Kommandanten von Titos Leibgarde, General Milan Zezelj, daß Stalin 1947 zwei seiner Leibärzte, Bakuljew und Smotrow, in Begleitung einer Krankenschwester nach Jugoslawien entsandte. Diese sollten bei Tito einen Bruch operieren.

Zunächst verlief alles gut. Die beiden jugoslawischen Mediziner, die bei der Operation zugegen waren, verließen Titos Residenz. Da fiel dem Kommandanten von Titos Leibgarde auf, daß die sowjetische Krankenschwester irgendwelche Flüssigkeiten aus einer Flasche in eine andere füllte. Die sowjetische Krankenschwester und die Kreml-Ärzte erklärten plötzlich, Tito müsse sofort ein zweites Mal operiert werden.

General Zezelj sagte viele Jahre später, ihm sei das verdächtig vorgekommen. Man habe sofort die jugoslawischen Ärzte geholt, die eine weitere Operation nicht für notwendig hielten. General Zezelj behauptet, er habe die sowjetischen Ärzte samt Krankenschwester in ihren Zimmern eingesperrt. Am nächsten Tag reisten die Russen ab.

Sowjetischer Drill

Dieser Bericht Dedijers erinnert an die Tatsache, daß Stalin in seinen letzten Lebenswochen 1953 selber eine angebliche „Ärzteverschwörung" – diesmal gegen seine eigene Person – konstruierte. Der sowjetische Historiker und „Halb-Dissident" Roy Medwedjew hat in seinem Buch „Stalin und der Stalinismus" mitgeteilt, daß Tito damals angeblich wegen des geplanten Attentats ein Protesttelegramm an Stalin geschickt habe.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß Stalin mehr als ein Jahr vor Ausbruch des „offiziellen" Konflikts zwischen Moskau und Belgrad entschlossen war, Tito zu beseitigen. Der Tito-Biograph berichtet ferner, daß der sowjetische „Berater" in der jugoslawischen Plankommission, Jelenko, auf gewisse jugoslawische Vorschläge lapidar zu antworten pflegte: „Das hat bei uns in der Sowjetunion auch jemand verlangt, den hat aber Stalin erschießen lassen."

Tito habe, *so heißt es in der Biographie*, sofort nach Ausbruch des Konflikts mit Moskau alle Maßnahmen ergriffen, *um den Einfluß der* Sowjetarmee auf die jugoslawischen Streitkräfte zu beseitigen. Das System des *sowjetischen Drills sei durch eine „to*lerantere Haltung zwischen Vorgesetzten und Soldaten" ersetzt worden.

Kultur kontra Tyrannei

Bis 1948 habe es 498 sowjetische Instrukteure in der jugoslawischen Armee gegeben. Die Jugoslawen identifizierten 89 dieser Offiziere als Angehöre der sowjetischen Militärspionage oder Gegenspionage.

Bereits drei Jahre nach dem Bruch mit Stalin (1951) habe Tito im Gespräch mit seinem späteren Biographen von den „aggressiven Bestrebungen der Sowjetunion" und von einem „Sieg der staatskapitalistischen Tendenzen" in der Sowjetunion gesprochen. Diese hätten zu einer Entrechtung der Arbeitermassen *und Unterdrückung* der nichtrussischen Nationen geführt.

Die Ursachen für den Konflikt zwischen Stalin *und Tito* erklärt Dedijer – selber Altkommunist und Partisan – auf überraschende Weise: Tito sei ein „*Mensch der katholischen Kultur*" gewesen, auch wenn er natürlich nicht selber gläubig war. Dagegen sei Stalin, laut Dedijer, *ein* „Produkt der zaristischen Tyrannei". Stalin habe im orthodoxen Priesterseminar (das er in jungen Jahren besuchte) nichts anderes als den kirchlichen Dogmatismus gelernt.

Ein „Mensch der katholischen Kultur" zu sein bedeute nicht unbedingt Religiosität und nicht Kirchenzugehörigkeit, sondern sei eine „soziale Psychologie". Ein Slowene etwa, so zitiert der Tito-Biograph den slowenischen Dichter Ivan Cankar, fühle sich in seiner Lebensweise mehr einem Tiroler Bauern als etwa seinen südslawischen Brüdern verbunden. Tito stammt aus dem kroatisch-slowenischen Grenzbereich.

Tito sei, so schreibt Dedijer ferner, in jungen Jahren durch ganz Europa gewandert, sei Mitglied der Gewerkschaft und der Sozialdemokratischen Partei gewesen, habe frei zu diskutieren gelernt und Böhmen, Bayern und das Ruhrgebiet kennengelernt.

Opposition vor der Wahl uneinig

VON REINER GATERMANN

In Schwedens Politik herrscht derzeit Ruhe vor dem Sturm der bevorstehenden Reichstagswahlen vom 15. September. Denn spätestens Mitte August beginnt der Wahlkampf um die Neubesetzung der 349 Sitze im schwedischen Reichstag.

Gelingt es den Sozialdemokraten, die nach sechsjähriger Unterbrechung vor drei Jahren zurückeroberte Macht zu verteidigen, oder setzen sich wieder die Bürgerlichen auf die Regierungsbank?

Verkündeten Meinungsforscher zu Jahresbeginn noch einen Vorsprung *der drei bürgerlichen Parteien und* damit einen bevorstehenden Regierungswechsel, so sind sie sich jetzt *gar nicht mehr so sicher. Sie glauben* eher an eine knappe Entscheidung. Das bedeutet, daß die Chancen für die Sozialdemokraten überwiegen, da sie in der Lage sind, im Endspurt des Wahlkampfes gemeinsam mit der ihnen nahestehenden Gewerkschaftsbewegung Anhänger zu mobilisieren.

Hinzu kommt, daß die drei bürgerlichen Parteien (die Moderate Sammlungspartei, das Zentrum und die Liberale Volkspartei) aus den Fehlern ihrer teilweise gemeinsamen Regierungszeit von 1976 bis 1982 offenbar wenig gelernt haben. So erklären sie jetzt, bei den Reichstagswahlen lediglich ein bürgerliches Übergewicht anzustreben; ob dieses dann auch zu einem nichtsozialistischen Mehrheitskabinett führt, bleibt offen.

Die Opposition zeigt wenig Gemeinsamkeiten. Einig ist man sich *eigentlich nur in der Verurteilung der* sozialdemokratischen Finanzpolitik. Eine Sparpolitik, die auch den Ge*sundheits- und Sozialbereich* sowie die Arbeitslosenunterstützung nicht ausschließen würde, wie sie von der *gemäßigt konservativen Sammlungspartei* verordnet wird, findet bei den wahrscheinlichen Partnern kaum *Unterstützung*.

Das gilt auch für die Privatisierung öffentlicher *Aufgaben und die angestrebten* Steuersenkungen. Noch ist es deshalb schwer abzusehen, ob die Bürgerlichen *einen gemeinsamen* Nenner für ein Kabinett finden werden. Erschwerend kommt noch die kompromißlose *Forderung des Zentrums* hinzu, die Abschaffung der Kernkraft bis zum Jahre 2010, wie *dies in der Volksabstimmung 1979* beschlossen wurde, ausdrücklich ins Regierungsprogramm aufzunehmen.

SCHWEDEN

Die beiden anderen Parteien sind hingegen der Auffassung, *daß es hierfür* schon ausreichende Parlamentsentscheide gebe.

Uneinigkeit herrscht auch darüber, wer in einem eventuellen bürgerlichen Koalitionskabinett den Ministerpräsidenten *stellen* soll. Nach jüngsten Meinungsumfragen werden die Konservativen am 15. September *mit einem Stimmenanteil von 25 bis* 30 Prozent erheblich besser abschneiden als die Liberalen, das Zentrum und die Christlich-Demokratische Sammlung. Letztere war bisher an der vier-Prozent-Klausel gescheitert und ist jetzt mit dem Zentrum in einer Liste verbunden. Diese Parteien würden jedoch kaum den 43jährigen Vorsitzenden der Konservativen, Ulf Adelsohn, als Ministerpräsidenten akzeptieren.

Selbst in der konservativen Wählerschaft ist man nicht uneingeschränkt glücklich über den Nachfol*ger des aus Altersgründen abgetretenen* und sehr beliebten Gösta Bohman. Auch für den Zentrums-Vorsitzenden Thorbjörn Fälldin dürfte eine Rückkehr an die Kabinettspitze ausgeschlossen sein. Einmal ist er gesundheitlich angeschlagen, zum anderen hat man ihn aus seinen beiden früheren Amtsperioden (1976 bis 1978 und 1979 bis 1982) nicht gerade als den tatkräftigen Regierungschef in Erinnerung. Zudem ist das Wählerpotential des Zentrums seit 1982 weiter auf etwa 12,5 Prozent geschrumpft.

Gut profiliert hat sich hingegen der neue Vorsitzende der liberalen Volkspartei, Bengt Westerberg. Gegen ihn als *eventuellen Ministerpräsi*denten spricht aber, daß er an der Spitze des mit rund sieben Prozent *kleinsten Partners steht.*

Viele Wähler zweifeln, ob die Opposition eine vertrauenswürdige Alternative darstellt. Somit könnte sich die Lage von 1982, und in gewisser Hinsicht von 1979, wiederholen, in der die Splitterung des bürgerlichen Blockes den Sozialdemokraten zugute kam und für ihren Wahlerfolg sorgte.

Das derzeitige Kabinett unter Olof Palme, im Reichstag von den Kommunisten unterstützt, hat in den vergangenen drei Jahren politisch und personell erhebliche Schwächen gezeigt. *Es ist kein Geheimnis mehr*, daß auch in der Partei die Unzufriedenheit mit Palme wächst. Ihm wird *Kontaktarmut, Ungeduld und Macht*konzentration vorgeworfen.

Dennoch ist und bleibt er die stärkste politische Persönlichkeit Schwedens. Gelingt es den bürgerlichen Parteien während des kurzen Wahlkampfes nicht, mehr Einigkeit vorzuzeigen, dürften ihre Aussichten, das Palme-Kabinett am 15. September *abzulösen, sehr gering sein.*

Familienbesuche vereinbart

rtr, Panmunjom

Nord- und Südkorea haben gestern *zum ersten Mal gegenseitige Besuche* von Familien vereinbart, die seit dem Koreakrieg Anfang der 50er Jahre ge*trennt leben. Im Grenzort Panmun*jom kamen Delegationen des Roten Kreuzes beider Länder überein, daß an dieser Aktion im September je 300 Menschen teilnehmen sollen. Differenzen gibt es nach den Worten des südkoreanischen Delegationschefs Song Yong-Dae noch über die Besuchsorte und die Größe der Folkloregruppen, die die Familien begleiten und den Treffen einen festlichen Rahmen geben sollen. Die Gespräche werden am Freitag fortgesetzt.

Korruption in Kasachstan

AP, Moskau

Das sowjetische Parteiorgan *„Prawda" hat über einen umfassen*den Korruptionsskandal in der Sowjetrepublik Kasachstan berichtet. *Wegen der Veruntreuung und Ver*schwendung von öffentlichen Geldern in Höhe von mindestens 14 Millionen Rubel *seien mehrere hochran*gige Parteifunktionäre entlassen und bestraft worden. In der vergangenen Woche hatte das Parteiorgan bereits gemeldet, daß Asanbay Askarow, der Parteichef von Tschimkent, des zweitgrößten Verwaltungsbezirks Kasachstans, wegen „ernsthafter Versäumnisse" seines Amtes enthoben worden sei.

Frauenkonferenz begann in Nairobi

dpa, Nairobi

Unter Teilnahme von etwa 1400 Delegierten aus *155 Ländern* wurde zum Abschluß des UNO-„Jahrzehnts der Frau" in Nairobi eine elftägige Welt*frauenkonferenz* eröffnet. *UNO-Ge*neralsekretär Javier Pérez de Cuéllar sagte zur Eröffnung, er hoffe, daß bei *den Debatten der Geist des Kompro*misses überwiege. Während des Treffens soll über Erfolge und Rückschläge in den Bemühungen für die Gleichberechtigung der Frau beraten werden. Als umstrittene Themen gelten die Apartheid, das Palästinenserproblem, die „Friedensbewegung" sowie eine neue Weltwirtschafts- und Informationsordnung.

„Pastorales Defizit" bringt den Sekten Erfolg

Auch Ökumene belastet / Vatikan bereitet Dokument vor

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Angesichts der zunehmenden Ausbreitung des Sektenwesens wird im Vatikan ein Dokument vorbereitet, das als pastorale Handreichung an alle Bischofskonferenzen geschickt werden soll. Mit der Ausarbeitung des Papiers sind die Sekretariate für die Einheit der Christen, für die Nichtchristen und für die Nichtglaubenden beschäftigt.

Den Anstoß zu dieser Initiative hatte im vergangenen Frühjahr eine Tagung der Ökumenismus-Delegierten der Bischofskonferenzen im Einheitssekretariat gegeben. Dabei war die wachsende Sorge zum Ausdruck gekommen, die den Lokalkirchen von Amerika über Europa und Afrika bis nach Asien die Herausforderung durch immer neue Sekten bereitet.

Im Einheitssekretariat wird darauf hingewiesen, daß durch die Sekten nicht zuletzt auch die ökumenischen Beziehungen zwischen den Kirchen belastet würden, da sich viele Sekten – wenn auch in ihrem Selbstverständnis völlig unökumenisch – unter dem Stichwort Ökumenismus anbiederten und damit den Ökumenismus bei nicht wenigen Gläubigen in Verruf brächten. Obwohl Sekten und Kirchen „zwei verschiedene Welten" seien, würden gelegentlich noch immer Sekten mit „Kirchen" oder „kirchlichen Gemeinschaften" verwechselt.

In der *letzten* Ausgabe des vom Einheitssekretariat publizierten Informationsbulletins wird auf Grund *einer Umfrage bei den Bischofskon*ferenzen betont, daß „das Problem der Sekten in vielen Ländern als äu*ßerst schwerwiegend, in fast allen* Ländern als sehr ernst" empfunden wird. Nur zwei Bischofskonferenzen hätten mitgeteilt, daß die Sekten in ihren Ländern keinerlei Problem darstellten.

Jugendliche im Visier

Aus den Berichten der Ortskirchen geht deutlich hervor, *daß* die Sekten vornehmlich in denjenigen gesellschaftlichen Bereichen erfolgreich seien, *in denen bei den Kirchen* „ein pastorales Defizit" besteht. Ihren größten Erfolg hätten sie bei jungen Menschen, *die sich durch die Kirchen* nicht mehr genügend gefordert fühlten. Sie nutzten die Sehnsucht dieser Jugendlichen nach mehr Innerlichkeit und nach einem alternativen Leben aus. Dabei scheuten sie weder vor „psychologischer Gewalt" noch vor materieller Ausbeutung ihrer Anhänger zurück.

Der Vatikansender ging dieser Ta*ge ausführlich auf ein Dokument der* japanischen Bischöfe ein, in dem diese Aspekte unter Bezugnahme auf die „*Moon*"-*Sekte* besonders herausgestellt werden. Diese 1954 in Südkorea von einem ehemaligen Geistlichen begründete Sekte, deren Hauptsitz seit 1972 New York ist, verfügt über enorme finanzielle Mittel und hat Millionen von Anhängern – vor allem in den USA und in Frankreich. Ihr Gründer wurde in den USA wegen Steuerhinterziehung verurteilt.

In vielen Ländern – auch in der Bundesrepublik Deutschland – müssen sich Behörden und Gerichte seit Jahren mit der Forderung zahlreicher Sekten beschäftigen, als religiöse Vereinigungen von der Steuer befreit zu werden.

Gegen die christliche Lehre

In dem vom Vatikansender verbreiteten Dokument der japanischen Bischöfe heißt es: „Die Prinzipien dieser Organisation widersprechen von Grund auf der christlichen Lehre." *Die „Moon"*-Sektierer behaupteten zwar, direkt von Christus inspiriert zu sein, hingen jedoch dem *Fruchtbarkeitskult an und predigten* die Auflösung aller familiären Bindungen.

*In den dem Einheitssekretariat zu*geleiteten Stellungnahmen der Bischofskonferenzen wird übereinstimmend hervorgehoben, daß die katholische Kirche durch das Sektenwesen zu einer gründlichen Gewissensforschung herausgefordert sei. Man müsse sich klarmachen, „woran es in der praktischen Seelsorge fehlt" und was die Gläubigen „verwundbar macht für den Anreiz der Sekten".

Unter den Ursachen des Sektenproblems führt das Informationsbulletin des Einheitssekretariats „religiöse Ignoranz, die Größe vieler Gemeinden und eine allzu arme Liturgie" an.

Eine besondere Gefahr wird im Vatikan in der synkretistischen Motivation gesehen, die sich viele Sekten, vor allem in Südamerika, geben. Sie kommen damit einer Sehnsucht vie*ler Menschen nach einem religiösen* Zusammenwachsen entgegen.

Wo die katholische Kirche die „In*kulturation*", *das heißt die art- und* umweltgemäße Entfaltung des christlichen Glaubens und des christlichen Gemeinschaftslebens, anstrebt, spekulieren die Sekten auf den Wunsch nach einer religionsübergreifenden Einheit. Ihr zumeist aggressiver Proselytismus hat nicht selten auch politische und wirtschaftliche Komponenten.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Wollen wir Umweltschutz?

Sehr geehrte Damen und Herren,

was sind wir Deutschen doch für regierungsabhängige Untertanengeister! Da erklären uns Biologen, daß Stickoxide und andere Autoabgase unseren Wald schädigen, und die Industrie bietet daraufhin Katalysatorautos an, bei denen der Schadstoffausstoß um 90 Prozent vermindert wird.

Aber was tun unsere Meinungsmacher und Volksvertreter? Sie verlangen von der Regierung, sie solle die Herstellung von „Stinkerautos" verbieten, damit die Autofahrer saubere Autos kaufen müssen, und sie schelten die Regierung, weil sie die Engländer, Franzosen und Italiener nicht zwingen kann, ebenfalls nur Katalysatorautos herzustellen. Als ob das Vernünftige nur durch Zwang erreicht werden könnte!

Zugegeben, die Abgasreinigung kostet Geld. Aber wer so viel Geld hat, daß er sich einen Neuwagen kaufen kann, der sollte auch in der Lage sein, die 1500 oder 2000 Mark Mehrkosten für den Katalysator zu tragen, zumal die Regierung über Kraftfahrzeugsteuerbefreiung einen erheblichen Teil der Mehrkosten erstattet.

Er sollte auch nicht mit 50 Prozent Schadstoffminderung zufrieden sein, wenn er 90 Prozent erreichen kann. Auch das bisher geringe Angebot an bleifreiem Benzin ist kein Gegenargument.

Ein Idealist, dem der Wald wirklich am Herzen liegt, sollte den Umweg zur bleifreien Tankstelle nicht scheuen. Je mehr Fahrer – z. B. Golffahrer – schon heute bleifrei tanken, desto schneller wird sich die Mineralölwirtschaft dem neuen Marktbedarf anpassen. Das bisweilen geforderte staatliche Verbot von Bleibenzin paßt nicht in unsere freiheitliche Demokratie. Wer aber nicht bereit ist, ein kleines Opfer für den Wald und die Zukunft unserer Kinder zu bringen, sollte auch nicht behaupten, Interesse am Umweltschutz zu haben.

Den staatlichen Zwang sollten wir den Diktaturen überlassen und zeigen, daß wir bereit sind, das Vernünftige auch freiwillig zu tun. Wie viele Mitbürger werfen z. B. Altglas freiwillig in die aufgestellten Sammelbehälter anstatt in die eigenen Mülltonnen.

Ein extremes Beispiel: Kein staatliches Gebot zwingt uns, unser Geld für Seife auszugeben, wo doch der gröbste Schmutz auch mit Wasser oder Sand entfernt werden kann. Und doch benutzen wir die Seife freiwillig. Statistiker messen den Grad der Zivilisation eines Volkes an seinen Ausgaben für Körperpflege und Hygiene. Wann wird man das Umweltbewußtsein eines Volkes am Anteil seiner – freiwillig gekauften – Katalysatorautos messen?

Mit freundlichen Grüßen
K. H. Ranke,
Hamburg 52

Wort des Tages

„Die Bibel ist ein einziger Beweis für die Wortmacht, welche die Weltmacht besiegt."

Hans Habe; dt. Journalist (1911–1977)

Schewardnadse

„Gorbatschow drängt Gromyko ins Amt des Staatschefs ab"; WELT vom 2. Juli

Sehr geehrte Damen und Herren,

der neue sowjetische Außenminister Schewardnadse ist kein Geheimpolizist, wie es in Ihrem Bericht heißt. Er machte seine Karriere nicht im Sicherheitsapparat, sondern ist ein „Vollblut"-Parteifunktionär. Nach westlichen Informationen trat er 1948 in diese ein, absolvierte die Parteihochschule der Republik Georgien (1951) und das pädagogische Institut von Kutaissi (1959). 1956 wurde Schewardnadse zweiter Sekretär der kommunistischen Jugendorganisation Komsomol in seiner Heimat Georgien und ab 1957 deren erster Sekretär.

Ab 1961 war er Erster Rajkomsekretär der KP Georgien in Mzchata und Erster Sekretär des Perwomajskij-Rajkoms der KP Georgiens in Tbilissi. 1964 bis 1965 war er Erster Stellvertretender Minister der Republik Georgien und von 1965 bis 1972 war er Minister für den Schutz der öffentlichen Ordnung der Georgischen SSR (Innenminister). In dieser Eigenschaft unterstanden ihm die Polizei (Miliz) und die Truppen des Innenministeriums.

Ab 1972 wurde er Erster Sekretär der KP Georgiens in Tbilissi. Von Breschnew gefördert, wurde er 1976 Mitglied des Zentralkommitees in Moskau und 1978 Kandidat des Politbüros der KPdSU. Am 1. Juli 1985 wurde er nach siebenjähriger Kandidatenzeit von Gorbatschow zum Vollmitglied des Politbüros ernannt.

Die Karriere Schewardnadses zeigt starke Ähnlichkeit mit jener Gorbatschows. Dieser war ebenfalls von 1956 bis 1966 Komsomolsekretär in seiner Heimat Stawropol und von 1970 an Erster Krajsekretär der KPdSU in Stawropol, ab 1971 ZK-Mitglied und ab 1978 Sekretär des ZK in Moskau. Ab 1979 Kandidat des Politbüros. Es ist sehr wohl möglich, daß sich beide aus ihrer Zeit als Komsomolzen kennen.

Mit freundlichen Grüßen
L. Jung,
Hamburg 20

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Personalien

GEBURTSTAG

Am Freitag feiert der emeritierte Professor für Biologische Holzkunde und Forstnutzung, Dr. **Hubert Freiherr von Pechmann**, seinen 80. Geburtstag. Professor von Pechmann leitete von 1943 bis zu seiner Emeritierung im Jahre 1973 das Institut für Holzkunde und Forstnutzung in München. Professor von Pechmann ist in München geboren. Er studierte von 1923 bis 1927 an den Universitäten München und Freiburg Forstwissenschaft und promovierte 1928 in München. Nach seiner Habilitation 1935 war er in der Bayerischen Staatsforstverwaltung tätig. 1943 übernahm er die Holzforschungsstelle an der Technischen Hochschule München. Aus dieser Forschungsstelle ging unter seiner Leitung das Institut für Holzkunde und Forstnutzung der Forstlichen Forschungsanstalt München hervor. 1948 erfolgte darum auch seine Berufung auf den parallel zu diesem Institut geschaffenen Lehrstuhl der Münchner Universität.

AUSWÄRTIGES AMT

Das Auswärtige Amt schickt seinen Vortragenden Legationsrat Dr. **Ulrich Junker** nach Peking, wo er die Leitung des Wirtschaftsdienstes an der deutschen Botschaft übernimmt. Der dortige Wirtschaftsdienst gehört heute zu den größten des Auswärtigen Amtes. Er ist mit sieben Beamten des höheren Dienstes besetzt und inzwischen größer als der Wirtschaftsdienst in Paris und London. Die Bundesregierung leistet mit ihrem Wirtschaftsdienst einen wesentlichen Beitrag für die deutschen Unternehmen, die in China einer staatlichen Verwaltung gegenüberstehen und alle über die Botschaft vermittelt werden müssen. Der bisherige Leiter des Wirtschaftsdienstes, Botschaftsrat Erster Klasse Dr. **Hans-Christian Ueberschaer**, wurde in den Geschäftsbereich des Bundeskanzleramtes versetzt.

AUSZEICHNUNGEN

In Anerkennung seines 40jährigen Werkes erhielt der aus Stuttgart gebürtige Fotokünstler **Robert Häusser** (60) das Bundesverdienstkreuz I. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland. Häusser, der an der Weimarer Kunstschule studiert hat und seit 1952 in der Bundesrepublik Deutschland lebt, hat mit seinen Arbeiten wesentlich zum Ansehen der deutschen künstlerischen Fotografie beigetragen. So hat das Museum of Modern Art in New York ihn als ersten deutschen Fotografen nach dem Zweiten Weltkrieg bereits 1954 präsentiert. Häusser schuf bereits als 17jähriger eine Reihe von Bildern, die bis heute beispielhaft sind. Seine Arbeiten der frühen 50er Jahre wirken wie ein Vorgriff auf die später einsetzende Stilrichtung der Pop Art. Zur Eröffnung von Galerien und Museen in der Bundesrepublik Deutschland für das Medium Fotografie hat Robert Häusser im entscheidenden Maß beigetragen.

*

Der Bundespräsident hat den Leiter der Bauabteilung der Deutschen Welle (DW), Oberingenieur **Willi Schalenbach** und den Leiter der DW-Sportredaktion, **Karl-Bernd Skamper**, mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet.

*

Der mit 10 000 Mark verbundene Kulturpreis der Stadt Koblenz für 1985 ging an den Kunstsammler Professor Dr. **Peter Ludwig** aus Aachen. Der gebürtige Koblenzer, der in diesem Monat seinen 60. Geburtstag feierte, erhielt die Auszeichnung aus der Hand des Koblenzer Oberbürgermeisters **Willi Hörter**.

VERÄNDERUNG

Vortragender Legationsrat Dr. **Peter Ohr**, stellvertretender Referatsleiter für Staatsbesuche und Veranstaltungen in der Protokollabteilung des Auswärtigen Amtes, geht nach Düsseldorf in die Staatskanzlei von Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident **Johannes Rau**. Dr. Ohr übernimmt dort die Leitung des Protokolls.

Natürliche Bachläufe sind selten geworden, nachdem die meisten Gewässer in den letzten Jahrzehnten begradigt und kanalisiert wurden. Fische und andere Lebewesen sind dort heute Raritäten, ebenso die Pflanzen und Tiere, die auf den Lebensraum Bach angewiesen sind. *Erst langsam beginnt man umzudenken* und die schnurgeraden Wasserläufe wieder in naturnahe Gewässer zurückzuverwandeln. Eine immense Aufgabe, nachdem man zuvor *4 Milliarden DM für die Begradigung* ausgegeben hatte.

Wenn Flüsse zu Kanälen degradiert werden, geht der Naturschutz den Bach hinunter

Von H. de la CHEVALLERIE

Lange ist es her, daß Flußwasser gleichzusetzen war mit Trinkwasser. Auch das Baden in Flüssen und Bächen ist schon lange keine Selbstverständlichkeit mehr. Was dem Menschen nicht bekommt, schadet auch Flora und Fauna. Die Überdüngung der Wasserläufe, die Erwärmung des Wassers und die Vergiftung mit einer Vielzahl von Chemikalien führte zu einem rapiden Rückgang der Wasserflora und -fauna. Am besten zu messen ist dies am Fischbesatz eines Gewässers. Was heutzutage noch gefangen wird, mag niemand mehr verzehren.

Doch es ist nicht nur die Chemie, die oft zum Umkippen der Wasserbiotope führt. Ähnliches vollbrachten die Wasserbauingenieure, für die Flüsse in erster Linie Wasserstraßen waren. Doch auch Gewässer, die nicht dem Transport dienten, wurden begradigt und in ein Betonkorsett gelegt.

Die Gründe sind vielschichtig. Wiesen und Äcker sollten durch Entwässerung ertragreicher werden, örtliche Überschwemmungen von landwirtschaftlich genutzten Flächen sollten vermieden werden. Die aufwendigen Wasserbautechnologien sind gleichermaßen ökologisch wie ökonomisch unsinnig. Viele der im und am Wasser lebenden Pflanzen- und Tierarten sind heute als gefährdet oder gar ausgestorben in den sogenannten „Roten Listen" aufgeführt. Außerdem unterblieb die regelmäßige, großflächige Versorgung des Grundwassers durch ehemals weit überschwemmte Landschaftsteile. Statt dessen stürzte das Wasser in den begradigten Läufen schnell dem Meer zu. Enorme Kosten für Uferbefestigungen, Rückhaltebecken und Schleusen fielen an. Ehemals saubere Bäche verwandelten sich in Kloaken, die nur noch dem Transport von Abwasser dienen.

Die landwirtschaftliche Überproduktion läßt viele der sogenannten Grenzertragsböden überflüssig werden. Wenn man Überschwemmungen dieser ertragsarmen Landwirtschaftsflächen hinnehmen würde, könnte das für viele aussterbende Arten der Feuchtgebietszonen zum Rettungsanker werden. Diese Einsicht wäre der Anfang eines naturnahen Rückbaus vieler begradigter Bäche. Erste Ansätze zur Umkehr gibt es bereits. *Von Natur aus mäandert ein Fluß;* wenn er jedoch begradigt ist, fließt er zu schnell und nagt dabei seine Sohle und die Ufer an.

Das Ziel muß sein, ein Bündnis zwischen Naturschutz und Landwirtschaft zu finden. Bisher gingen im Wasserbau ökologische Belange mehr oder weniger „den Bach hinunter". Dies darf nicht die Regel bleiben. Bei jedem wasserrechtlichen *Planfeststellungsverfahren oder bei* Flurbereinigungsverfahren könnten, mehr als dies bisher geschah, ökologisch wirksame Fließgewässer und natürliche Überschwemmungsbereiche wiederhergestellt werden. Allerdings muß dem Wasserlauf mehr Fläche als eine mit dem Lineal gezogene Trasse in der Landschaft gegönnt werden, damit flache Bachufer und „ökologische Nischen" in Form von kleinen Seitenarmen geschaffen werden sowie bachbegleitende Erlen und Weiden angepflanzt werden können. Nur so kann es gelingen, leergeräumte Fluren wieder natürlich zu gliedern.

Die beste Planung bliebe Stückwerk, wenn nicht auch die Gewässerunterhaltung nach ökologischen Gesichtspunkten erfolgen würde. Die „chemische Sense" sollte zumindest in diesen empfindlichen Bereichen der Vergangenheit angehören. Wichtig ist die Erhaltung der wasserbegleitenden Baum- und Buschzonen sowie der Wiesenböschungen. *Die Pflanzen* sichern nicht nur den Uferbereich besser und länger, als dies Beton vermag, die Gewässerrandstreifen leisten auch einen wichtigen Beitrag für die Vernetzung verschiedener Ökosysteme im Wasser (Laichplätze, Schatten-, Sonnenzonen), sowie im Uferbereich (Biotop für viele Vögel, Insekten und Kleintiere).

Die Belange des Naturhaushalts zu berücksichtigen, ist Kernstück der am 16. 4. 85 vom Bundeskabinett verabschiedeten 5. Novelle zum Wasserhaushaltsgesetz. Der Entwurf zielt vor allem darauf ab, die Belastung der Gewässer mit Schwermetallen und halogen-organischen Verbindungen zu vermindern. Hierzu gehört auch die Festsetzung von Wasserschutzgebieten, damit das Abschwemmen von Dünge- oder Pflanzenschutzmitteln in Gewässer verhütet wird. Die Überdüngung (Eutrophierung) der Gewässer mit Stickstoff ist äußeres Zeichen eines in Unordnung geratenen ökonomischen wie ökologischen Kreislaufes. Denn um ein Kilogramm Stickstoff herzustellen, braucht man zwei „Kilogramm" Energie. So belastet der nicht von den Ackerpflanzen verbrauchte, also zuviel erzeugte Stickstoff gleich zweimal den Naturkreislauf. Einmal durch die Luftverschmutzung bei der Stickstoffproduktion und zum anderen durch die Versalzung des Grundwassers und der oberirdischen Fließgewässer.





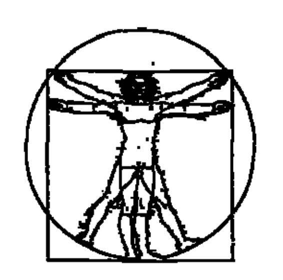
Die tiefe Kluft zwischen Wunsch und Wirklichkeit

FOTOS: VOLLMER/MÜLLER-BRUNKE

NOTIZEN

Dioxin Untersuchung

Hannover (W. K.) – Niedersachsen wird als erstes Bundesland im chemischen Untersuchungsamt Oldenburg ein Untersuchungslabor für *Dioxin in Lebensmitteln* einrichten. Dies hat Sozialminister Hermann Schnipkoweit gestern in Hannover bekanntgegeben. Man müsse davon ausgehen, daß die *hochgiftigen Dioxine als Umwelt*schadstoffe in sehr unterschiedlicher Menge und Verbindungsart bereits in Lebensmitteln vorhanden seien. Bisher sei der aufwendige



Nachweis von Dioxinspurelementen nur von schwedischen Forschern in Muttermilch durchgeführt worden.

Herzklappen-Seminar

Frankfurt (DW.) – Das 1. Arzt-Patienten-Seminar für Kranke, die mit einer neuen Herzklappe leben müssen, wird am 1. September in der Herz-Kreislauf-Klinik in Bad Berleburg stattfinden. Dabei sollen den Patienten die zahlreichen Fragen, die sich aus ihrer Krankheit und der Therapie ergeben, beantwortet werden. Einladungen können bei der Deutschen Herzstiftung, Hans-Thoma-Str. 10, Frankfurt 70, angefordert werden.

Handel mit Tieren

Düsseldorf (DW.) – Bei der Überprüfung von 1000 Zoo- und Lederwarengeschäften in Nordrhein-Westfalen im Jahr 1984 stellte sich heraus, daß einige Groß- und Zwischenhändler von Tieren oder Tierprodukten ihren Kunden nicht die sogenannten „CITES"-Dokumente mitliefern, wie es nach den EG-Bestimmungen vorgeschrieben ist. Dies teilte jetzt das Umweltministerium in Düsseldorf mit. Die deutschen Behörden müssen bei jeder Tierart, die unter das Washingtoner Artenschutzabkommen fällt, die Originalpapiere prüfen und eine Genehmigung aussprechen. Bei Unterlassung muß der Händler mit Beschlagnahmung rechnen.

Ein Hausmittel im Gerede

Jod bleibt trotz aller Einwände das beste Antiseptikum

Von BERND STEFAN

Seit über 100 Jahren wird Jod zur Desinfektion von Wunden eingesetzt. Neuerdings ist es jedoch ins Gerede gekommen. Zwar gilt es auch heute noch als das wirksamste Antiseptikum, doch soll es nicht länger von Apotheken ohne Rezept abgegeben werden. Das ist jedenfalls die Auffassung des wissenschaftlichen Beirates der Bundesärztekammer. Bereits bei der Hautdesinfektion könnte – so wird argumentiert – vom Organismus soviel Jod zusätzlich aufgenommen werden, daß ein erhöhtes Risiko für Schilddrüsenerkrankungen gegeben ist.

Der wissenschaftliche Beirat empfiehlt einerseits, die Verschreibungspflicht für Jod zu prüfen. Zum anderen legt er auch den Kliniken nahe, die Jodanwendung einzuschränken. Diese doppelte Empfehlung hat unter Ärzten bereits zu einer großen Verunsicherung geführt, wie kürzlich ein wissenschaftliches Symposium in Boppard deutlich zeigte.

Zur Desinfektion wird das Jod heutzutage nicht mehr in Form der Tinktur eingesetzt. Als wesentlich effektiver hat sich eine wässerige Lösung erwiesen, in der das Jod fest an den Kunststoff PVP (Polyvinylpyrrolidon) gebunden ist, von dem es nach und nach freigesetzt wird.

Keine Alternative in Sicht

Dieses PVP-Jod ist ein Antiseptikum, für das es weder in der Klinik noch in der Hausapotheke eine gleichwertige Alternative gibt. Es verfügt über ein sehr breites antibiotisches Spektrum. Dabei wirkt es nicht über spezifische Rezeptoren an der Zelloberfläche von Mikroorganismen, sondern durch chemische Abwandlung bestimmter Aminosäuren. Durch diese Veränderung der Strukturen von Mikroorganismen wird gleichzeitig die enzymatische Aktivität schnell gehemmt, so daß die Entwicklung von Bakterien, Viren und Pilzen gestört ist.

Für die *Abtötung eines einzigen* Mikroorganismus sind, wie neuere Untersuchungen ergeben haben, etwa 10 000 Moleküle erforderlich. Die biochemische Veränderung der Zellmembran erklärt auch, warum es nicht – wie bei Antibiotika – zur Entwicklung einer Resistenz kommt. Das Jod kann weder durch genetisch veränderte Bakterien inaktiviert werden, noch kann die Bakterienzelle den Jod-Schaden kompensieren.

Das PVP-Jod zeichnet sich aber nicht nur durch eine hohe Wirksamkeit aus, sondern auch durch gute Haut- und Schleimhautverträglichkeit, es ist außerdem weder giftig, noch löst es allergische Reaktionen aus. Neuere Untersuchungen haben überdies *gezeigt, daß PVP-Jod* auch „Problemkeime" (z. B. Staphylococcus aureus, Escherichia coli oder Pseudomonas aeriginosa) innerhalb kurzer Zeit zuverlässig abtötet.

Gute Hautverträglichkeit

PVP-Jod zeichnet sich neben einer gleichwertigen oder besseren Wirksamkeit als Alkohol vor allem durch eine günstigere Hautverträglichkeit aus. Daher sollte es auch weiterhin für die Desinfektion der Haut vor Operationen, in der Gynäkologie, bei *der Versorgung von Verbrennungen* sowie bei der Behandlung von oberflächlichen Wunden eingesetzt werden.

Ohne Zweifel wird PVP-Jod seinen *festen Platz* in der Hausapotheke behalten. Für die Desinfektion kleinerer Verletzungen gibt es, so Professor Günter Görtz (Berlin) keine bessere oder vergleichbare Alternative. Desinfektionsmittel auf anderer Basis scheiden nämlich aus. Gegen die Verwendung von Formaldehyd und Quecksilber gibt es viele berechtigte Einwände, und Alkohol verbietet sich wegen der Schmerzen praktisch von vornherein. Allerdings sollten die Jod-Präparate weiterhin apothekenpflichtig bleiben. Auch sei es unverantwortlich, wenn der Beipackzettel keinerlei Hinweis auf mögliche Nebenwirkungen enthalte. *Wie* bei jedem anderen Medikament müsse auch beim PVP-Jod mit Nebenwirkungen gerechnet werden.

Schilddrüsenkranken beispielsweise muß von der Anwendung jodhaltiger Desinfektionsmittel abgeraten werden, auch wenn das Risiko außerordentlich gering ist. Bei der Desinfektion kleiner Wunden, wie sie *täglich bei Kindern oder im Haushalt* vorkommen, wird nämlich nur eine winzige Menge Jod vom Organismus aufgenommen. Bei einmaliger Anwendung kann die Schilddrüse keine Unterfunktion entwickeln. Eine Gefährdung besteht grundsätzlich nur, wenn die Jodzufuhr über einen längeren Zeitraum, also Wochen oder Monate erhöht ist.

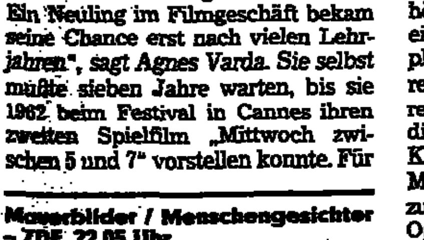
Portrait Agnes Varda

Die Meister zum Duell gefordert

Man nannte sie die Großmutter der „Nouvelle Vague", die einzige Frau, die würdig ist, den Titel Filmregisseurin zu führen. Das war vor über *30 Jahren*, als Agnes Varda sich ohne cinematografische Vorkenntnisse „ins Wasser warf" und auf eigene Faust und mit eigenem Geld ihren ersten Spielfilm „La Pointe Courte" drehte. Alain Resnais, damals ihr Mitarbeiter als Cutter, hat nie einen Hehl daraus gemacht, wie sehr ihn dieser Film für seine spätere Arbeit beeinflußt hat.

„Man darf nicht vergessen, daß die großen Meister des französischen Films damals die Szene beherrschten und ihre Methoden geltend machten. Ein Neuling im Filmgeschäft bekam seine Chance erst nach vielen Lehr*jahren*", *sagt Agnes Varda. Sie selbst* mußte sieben Jahre warten, bis sie 1962 beim Festival in Cannes ihren zweiten Spielfilm „Mittwoch zwischen 5 und 7" vorstellen konnte. Für

Mauerbilder / Menschengesichter – ZDF, 22.05 Uhr



ihren dritten Spielfilm „Le Bonheur" – „Glück aus dem Blickwinkel eines Mannes" – erhielt sie 1966 in Berlin den „Silbernen Bären".

Seitdem hat sie immerhin zehn Spielfilme und 13 Kurzfilme auf ihrem Konto. In ihrem himbeerrosa angestrichenen *Haus* in der Rue Daguerre am Montparnasse schneidet sie gerade ihren neuesten Film „Sans Toit ni Loi" oder „Mona mais qui sait?". Noch schwankt sie zwischen beiden Titeln. Aber ihr Film wurde als offizieller Beitrag für das Festival von Venedig ausgewählt.

Noch immer produziert dieses kleine Energiebündel mit dem dunklen Bubikopf und dem rundlichen Gesicht eines Teenagers ihre Filme selbst und riskiert jedesmal, sich hoch zu verschulden. „Eigentlich kann ich von meinen Filmen gar nicht leben. Aber ich bin zu keinen Konzessionen bereit. Ich bestehe auf dem Recht, meine Ansprüche als Künstlerin durchsetzen zu können. Da ich im Umgang mit Produzenten wenig diplomatisch bin, zwar ihre Hochachtung genieße, aber nicht ihr Geld bekomme, habe ich meine eigene Produktionsgesellschaft ‚Cine-Tamaris' gegründet. So erhalte ich mir meine Freiheit und nehme alle Risiken auf mich."

Ihre Entschlossenheit, sich ihre



Großmutter der „Nouvelle Vague": Agnes Varda

FOTO: MAITRE/STUDIO X

künstlerische Freiheit zu bewahren, führte in ihrer Heimat zu vielen Mißverständnissen. Agnes Varda, die sich als Feministin versteht, ohne je einer militanten Bewegung anzugehören, wurde mit ihrem Film „Die eine singt, die andere nicht" 1976 plötzlich zur Buhfrau von Frankreichs radikalen Damen der Frauenrechtsbewegung. In ihren Augen war die Komödie um zwei Frauen keine Kampfansage gegen die Männer. Die Männerwelt hingegen fand den Film zu feministisch. Der Film wurde ein Opfer des Terrors im Geschlechterkampf. Enttäuscht ging die Varda nach Los Angeles ins Exil. Dort entstanden, nachdem sich ein Hollywood-Projekt zerschlagen hatte, die beiden Filme „Mauerbilder" und „Menschengesichter".

„Ich wollte keine Hollywood-Karriere machen. Ich bin der französischen Kultur zu sehr verhaftet", sagt die Frau, die seit 1962 mit dem französischen Regisseur Jacques Demy verheiratet ist, zwei Kinder und einen zwei Jahre alten Enkel hat. „In Los Angeles faszinierten mich die gigantischen Wandmalereien, mit denen sich die Stadt und ihre Bewohner ausdrücken. Also habe ich diesen Dokumentarfilm über die ‚Mauerbilder' gemacht. Doch während der Dreharbeiten merkte ich, daß sich hinter dem Glanz, den grellen Farben, der Verwirklichung individueller Träume Schatten sozialer Mißstände verbergen. Ihnen wollte ich auf die Spur kommen. So habe ich ‚Menschengesichter' gemacht", erzählt Agnes Varda der WELT. Das Kind in diesem Film ist ihr Sohn Mathieu.

Ihre Filme sind nicht autobiografisch. Doch die Regisseurin gibt zu, daß sie von persönlichen Gefühlen und Empfindungen bestimmt sind. „Ich habe meine Arbeit auch noch nicht beendet. Ich habe noch einiges zu sagen", meint die 57jährige.

CONSTANCE KNITTER

Report-Beitrag über die „soziale Indikation"

Echo des stummen Schreis

Der Berliner Gynäkologe gibt vor der Fernsehkamera ohne Zögern sein heutiges Tagespensum preis: „Zwölf Abbrüche bisher." In der Klinik von Doktor Peter von V. ist Abtreibung eine Fließbandarbeit. Fünf Minuten dauert der Eingriff, die Kasse zahlt knapp 150 Mark, die Frau kann meist schon nach einer Stunde *das Haus* verlassen; *95 Prozent der* Fälle sind sogenannte soziale Indikationen.

Robert Franz von der Münchner Report-Redaktion befragte Ärzte, So*zialhelfer und betroffene Frauen* über das, was der Gesetzgeber als Notlage definiert, die eine Abtreibung rechtfertigt. Der Beitrag ist die Aufarbeitung der heftigen Reaktion auf den Film vor vier Wochen, in dem viereinhalb Minuten lang Auszüge aus dem Abtreibungsfilm „Der stumme Schrei" gezeigt wurden.

„Das Echo", so Report-Leiter Günther von Lojewski, „war sehr stark. Mehr als die Hälfte der Anrufer und Briefeschreiber bedankten sich dafür, daß wir den Mut zu dieser Sendung hatten." Ein Brief wird heute abend gezeigt: Eine Frau berichtet von ihrer ungeplanten Schwangerschaft, ein Haus war gerade gebaut, der Mann stirbt plötzlich. „Wohlmeinende Verwandte", wie sie schreibt, rieten ihr zum Abbruch. Sie widerstand, trug das Kind aus und freut sich heute über diesen Entschluß zum werdenden Leben.

Ärzte beklagen, daß sie zur Feststellung der sozialen Notlage keine festen Kriterien haben und geben of*fen zu, daß sie bei längerfristigen Pro*gnosen über die Entwicklung der Schwangeren überfordert sind. Dabei

Report – ARD, 21.00 Uhr

stieg der Anteil der Notlagen-Indikation von 44,9 Prozent im Jahr '76 auf 83,3 Prozent im vergangenen Jahr.

Report-Chef von Lojewski meint, nach den emanzipatorischen siebziger Jahren sei es nun an der Zeit, aufgrund neuerer medizinischer Erkenntnisse, wonach ein Fötus im dritten Monat bereits Reaktionen eines menschlichen Wesens zeigt, daß „die *Sensibilität* über die Indikation bei den betroffenen Frauen neu geweckt wird. Es ist durchaus legitim, wenn die neue Regierung ein anderes Bewußtsein für das Werden des Lebens herstellt als ihre Vorgängerin."

PETER SCHMALZ

KRITIK

Zwiespalt der Seele

Welch ein Wagnis, einen berühmten Film für das Fernsehen noch einmal zu drehen, ohne einen weiteren Grund als den, das dreifache Zeitmaß dafür zur Verfügung zu haben. Wer **Verdammt in alle Ewigkeit** (ARD) zur Entstehungszeit oder auch später gesehen hat, bewahrt von der Glanzleistung, vor allem von den bedeutenden Schauspielern Montgomery Clift, Burt Lancaster, Frank Sinatra und Deborah Kerr, eine so verklärte Erinnerung, daß ihn unter den auf ihre Posten nachgerückten Darstellern nicht einmal die einzig Prominente, Natalie Wood, trösten kann.

Hinzu kommt, daß der TV-Regisseur Buzz Kulik den Meister der Erstverfilmung von 1953, Fred Zinnemann, in keinem Punkte außer der Länge übertroffen hat, es sei denn durch gnadenloses Ausspielen der Schikanen an widerspenstigen Soldaten und der Darstellung von Prostitution und Homosexualität.

Der ungeheure Schock, den Jones' Buch bei seinem Erscheinen hervorrief, indem es zeigte, wie es in der amerikanischen Armee zuging, brauchte sich für das Einrichten des Stoffs für eine lange hingezogene Fernsehsendung im Jahre 1979 nicht zu wiederholen. Oder vielleicht doch? Seit dem Zweiten Weltkrieg hat Vietnam wieder die Aufmerksamkeit darauf gelenkt, was für ein merkwürdig zwiespältiges Verhältnis die amerikanische Bevölkerung zu ihren bewaffneten Verteidigern hat. Jones zeichnet den Hornisten Prewitt als den großen Dulder und Mustersoldaten, der sein persönliches Wohl der Vaterlandspflicht unterordnet. Welch Zwiespalt wiederum in der Seele der beiden Frauen von unterschiedlicher gesellschaftlicher Stellung, die beide nicht bereit sind, einen Angehörigen des Mannschaftsstandes zu heiraten!

Bitter ironisch endet der Film wie das Buch, wenn Lorene, das „Mädchen für fünf Dollar", sich auf der Heimreise für sich selbst und für ihren Liebsten eine respektable Vita zurechtzimmert: sie war eine hochbezahlte Sekretärin, und er starb den Heldentod. HELLMUT JAESRICH



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.03 Giuseppe Verdi
5. Teil: Signora Verdi
11.05 Carmina Burana
12.10 Menschen der Medina
Dokumentarfilm
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

14.40 Fury
15.05 Fauna Iberica
Der Räuber im Dickicht
Der Habicht, ein Raubvogel, der *nicht mit sich spaßen läßt*, steht heute im Mittelpunkt der Dokumentarreihe.
15.30 Tagesschau
15.40 Liebe, Schmerz und Tod
2. Folge: „Alte Liebe"
16.25 Spaß am Dienstag
Unterhaltungsmagazin mit Funkes Laden (6)
17.20 Tour de France
17. Etappe: Toulouse–Luz-Ardiden
Reporter: Jürgen Emig, Herbert Watterott
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Die Montagsmaler
Unterhaltungsspiel mit Sigi Harreis
Schmuck gegen Medaillen
21.00 Report
Notlagenindikation unter der Lupe / Zwangsweise zurück in den Osten – Abschiebung auf schweizer Art / Spagat zwischen Helmut Kohl und Franz Josef Strauß – ein Portrait Theo Waigel / Arbeitslose Lehrer – brauchbar nur für die *Schule?*
Moderation: Günther von Lojewski
21.45 Magnum
22.30 Tagesthemen
23.00 ARD-Sport extra – aus Barcelona
Fecht-WM
Finale Florett Herren – Mannschaftswertung
Reporter: Stefan Lazar
23.20 Das Schlangenfischkanu
Eine Reise in Amazonien
Film von Herbert Brödl und Jobst Grapow
0.50 Tagesschau

ZDF

15.00 heute
15.03 Fenn – Hong Kong Pfei
15.30 Ferienkalender
16.05 Anna und der König von Siam
16.30 Der Wunschfilm für Kinder
Hilfe, wir werden erwachsen
Skandal in der Schule
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Das Haus am Eaton Place
Erpressung
Eigentlich hat Lady Marjorie ihre drei Jahre zurückliegende Romanze mit Captain Hammond schon vergessen. Doch da taucht eines Tages ein abgerissener Bursche auf.
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Das Haus im Park
Deutscher Spielfilm (1981)
Mit Ulrich Pleitgen, Renate Heuser, Wilfried Labmeier u. a.
Regie: Aribert Weis
Die Geschichte von Andi, einem kleinen Gauner, der nach einem mißglückten Autodiebstahl in Mordverdacht gerät.
21.12 Mach mit – der Umwelt zuliebe
21.15 WISO
800 Kilometer zur Lehrstelle – friesische Jugendliche ganz schön mobil / Ein Tag an der Börse – das heiße Geschäft mit den Aktien / Unternehmenspark Kassel – alte Mauern, neue Firmen / Tip: Ärger im Urlaub, was tun?
Moderation: Ulrich Spree
21.45 heute-journal
22.05 Filme von Frauen
Mauerbilder
Franz.-deutscher Dokumentarfilm (1980)
23.15 Menschengesichter
Französischer Spielfilm (1981)
0.15 heute

3SAT

13.30 Solid Gold Hits
14.00 Tarzan
15.00 Die Bären sind los
15.30 Musicbox
16.30 Marco
17.00 Die Leute von der Shiloh Ranch
18.00 Alle meine Lieben
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Solid Gold Superstars
Mit Martha Reeves, The Beach Boys, Barry Manilow, Elton John, John Sebastian, The Osmonds, Herb Alpert, The Beatles
„Solid Gold" gilt in den USA als das erfolgreichste Unterhaltungsprogramm. Eine Mischung aus Videoclips, Live-Auftritten und Ballett läuft wöchentlich im amerika*nischen Fernsehen.*
20.30 Mit Schirm, Charme und Melone
Sie wurden soeben ermordet
21.30 APF blick:
News, Show, Sport
22.15 Buddy und das süße Leben
Amerikanischer Spielfilm (1962)
Mit Frank Sinatra, Tony Bill, Barbara Rush, Molly Picon u. a.
Regie: Bud Yorkin
Alan, ein Mittdreißiger von flotter Lebensart und Junggeselle, kann sich in seiner Luxuswohnung vor freigiebigen Verehrerinnen kaum retten. Bis sein jüngerer Bruder bei ihm einzieht ...
0.10 APF blick:
Letzte Nachrichten

SAT 1

18.00 Bilder aus der Schweiz
19.00 heute
19.30 Der Spion Alfred Redl
Eine Dokumentation von Georg Markus und Walder Seledec
20.30 Alle Hunde lieben Theobald
Heitere Geschichten um einen Hundenarren
Mit Carl Heinz Schroth u. a.
Regie: Eugen York
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 Club 2
Anschl. 3SAT-Nachrichten

III.

WEST
18.30 Das feuerrote Spielmobil
Das Haus mit der Nummer 30
2. Folge: Der Tag fängt ja gut an
19.00 Aktuelle Stunde
Regionalmagazin mit Nachrichten und Sport
19.45 Fensterprogramme der Landesstudios

NORD
18.30 Das feuerrote Spielmobil
Das Haus mit der Nummer 30
2. Folge: Der Tag fängt ja gut an
19.00 Rockpalast

HESSEN
18.30 Das feuerrote Spielmobil
Das Haus mit der Nummer 30
2. Folge: *Der Tag fängt ja gut an*
19.00 Jauche und Levkojen (5)
Nach dem Roman von Christine Brückner
1929 – Wildwuchs
19.30 Jauche und Levkojen (6)
1930 – Die erste Flucht
Gemeinschaftsprogramm:

WEST / NORD / HESSEN
20.00 Tagesschau
20.15 Hessen Drei unterwegs
Einfahrt auf Gleis 7
Hinter den Kulissen des Frankfurter Hauptbahnhofes
21.00 Rückblende
Vor 15 Jahren gestorben: Schauspieler und Regisseur Fritz Kortner
Film von Gerhard Schmidt
21.15 Mozart (2)
Fünfteiliger Film von Felicien Marceau, Beatrice Rubinstein und Marcel Bluwal
22.40 Reisewege zur Kunst: Spanien (1)
Auf dem Jakobsweg
Navarra und das Baskenland
Ein Bericht von Jürgen Böttcher
23.25 Letzte Nachrichten

SÜDWEST
16.00 Jede Frau braucht einen Engel
Amerikanischer Spielfilm (1947)
Mit David Niven, Gary Grant u. a.
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Die Sprechstunde
20.15 Heilauf zum Leben
Landkommunen in den zwanziger Jahren
21.00 Arabeske
Amerikanischer Spielfilm (1966)
Mit Gregory Peck, Sophia Loren u. a.
22.40 Christliche Kunstwerke in Baden-Württemberg
Das Kloster Heiligkreuztal
22.55 Nachrichten

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Sonntag in New York
Amerikanischer Spielfilm (1963)
Mit Cliff Robertson, Jane Fonda, Rod Taylor u. a.
Regie: Peter Tewkesbury
20.40 Z. E. N.
20.45 Die Sprechstunde
Ein neues Organ – ein neues Leben?
21.30 Rundschau
21.45 Vom Auf und Ab durch Dick und Dünn
Film über Gewichtsprobleme
22.30 Im Gespräch
23.15 Rundschau





In China steht Wirtschaft vor Ideologie

AFP, Peking

Ihren Wirtschaftsreformen räumt die Volksrepublik China heute mehr Gewicht als einer Ideologie-Debatte ein. Dies bestätigte gestern eine auf den Titelseiten der gesamten Landespresse wiedergegebene Rede von ZK-Sekretär Hu Qili. Darin heißt es, der Erfolg der Wirtschaftsreformen setze die Beendigung der „Partei-Überprüfung" voraus, mit der die chinesische KP von politisch unzuverlässigen, korrupten und unfähigen Elementen gesäubert werden soll. Hu übte scharfe Kritik an jenen, die eine Ideologie-Debatte für wichtiger als die Reform der Wirtschaft ansehen. Ihre Vorstellungen seien „völlig irrig", erklärte er in einer deutlichen Anspielung auf den konservativsten Flügel der Partei. Zwei Tage zuvor erst hatte der als reformfeindlich geltende Propagandachef der Partei, Deng Liqun, sein Amt niederlegen müssen.

SPD lehnt Geißler als Redner zum 20. Juli ab

dpa, Berlin

Die Berliner SPD wird nach den Worten ihres Vorsitzenden Jürgen Egert an einer Feierstunde zum 20. Juli an der Gedenkstätte Berlin-Plötzensee mit dem CDU-Generalsekretär und Familienminister Heiner Geißler nicht teilnehmen. Geißler habe sich mit seinem Satz, „Der Pazifismus der 30er Jahre hat Auschwitz erst möglich gemacht", sowie mit anderen „demagogischen Bemerkungen" selbst als Redner für eine Veranstaltung disqualifiziert, die den Widerstand gegen das Nazi-Regime würdigen soll.

Die Reaktion des Berliner Senats und der Bundesregierung, die zu der Gedenkfeier einladen, auf die Bedenken der SPD gegen Geißler als Redner, hätte keinerlei Bereitschaft erkennen lassen, über diese nationale Gedenkveranstaltung einen Konsens zwischen den großen Parteien herzustellen. Vielmehr sei der Eindruck *entstanden, Bundesregierung und* Senat wollten die Sozialdemokraten provozieren. Die Berliner SPD will aus diesem Grund die Opfer des Nationalsozialismus mit einer Kranzniederlegung am 20. Juli in der Gedenkstätte Stauffenbergstraße ehren.

DKP sucht neue Kontakte bei DGB-Aktionswoche

„Friedensinitiativen" sind Ansatzpunkt der Kommunisten

GÜNTHER BADING, Bonn

Durch die Gründung von Agita*tionsgruppen unter dem Deckmantel* betrieblicher „Friedensinitiativen" versucht die DKP derzeit, die sogenannte Aktionswoche des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) im Oktober für sich zu vereinnahmen. In aller Offenheit breitet die Kommunistische Partei in ihrer parteieigenen Zeitung „Unsere Zeit" (UZ) ihre Strategie aus und führt als Beispiele für erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen DKP und einzelnen DGB-Gruppierungen oder -Mitgliedern an: „Beim 35-Stunden-Wochen-Kampf hat sich bestens bewährt, daß Gewerkschafter in die Friedensinitiative gegangen sind, oder Friedensinitiati*ven die Gewerkschaftshäuser zwecks* gemeinsamer Planung aufgesucht haben."

Gemeinsamkeit mit den Gewerkschaften will die „Friedensbewegung", so der „Kölner Ratschlag der Friedensbewegung" vom 16. und 17. Juni dieses Jahres, vor allem in der Ablehnung jeglicher Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an der amerikanischen Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) herstellen. Der Kölner „Ratschlag" forderte eine „klare Absage an jede Weltraummilitarisierung". Die Konferenz habe zudem einstimmig beschlossen, daß die „Unterstützung der Aktionswoche des DGB gegen Sozialabbau und Arbeitslosigkeit darüber hinaus eine stabile Grundlage, gemeinsam zu handeln", biete.

SDI heißt ein Stichwort

Zu solcher Gemeinsamkeit meldet die kommunistische „UZ": „Zur selben Zeit, als in Köln die Friedensbe*wegung ihre weiteren gemeinsamen* Ziele diskutierte, schlug das Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV), Christian Götz, auf dem Bundesjugendtreffen seiner Organisation in Waldeck vor, eine Unterschriftensammlung im gesamten DGB gegen *die Beteiligung der Bundesregierung* an den Weltraumrüstungsplänen der USA zu starten."

Die Taktik der DKP, die Betriebsgruppen zunächst zur Unterstützung der DGB-Aktionswoche im Oktober zu mobilisieren und quasi als Gegenleistung oder Fortsetzung dieser „Kampfgemeinschaft" – bezeichnend *ist das Wort vom 35-Stunden-Wochen-„Kampf"* – die Gewerkschafter dann für die zwischen 11. und 16. November geplante Agitationswoche der „Friedensbewegung" einzusetzen, richtet sich auf zwei Ziele: Protest gegen eine eventuelle deutsche SDI-Beteiligung, wobei ein Wiederaufleben der Diskussion um die NATO-Nachrüstung versucht werden soll. Und: die „Beendigung der inneren Militarisierung und der zivil-militärischen Zusammenarbeit als Teil der Kriegsvorbereitung."

„Partnerschaft"

*Getreu dieser Taktik soll die Agita*tion in der vom DGB für den Oktober geplanten „Aktionswoche" unter dem Motto laufen: „So kann mitgeholfen werden, daß auch in betrieblichen Aktionen in der DGB-Woche vielen Kollegen deutlich wird, daß der Rüstungskurs das Haupthemmnis für die Lösung der sozialen Probleme und der Arbeitsplatzsicherung darstellt." Dieses „aktionsorientierte partnerschaftliche Zusammenwirken von örtlichen und betrieblichen Friedensinitiativen und Vertrauensleutekörpern und Gewerkschaften" könne dann eine „gute Grundlage" für die Einbeziehung der Gewerkschafter in die Propaganda der DKP-gesteuerten „Friedensbewegung" sein.

Als konkrete Beispiele für erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen „Friedensinitiativen" und örtlichen Gewerkschaften führt das DKP-Blatt die „Hoesch-Friedensinitiative" in Dortmund an. Diese empfiehlt für die „DGB-Woche" im Oktober, vor „Betrieben, die sich am SDI-Programm beteiligen wollen oder sich vom Bundeswehrfinanzplan bis 1997, der ca. 260 Milliarden umfaßt, besonderen Profit versprechen", Aktionstage vor den Werkstoren durchzuführen.

Der DGB-Bundesvorstand hat für die Woche vom 14. bis 20. Oktober zu Aktionen aufgerufen, um gegen „Sozialabbau" durch die Bundesregierung, gegen die hohe Arbeitslosigkeit und gegen angebliche Beschneidung von Gewerkschaftsrechten durch Änderungen im Betriebsverfassungsgesetz sowie im Arbeitsförderungsgesetz zu protestieren.

Moskau belebt den Asien-Plan

Von OSKAR WEGGEL

Unter der neuen Kreml-Führung gibt es Anzeichen für die Wiederbelebung des erstmals 1969 von Breschnew vorgeschlagenen Konzepts eines „Kollektiven Sicherheitssystems für Asien" (KSA), das, obwohl inhaltlich nie so richtig präzisiert, in Asien jahrelang heftig diskutiert, dann aber gegen Ende der siebziger Jahre stillschweigend ad acta gelegt worden war. Bei den kürzlichen Besuchen Gandhis und Le Duans in Moskau wurde der KSA-Plan erneut von Gorbatschow gegenüber dem indischen und dem vietnamesischen Führer angesprochen.

Das KSA wurde bezeichnender*weise zu einem Zeitpunkt verkündet*, als sich in Asien gerade fundamentale Änderungen der politischen Landschaft abzuzeichnen begannen: Im gleichen Jahr, 1969, war es zu den bekannten sino-sowjetischen Grenzgefechten am Ussuri und damit zur bisher gefährlichsten Zuspitzung mit der gerade auf dem Höhepunkt der Kulturrevolution angelangten VR China gekommen. 1969 hatte auch Nixon auf der Pazifikinsel Guam die nach ihm benannte „Doktrin" bekanntgegeben, derzufolge die USA Asien entamerikanisieren und den Indochinakrieg vietnamisieren wollten. Im gleichen Jahr lief schließlich auch noch der britische Rückzug aus „East of Suez" an. Gleichzeitig gelangten größere Verbände der sowjetischen Pazifikflotte in den Indischen Ozean, immer dicht auf den Spuren der abziehenden Briten.

In dieser Situation des bereits anlaufenden oder unmittelbar bevorstehenden Rückzugs der Westmächte aus Südostasien und des gleichzeitigen Aufstiegs der neuen, dem Kreml so gefährlich gewordenen Großmacht China kann es der Moskauer Führung mit ihrem KSA-Plan *eigentlich nur darum gegangen sein*, ihr Mitspracherecht in einer Region anzumelden, in der sie bisher nie etwas zu sagen gehabt hatte, in der aber seinerzeit eine der gefährlichsten Zeitbomben, der Vietnamkrieg, tickte.

Globale Mitspracherechte standen also offensichtlich an erster, regiona*le Sicherheitsüberlegungen* dagegen erst weitab an zweiter Stelle.

Bezeichnenderweise hat Moskau die Einzelheiten des KSA nie präzisiert. Zu keinem Zeitpunkt wurde beispielsweise deutlich, ob alle asiatischen Staaten (einschließlich Chinas) beteiligt sein sollten, welche Form das erwähnte „panasiatische Organ" anzunehmen hatte, ob bestehende asiatische Allianzen wie zum Beispiel Asean oder Aspac durch das KSA aufgesogen oder eingeschränkt werden und welche Funktionen (auch wirtschaftliche?) vom KSA wahrgenommen werden sollten.

Nur soviel machte Moskau deutlich, daß bestehende „imperialistische" Sicherheitspakte aufgehoben und ausländische Gruppen aus Asien abgezogen werden müßten. Nach Lage der Dinge war damit die Liquidierung von nicht weniger als sechs Sicherheitsnetzen gefordert:

– des Anzus-Pakts von 1952 (mit den Beteiligten Australien, Neuseeland, USA),

– des Anzuk-Abkommens von 1971, an dem fünf Mächte beteiligt sind, nämlich Australien, Neuseeland, Großbritannien, Malaysia und Singapur,

– des amerikanisch-philippinischen Verteidigungsvertrages von 1952,

– des amerikanisch-japanischen Sicherheitsvertrages von 1952, der 1960 verlängert wurde,

– des amerikanisch-südkoreanischen Verteidigungsvertrages von 1953

– und der amerikanisch-thailändischen Sicherheitssondervereinbarung von 1962, durch die der Manila-(Seato)-Vertrag von 1954 zu Gunsten Bangkoks ergänzt worden war.

DIE ● ANALYSE

Die Reaktionen der asiatischen Länder auf den KSA-Plan reichten von „jubelnder Zustimmung" (Mongolische Volksrepublik) bis zu schroffer Ablehnung. China vor allem konterkarierte mit zwei östlichen Weisheiten: „Während der Wolf durch die Vordertür verschwindet, *schleicht der Tiger zur Hintertür herein*", und „Scheinmanöver im Osten, Angriffsvorbereitungen im Westen", ein Hinweis auf den Europa-Bezug der sowjetischen Strategie.

Zwischen diesen beiden Extremen entfaltete sich ein breites Spektrum verhaltener Stellungnahmen:

– Nordkorea und Laos enthielten sich jeden Kommentars.

– Japan wollte das KSA allenfalls auf Südostasien beschränkt wissen.

– Iran und Afghanistan beließen es bei rein verbaler Zustimmung.

– Malaysia entwickelte (1971) den Gegenvorschlag des Zopfan (Zone of Peace, Freedom and Neutrality), demzufolge sich sämtliche zehn Länder Südostasiens zu einem von den Großmächten zu neutralisierenden Bündnis zusammenschließen sollten.

– Vietnam wollte, und zwar seit 1976, dem KSA in Form des sogenannten Zogipan (Zone of Genuine Independence, Peace and Neutrality) Geltung verschaffen, mußte sich jedoch von den fünf Asean-Ländern, die das *Zopfan verfochten, die Frage* entgegenhalten lassen, ob ihre heutige „Unabhängigkeit" denn nicht „echt" sei und was Vietnam eigentlich unter „genuin" verstehe. Um des lieben Friedens mit den Asean-Ländern willen zog Vietnam daraufhin seinen Gegenvorschlag zurück und schlug 1981 eine sogenannte Zon (Zone of *Neutrality) vor, die mit dem Zopfan* wesensgleich sei. Die antikommunistischen Asean-Länder freilich wollen diesen Plänen bis heute nicht trauen.

– Besonders gewunden gab sich schließlich Indien, das zwar 1971 mit der UdSSR einen Freundschaftsvertrag abgeschlossen hat und das auch mit Vietnam in einer antichinesisch eingefärbten Entente cordiale steht, das aber gerade deshalb bemüht ist, nicht noch mehr einseitige Bindungen einzugehen. Man weiß in Delhi, daß die Unterstützung des KSA am Ende gleichbedeutend wäre mit einer Blockbildung gegen China – eine Entwicklung, die sowohl der seit Nehru geübten indischen Neutralitätspolitik als auch den gegenwärtigen Normalisierungsbemühungen zu China fundamental zuwiderliefe.

Was bleibt also vom KSA? China ist hundertprozentig dagegen, die Asean-Staaten haben ihren eigenen Fahrplan, womit gleichzeitig auch Japans KSA-Prämissen entfallen, Australien, Neuseeland, Malaysia, Singapur und die USA wollen an ihren jeweils eigenen Sicherheitspakten festhalten, Indien wünscht keine weitere Blockbildung, und selbst die drei Indochinaländer üben Zurückhaltung. Bliebe als wirklicher Interessent eigentlich nur die Mongolische Volksrepublik – ein alter Satellit der UdSSR also.

Ehepaar aus „DDR" zeigte Anwalt Vogel an

DW. Berlin

Der Ostberliner Rechtsanwalt Wolfgang Vogel soll sich wegen Ver*dachts der Beihilfe zur Kindesentzie*hung und Nötigung vor Gericht verantworten. Eine entsprechende Anzeige erstattete ein Ehepaar, das aus der *„DDR" nach Bayern übersiedelte.* Die Behörden halten ihre siebenjährige Tochter bis heute in der „DDR" zurück. Die Berliner Staatsanwaltschaft hat noch kein Ermittlungsverfahren eingeleitet, da, wie ihr Sprecher Volker Kähne erklärte, geprüft werden müsse, wer für die Klage zuständig sei. Berlin sei weder Wohnort Vogels noch Tatort. Notfalls müsse der Bundesgerichtshof ein Gericht benennen. Die Eltern waren 1984 aus „DDR"-Haft abgeschoben worden. Nach ihren Angaben hatte Vogel ihnen mitgeteilt, er könne ihre Entlassung aus der „DDR"-Staatsbürgerschaft nur erreichen, wenn sie die Erziehungsrechte an der Tochter einer anderen Person übertragen.

Lokaljournalisten von Kohl ausgezeichnet

DW/J. SCH. Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl sieht *die Stellung der Zeitungen durch die* Neuen Medien nicht bedroht. Der Lokalteil sei „das Herzstück der Zeitung", sagte Kohl bei der Verleihung des Lokaljournalisten-Preises der Konrad-Adenauer-Stiftung in Bonn. Zugleich bekannte er sich zu den Grundsätzen des freien Wettbewerbs bei den Neuen Medien. „Monopole in diesem Bereich sind eine überholte Form der Zwangsbewirtschaftung."

Kohl betonte, daß im Gegensatz zu anderen Journalisten der Lokaljournalist für ein Publikum von „Fachleuten" schreibe, da eine Distanz zwischen Leser und Thema kaum vorhanden sei. Er überreichte den ersten, mit 6000 Mark dotierten Preis der Lokalredaktion des „Nordbayerischen Kuriers" für ihre Gesamtleistung. Die „Pirmasenser Zeitung" erhielt den zweiten Preis für eine Serie über junge *Selbständige. Mit dem dritten* Preis wurde der Kölner „Express" für seine Serie „Mein Freund ist Türke" ausgezeichnet. Sonderpreise gingen an die Journalistin Angela Lamza von der „Recklinghäuser Zeitung" und Uwe Bogen („Pforzheimer Zeitung").

STAND ● PUNKT / *Ein Sommerhit und sportliche Evergreens*

Es ist, als hätte der sportliche Äl*testenrat – der Teil, der gerade* dran war mit seinen Übungen – sich verschworen gegen die süßen, angehimmelten, schlager-umträllerten 17 Jahre. Da haben einige einen Return geschlagen. Bum-bum, mitten hinein ins verallgemeinerte tagesaktuelle Denken, wer zweimal 17 Jahre alt sei, gehöre bereits auf die Rasenbank am Leistungsgrab.

Angetreten an einem Wochenende waren: die Fechter Harald Hein (35), Cornelia Hanisch (33), der Zehn*kämpfer Guido Kratschmer (32), der* Ruderer Peter-Michael Kolbe (31). Sie zeigten Spitzenleistungen. Frei nach dem Motto: Trau' keinem unter Dreißig, er hat den Sieg nach dem Sieg noch nicht hinter sich, wer weiß, was aus ihm wird.

Bei denen wissen wir's. Ein günstiger Zeitpunkt für den Hinweis, daß Athleten wie sie die Situation des deutschen Leistungssports breiter und tiefer beschreiben als ein Boris Becker. Er ist der absolute Sommerhit, der Reiter auf allen Me*dien- und Werbe-Wellen. Das hat er* verdient – und uns allen macht er Spaß. Deshalb brauchen wir ja nicht gleich bei jedem Becker-Satz auszuflippen wie Fernseh-Moderator Harry Valerien, der so tat, als müßten nun Büchmanns „Geflügelte Worte" umgeschrieben werden.

Becker steht nicht über oder vor diesen Evergreens, die fast doppelt so alt sind und zehnmal so lange (alle Jahre wieder) in der Weltspitze ihre Rolle spielen, sich nicht vereinnahmen lassen, sondern nur sich selbst vereinnahmen: *in nimmermüder Begeisterung. Der Jüngling steht neben einer Frau wie Cornelia Hanisch.*

Und wenn am Ende dieses Jahres beide den Ehrentanz bestreiten sollten nach der Wahl der „Sportler des Jahres", dann wäre das das schönste gemischte Doppel des deutschen Leistungssports: 17 Jahre hier, 33 Jahre dort, Weltspitze alle beide und der Hinweis darauf, daß Leistung kein Vorrecht der Jugend ist. Der nächste Hit kommt bestimmt, Evergreens machen weit eher ein Pro*gramm.*

que

FECHTEN / Cornelia Hanisch zum dritten Mal Weltmeisterin. Sie sagt nun:

„Wir werden den Kleinen jetzt mit Volldampf eine Medaille besorgen"

GREGOR DERICHS, Barcelona

Wie wird man Fecht-Weltmeisterin, wenn man sich zuvor gar nicht darauf eingestellt hat? Vielleicht so: „Du standest lahm, satt und zufrieden auf *der Bahn. Da dachte ich, jetzt nutze* ich noch einmal meine Chance." Cornelia Hanisch sagte das zu Sabine Bischoff, als das Gefecht zu Ende war, als sie mit 8:2 im Finale gewonnen hatte und zum dritten Mal Weltmeisterin geworden war. Oder vielleicht ist auch das ein Rezept: „Ich sagte mir: Du mußt immer das näch*ste Gefecht gewinnen." Was* auch geschah, unerwartet und verblüffend, weil Cornelia Hanisch (33) nur in die Mannschaft gekommen war, weil ihre Offenbacher Klubkameradin Christiane Weber fehlte. Die Medizinstudentin schrieb derweil an ihrer Prüfungsarbeit.

Cornelia Hanisch ist nach Barcelona gefahren, um zu helfen. An Medaillen dachte sie nicht, konnte sie nicht denken. Denn ihre Vorbereitung, das war nur ein Programm für den Notfall. Am Ende war es ein Programm für goldenen Lorbeer. Lächelnd, aber auch etwas verlegen und fast ein wenig entschuldigend mit den Achseln zuckend, so nahm sie in Barcelona die Würdigungen bei der Siegerehrung entgegen. Eigentlich wollte sie ja nur helfen, und nicht gleich wieder gewinnen ...

„Das allein war die Hauptmotivation für mich", sagte sie am Morgen danach. Aber nicht unerheblich für ihren Einsatz war sicher auch eine Entwicklung im Deutschen Fechter-Bund. Denn auch im *Damen-Fechten* drängt immer stärker der Tauberbischofsheimer Nachwuchs nach vorn. Im Gegensatz zum Tauberbischofsheimer Bundesleistungszentrum geht der Einfluß der Bundesstützpunkte wie in Offenbach, wo Damen-Bundestrainer Horst-Christian Tell tätig ist, zurück. Die Tauberbischofsheimer Vormacht vermeldete zuweilen unverhohlen Ansprüche auf den Posten des Damen-Bundestrainers an, *ohne dabei an den Quali*täten und Verdiensten von Tell rütteln zu können. Als Christiane Weber nun wegen ihres Physikums pausierte, war Conny Hanisch Tells letzte Trumpfkarte.

„Ich habe im Turnier nur von Gefecht zu Gefecht gedacht. Mein Ergebnis sollte nicht zu schlecht sein, *damit unsere Mannschaft gut gesetzt* wird. Aber plötzlich stand ich im Finale", meinte sie. Schnell bezwang sie die sechs Jahre jüngere Tauberbischofsheimerin Sabine Bischoff. Die Studienreferendarin hatte kaum Gegenwehr gezeigt. „Ich war schon zufrieden mit dem Erreichten. Außerdem hat Conny sehr gut gefochten". Wahrscheinlich macht auch das den Unterschied zwischen einer dreimaligen Weltmeisterin und einer Silbermedaillengewinnerin aus.

Freilich, die sportliche Laufbahn der politisch überaus engagierten Sportlerin neigt sich ihrem Ende zu. „Die Olympischen Spiele 1988 in Seoul sind für mich kein Thema mehr", sagt sie. Ihrer zehn Jahre jüngeren Freundin Christiane Weber will sie aber als Trainingspartnerin zur Verfügung stehen. „Das Ruhebedürfnis wird immer ausgeprägter. Das viele Reisen bin ich satt. Und am Wochenende gehe ich lieber spazieren, als an Turnieren teilzunehmen", stellte sie fest. Doch glaubt sie wirlich selber daran?

Oder wird ihr das Ruhebedürfnis nicht doch zuviel an Ruhe sein?

Denn was ihr am Herzen hängt, das ist die *Mannschaft. „Die Goldmedail*le von Los Angeles ist mein schönster sportlicher Erfolg. Da kann man die Freude teilen", meint sie. Ihren jungen Mitfechterinnen Anja Fichtel (sechster Platz), Susanne Lang (8.) und Zita Funkenhauser (15.) macht sie Mut für die Mannschafts-Ent*scheidung am Mittwoch. „Wir werden* euch Kleinen jetzt mit Volldampf mal eine Medaille besorgen", hat sie den 16- bis 18jährigen Tauberbischofsheimerinnen versprochen, deren Lehrerin sie sein könnte.

Am Vorabend des Mannschafts-Finales wird auf ihrem Zimmer im Hotel Hesperia ein bewährtes Ritual als *Einstimmung auf den möglichen gro*ßen Erfolg zelebriert werden. Die Florettklingen werden genauestens eingestellt und die jungen Mädchen dann mit kräftigen Worten aufgemuntert. „Meister Tell wird dabei ausgeschlossen. Das ist allein eine Sache für uns Mädchen."

Es wäre wohl der schönste Triumph für sie. Denn sie könnte damit zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Sie könnte zum einen den Tauberbischofsheimern zeigen, daß sie es doch besser kann – als Fechterin ebenso wie als Pädagogin. Und sie könnte ihre Laufbahn mit zwei Goldmedaillen krönen und vielleicht nun doch beenden.

Aber daran ist wohl nicht zu denken. Denn gerade die Erfolge von Barcelona, die werden Cornelia Hanisch nicht ruhen lassen. Sie will mit den *hessischen Schulbehörden* übereinkommen, auch im nächsten Schuljahr nur eine Zweidrittel-Lehrerstelle zu besetzen, um genug Zeit für das Training zu haben. Doch sie sagte in Barcelona auch: „Hier könnten wir den Angriff der Jungen noch abwehren. Aber wenn die so gut sind, daß sie auch Medaillen holen können, sollten wir Alten aufhören." Fragt sich nur, wann sie selbst diesen Zeitpunkt setzt.

LEICHTATHLETIK / Nichts Neues im Zehnkampf

Kratschmer bewundert. Was ist mit Hingsen?

KLAUS BLUME, Bonn

Die Glückwünsche derer, die diesmal nicht dabei waren, galten eher dem Zweiten als dem Sieger. Im 18. Jahr seiner Laufbahn als Leistungssportler hat der 32jährige Guido Kratschmer bei den deutschen Zehnkampf-Meisterschaften in Ulm hinter dem Olympiadritten Siegfried *Wentz den zweiten Platz belegt.* Zwar standen für den ehemaligen Weltrekordler nur 8223 Punkte zu Buche, was weit von dem entfernt ist, was er einst anhäufte – doch Achtung hat das allemal eingeflößt. Norbert Pixken, Trainer des Weltrekordlers Jürgen Hingsen: „Es ist schier unglaublich, was dieser Mann über die Jahre *hinweg leistet.*" Andreas Rizzi, der deutsche Meister des Jahres 1981: „Was Guido jetzt in Ulm gemacht hat, das war doch ein Zehnkampf mit gebremstem Schaum. Wenn der wieder richtig will, dann kann er noch immer ganz anders."

In einer solchen Feststellung steckt nicht nur Bewunderung für einen Athleten, der nach dem Olympia-Boykott 1980 gewissermaßen drei Jahre lang überwintert hat, um dann beharrlich wieder Fuß zu fassen. In einer solchen Aussage steckt auch ein Körnchen Resignation. Denn schon jetzt scheint klar zu sein, daß sich die deutsche Mannschaft beim Zehnkampf-Europacup am 7. und 8. September in Krefeld-Uerdingen wieder so zusammensetzen wird wie gehabt: Aus Hingsen, Wentz – und eben auch wieder aus Kratschmer.

Übrigens, Hingsen: In Ulm war er nicht dabei, was zu Jahresbeginn bereits mit Bundestrainer Wolfgang Bergmann so abgesprochen *wurde.* Der Weltrekordler und Silbermedaillengewinner von Los Angeles wird im nacholympischen Jahr nur einen *Zehnkampf bestreiten, beim* Europacup-Finale vor der eigenen Haustür in Krefeld. Drei Jahre lang hat sich Hingsen auf den Gipfeln des Zehnkampf-Gebirges geplagt, er war und ist Weltrekordler, lieferte sich mit dem stets siegreichen Engländer Daley Thompson große Duelle. „Er braucht ein Jahr der Ruhe", sagt Trainer Pixken. Und so bestritt Hingsen am letzten Freitag seinen ersten Wettkampf in diesem Sommer. In Leverkusen war's, als er die 110 Meter Hürden in 14,02 Sekunden zurücklegte und im Weitsprung 7,63 m erzielte.

Es geht Pixken und Hingsen in diesen Wochen hauptsächlich darum, wieder die Lust an der Leichtathletik zurückzugewinnen, „denn wenn er wieder Spaß an der Sache hat, dann wackeln auch wieder die Wände" (Pixken). Was freilich nicht unbedingt zu erwarten ist. Denn das, was Hingsen in diesem Jahr betreibt, dient eher der inneren und äußeren Regeneration – an Rekorde soll erst wieder 1986 gedacht werden.

Ähnlich geht es auch Andreas Rizzi, der erst seit drei Wochen wieder einem geregelten Training nachgeht. Übrigens den Sommer über auch bei Pixken in Krefeld und nicht wie ehedem, daheim in Mannheim. Im vorigen Jahr hatte sich Rizzi bei der Olympia-Ausscheidung für Los Angeles einen Adduktorenriß zugezogen, und aus war es mit den großen Medaillenträumen. Rizzi dachte gar ans Aufhören, denn schließlich hatte er 1983 in Sofia seinen letzten großen *Zehnkampf* bestritten. Anfang Mai startete er dann doch bei einem 200-m-Lauf und schon passierte es wieder: Muskelriß im Oberschenkel, was sich danach gleich dreimal wiederholte.

26 ist Rizzi jetzt. Aufgeben? „Kratschmer hat doch auch nie aufgegeben", sagt er.

NACHRICHTEN

Vier Wochen in Klinik

Mannheim (sid) – Porsche-Chef-Ingenieur Norbert Singer muß noch etwa vier Wochen in einer Ludwigshafener Spezialklinik bleiben. Singer *hatte am Sonntag bei einem Boxen*brand während des 1000-km-Rennens in Hockenheim schwere Verbrennungen erlitten. Er wird in etwa acht bis zehn Tagen eine Hauttransplantation an den Armen erhalten.

Erster Grand-Prix-Sieg

Newport (sid) – Der bereits 33 Jahre alte Tom Gullikson gewann in Newport (US-Bundesstaat Rhode Island) das erste Grand-Prix-Turnier seiner langen Tennis-Karriere. Im rein amerikanischen Endspiel besiegte der den fünf Jahre jüngeren John Sadri mit 6:3, 7:6 und erhielt dafür 20 000 Dollar Preisgeld.

Milser Bundestrainer

Duisburg (sid) – Olympiasieger Rolf Milser (34) ist ab sofort dritter Bundestrainer im Verband Deutscher Gewichtheber. Er ist für den Nachwuchsbereich zuständig und wird vor allem in Norddeutschland arbeiten. Chefplaner und Betreuer der Natio*nalmannschaft ist Ewald Spitz*, als dessen Assistent fungiert der frühere Weltmeister Rainer Dörrzapf.

Neff tödlich verunglückt

Schifferstadt (sid) – Der deutsche Ringer-Sport hat eines seiner hoffnungsvollsten Talente verloren. Jürgen Neff aus Schifferstadt, der am 18. August 18 Jahre geworden wäre, verunglückte mit seinem Moped tödlich. Der Sohn des 18maligen deutschen Meisters Paul Neff war 1983 deutscher Jugendmeister, er gehörte zum Kader der Nationalmannschaft.

Vierte WM-Teilnehmerin

Warendorf (dpa) – Erstmals nehmen zwei Schwestern an den Weltmeisterschaften der Modernen Fünfkämpferinnen Anfang August in *Montreal teil. Als vierte und letzte* Athletin qualifizierte sich Kerstin Kröning (18) aus Hildesheim für das deutsche Team. In einem Ausscheidungskampf im Reiten besiegte sie in Warendorf Brigitte Walz (Forchheim) mit 41 Punkten Vorsprung. Kerstin Krönings Schwester Katrin, die deutsche Meisterin Sabine Krapf (*Heidenheim) und Tanja Mayer (Berlin)* bilden jetzt die deutsche Mannschaft.

Galopprennen abgesagt

Mülheim (dpa) – Die für morgen geplanten Galopprennen in Mülheim-Raffelberg mußten kurzfristig abgesagt werden. Grund für diese ungewöhnliche Maßnahme: Mülheims *Geschäftsführer Wilfried Schnitzler* hatte nur für fünf der vorgesehenen acht Rennen genügend Pferde für einen Start zusammenbekommen.

ZAHLEN

WASSERSPRINGEN

91. Deutsche Meisterschaften (EM-Qualifikation) in München, zweiter und letzter Tag, Herren, Zehn-Meter-Turm: 1. Dörr (Gelnhausen) 645,55 Punkte, 2. Killat (München) 643,35, 3. Herf (Aachen) 568,95. – Damen, Drei-Meter-Brett: 1. Pecher (Köln) 472,50, 2. Döhrich (Frankfurt) 456,70, 3. Mühlbauer (Wolfsburg) 434,75.

FUSSBALL

Freundschaftsspiele: Kirchheim – Mannheim 3:2, Neukirchen/Treysa – Leverkusen 0:8, Stadtauswahl Heilbronn – Stuttgart 0:6, Karlsruhe – Stadtauswahl Karlsruhe 4:0, Reutlingen – Mönchengladbach 0:6, Gunzenhausen – Nürnberg 2:15, Wallhausen – Kaiserslautern 0:6, Leverkusen – Neukirchen 8:0.

FECHTEN

41. Weltmeisterschaften in Barcelona, Damenflorett, Einzel, Finale: Hanisch – Bischoff (Deutschland) 8:2, um Platz 3: Sparaciari (Italien) – Hachin (Frankreich) 8:3, 5. Zalaffi (Italien), 6. Wichtel (Deutschland), 7. Traversa (Italien), 8. Lang (Deutschland).

GEWINNZAHLEN

Auswahlwette „6 aus 45": 6, 21, 25, 34, 43, 44, Zusatzzahl: 39. (Ohne Gewähr).

RUDERN / Bundestrainer Kleinschmidt wütend nach der Rotsee-Regatta:

„Entweder kämpfen sie, oder sie hören auf"

sid, Luzern

„Es ist nicht zu akzeptieren, wie *hier gefahren wurde*", wetterte *Bun*destrainer Rainer Kleinschmidt. Die Rotsee-Regatta im schweizerischen Luzern, für den Deutschen Ruder-Verband (DRV) der *Test für die Welt*meisterschaften Ende August im belgischen Hazewinkel, wurde für die Athleten aus der Bundesrepublik Deutschland zu einer dunklen Stunde. Die Konkurrenz sahen sie meist von hinten.

Ausgerechnet ein Mann, der „nur noch so zum Spaß" rudert, ist die einzige WM-Hoffnung: Peter-Michael Kolbe, inzwischen 31 Jahre alt, der im *Skiff auf Platz* drei landete. „Wir müssen schnellstmöglich personelle Konsequenzen ziehen", kommentierte Herren-Coach Andreas Nickel die *Vorstellung in Luzern.* „Vor allem den Achter müssen wir umbesetzen." Das einstige Prunkstück der bundesdeutschen Flotte kam in Luzern als Fünfter über die Ziellinie.

Beim Doppelvierer (den beiden Ingelheimer Weltmeistern Dürsch und Hedderich waren mit Saborowski und Lipok zwei neue Leute zur Seite gestellt worden) sieht Nickel nach dem fünften Platz in Luzern keine Möglichkeit für personelle Konsequenzen: „Entweder kämpfen die sich durch oder hören ganz auf. Wir haben keine neuen Gesichter für dieses Boot." Das von den Bundestrainern vor den WM geforderte Höhentraining – Nickel: „Unerläßlich!" – wurde abgelehnt. Rolf Ebeling (Bundesausschuß Leistungssport): „Höhentraining ist nur etwas für eingespielte Mannschaften." Stattdessen geht es nach den deutschen Meisterschaften Ende Juli nach Ratzeburg.

Neue Strophe

J. G. – Seit Wochen schon preise man in Inseraten 50 offene Metallfacharbeiter-Plätze an und finde im Großraum Düsseldorf praktisch keinen einzigen zusätzlichen Mann. Solches Fazit und den auch in um so mehr Überstunden gesuchten Ausweg aus dem Personalmangel verkündete dieser Tage der Rheinmetall-Konzern.

Für Kundige ist das ein altes Lied, dessen Trauermelodie längst landauf, landab gesungen wird. In diesem Fall aber ist es auch ein Lied mit neuer Strophe. Denn wenigstens Teilerlösung aus der Personalklemme fand dieser Konzern aus verstärktem Rückgriff auf das Potential der „Zeitarbeit"-Vermittlerfirmen. Die haben noch, folgt man dieser Erfahrung, Facharbeiter zur Genüge für eine Arbeitsplatz-Nachfrage, die gar nicht auf einen vollen Jahresjob erpicht sind, sondern eine zugunsten der Freizeit andere Mischung von Muße und Arbeit als beim tariflichen Urlaubsanspruch des Festangestellten bevorzugen.

Über Sinn und Unsinn solchen Hangs zum Müßiggang mag man unter volkswirtschaftlichem Aspekt trefflich streiten. Die Betroffenen bleiben davon, weil sie der Solidargemeinschaft der Arbeitslosenversicherung nicht zur Last fallen, sowieso unbetroffen. Sie bestätigen aber mit neuem Aspekt die Uralt-Erfahrung, auch der Arbeitslosenstatistik, daß gewerbliche Fachkenntnis das Beschäftigungsrisiko minimiert. Solche Kenntnis, das ist offenbar der neue Aspekt, maximiert zugleich die Chance des unselbständig Beschäftigten, die Arbeitszeit seinem individuellen Lebensplan anzupassen. Das darf man, jenseits vom Facharbeitermangel, getrost Fortschritt nennen.

Barriere

ff. – Das Weltunternehmen Mannesmann werde, „um unsere neue Erfahrung zu nennen", trotz intensiver Bemühung auch bis zum Ende dieses Jahrhunderts wohl kaum einen attraktiven Platz zur Produktwerbung auf dem Flughafen Tokio erhalten. „Und dann schauen Sie sich mal die Japaner-Werbung hier auf dem Düsseldorfer Flughafen an." Konzernchef Weisweiler flocht unlängst auch diese sinnfällige Floskel in seinen Lagebericht vor den Aktionären ein, um klarzumachen, daß Japans wachsender Handelsüberschuß mit der Bundesrepublik keineswegs einen Verlust der Deutschen an technologischer Wettbewerbsfähigkeit signalisiere. Das ist ein drastisches Schlaglicht auf die viel beklagten, in vielen Formen praktizierten Barrieren, die das Inselreich in Fernost dem freien Weltmarkt-Produktwettbewerb immer noch entgegensetzt. Es wird zeitgleich mit der Nachricht geboten, daß Japans Warenausfuhr auf dem Weltmarkt nun erstmals den Exporterfolg der Deutschen übertrumpft hat. Kein Wunder.

DEUTSCH-TÜRKISCHER HANDEL / Erwartungen nach der Kanzlerreise

Im Herbst werden Entscheidungen über konkrete Projekte gefällt

HEINZ HECK, Bonn

Die Bundesregierung will der Türkei mit wirtschaftlichen Vorteilen eine pragmatische Lösung des Freizügigkeitsproblems schmackhaft machen. Nach der Kanzlerreise in der letzten Woche werden in Bonn die Möglichkeiten geprüft. Ohne finanzielle Zugeständnisse scheint der Spielraum gering. Laut EG-Assoziierungsvertrag beginnt die Freizügigkeit am 1. Dezember 1986.

Der deutsch-türkische Außenhandel verzeichnete in den letzten Jahren überdurchschnittliche Zuwachsraten. Positiv aus türkischer Sicht kam die anhaltende Tendenz zur Verringerung des Handelsbilanzdefizits hinzu. So stieg die deutsche Einfuhr 1984 gegenüber dem Vorjahr um 35 Prozent auf knapp 2,5 Milliarden Mark, die deutsche Ausfuhr um 14 Prozent auf rund 3,4 Milliarden. In den ersten fünf Monaten 1985 hat sich diese Entwicklung mit etwa gleichen Zuwachsraten fortgesetzt.

Allerdings ist aus deutscher Sicht der Rahmen für die Exportkreditversicherung (Hermes) relativ eng gezogen: Für kurzfristige Projekte beträgt der Plafond 50, für mittel- und langfristige 200 Millionen Mark (dabei liegt die Orientierungsgröße für das Einzelprojekt bei etwa 20 Millionen). Alles, was diesen Plafond sprengt, bedarf der Kabinettsentscheidung.

Angesichts der Vielzahl der Projekte, die bereits seit geraumer Zeit und auch während des Kohl-Besuchs auf bilateraler staatlicher wie kommerzieller Ebene diskutiert werden, erscheint es unvermeidlich, daß Ankara Prioritäten setzt. Hierüber gab es Einvernehmen beim Kohl-Besuch. Die Arbeiten dürften sich bis in den Herbst hinziehen und auch die deutsche Kapitalhilfe berücksichtigen. Die Regierungsverhandlungen über die Verwendung der auch in diesem Jahr wieder auf 130 Millionen Mark veranschlagten Kapitalhilfe sind ebenfalls für den Herbst vorgesehen.

Zu den Schwerpunkten deutscher Aktivitäten im Land am Bosporus gehört die Energieversorgung. Dort gibt es unverändert erhebliche Engpässe mit nachteiligen Auswirkungen für die Wirtschaftsentwicklung. Die Kraftwerk Union (KWU) hatte jahrelang über die Lieferung des Kernkraftwerks Akkuyu verhandelt. Die hierfür bewilligte Grundsatzzusage von Hermes über 1,4 Milliarden Mark ist Anfang des Jahres abgelaufen, nachdem die Verhandlungen gescheitert schienen. Hauptursache hierfür war der türkische Wunsch nach deutscher Kapitalbeteiligung in Form eines Betreibermodells mit – aus Lieferantensicht – schwer kalkulierbaren Risiken. Nachdem ein kanadischer Anbieter inzwischen ebenfalls abgesprungen ist, ist das türkische Interesse an einer deutschen Lieferung offenbar wiedererwacht.

Eine Entscheidung für Akkuyu hätte angesichts des Zusagevolumens Rückwirkungen auch auf die übrige Vergabepraxis. Deutsches Interesse besteht unter anderem am Neubau der Galata-Brücke, am Bau einer Ölpipeline nach Irak und einer Schnellbahn in Istanbul sowie an Kraftwerksprojekten.

Die Türkei ist mit rund 4,6 Milliarden Mark Kapitalhilfe (Zusagenbestand Ende 1984) für Bonn das zweitgrößte Empfängerland. Es erscheint zweifelhaft, ob die derzeitige „Jahresrate" von 130 Millionen Mark nennenswert überschritten werden kann. Doch bestünde die Möglichkeit, die Mittel durch Mischfinanzierung zu strecken. Hinzu käme die Verstärkung deutscher Direktinvestitionen (Ende 1984 rund 200 Millionen Mark), um unter anderem türkischen Gastarbeitern in ihrem Land zusätzliche Arbeitsplätze zu verschaffen.

HOCHSEEFISCHEREI

Albrechts Fangunion vor dem Start wieder geplatzt

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Das von Niedersachsens Ministerpräsident Ernst Albrecht am Freitag vergangener Woche vorgestellte „neue Modell" für eine Fangunion, an der alle vier in der Hochseefischerei tätigen Reedereien beteiligt sein sollten, ist in dieser Form nicht existent gewesen. Dies haben der Bremer Wirtschaftssenator ebenso wie die zur Oetker-Gruppe gehörende Hanseatische Hochseefischerei, Bremerhaven, am Montag auf Anfrage bestätigt.

Albrecht hatte vor der Presse erklärt, das neue Konzept sei von den vier Reedereien – neben der Hanseatischen die beiden Cuxhavener Betriebe Nordsee und Nordstern sowie Pickenpack in Hamburg – „im Grundsatz akzeptiert" worden. Die gleiche Formulierung benutzte der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesernährungsminister, Wolfgang von Geldern.

Vorgesehen war, daß die Reeder ihre Fabrikschiffe und Frischfischfänger an die zu gründende „Fangunion GmbH", deren Sitz in Cuxhaven sein sollte, verchartern. An der Fangunion, so Albrecht, würden sich die vier Reeder mehrheitlich beteiligen. Das Land Niedersachsen und die Stadt Cuxhaven wollten Minderheitsanteile erwerben. Bremen sei „eingeladen, dies ebenfalls zu tun".

Inzwischen steht fest, daß zumindest die Hanseatische Hochseefischerei dieser Fangunion nicht angehören wird. Die Reederei, die erst kürzlich zwei Schiffe an die VR China verkauft hatte, hat mit dem Land Bremen einen Vorvertrag über den Verkauf der restlichen drei Frischfisch-Trawler und des Landbetriebs geschlossen. In dem Gespräch zwischen Albrecht und den Reedern habe die Hanseatische, als die Konditionen behandelt wurden, „plötzlich außenvor gestanden", sagte Direktor Dieter Koch. Ähnliches gelte im übrigen auch für die Hamburger Reederei Pickenpack, deren Beitritt zur niedersächsischen Fangunion ebenfalls noch offen sei.

Einzelheiten zu den Ursachen der Verstimmung seitens der nicht-niedersächsischen Reedereien wollte Koch nicht mitteilen. Ministerpräsident Ernst Albrecht habe aber wissen müssen, daß seine Vorstellungen sich nicht realisieren ließen. Bremen werde nunmehr allein marschieren, wenngleich eine gemeinsame Fangunion die bessere Lösung gewesen wäre. Das Land Bremen beabsichtige, die Hochsee- und Kutterfischerei zusammenzuziehen. Wie das Land Niedersachsen auf die neue Situation reagieren wird, war bis Redaktionsschluß nicht in Erfahrung zu bringen.

Lakers teurer Sturzflug

Von WILHELM FURLER, London

Einer der bizarresten Rechtsfälle in der Geschichte der Zivilluftfahrt scheint nach jahrelangem Hin und Her endlich beigelegt zu sein – vorausgesetzt, die Hauptfigur in dem Verwirrspiel, Sir Freddie Laker, und noch ein paar andere Personen, die von den gelegentlich absurden Besonderheiten in der amerikanischen Rechtsprechung zu profitieren hoffen, stimmen dem jetzt getroffenen Kompromiß zu.

In einem außergerichtlichen Vergleich hat sich nämlich der Konkursverwalter, der im Frühjahr 1982 zusammengebrochenen Billig-Flug-Gesellschaft Laker Airways bereiterklärt, insgesamt 48 Millionen Dollar als Entschädigung für die vom Konkurs Betroffenen entgegenzunehmen. Diese Entscheidung dürfte Christopher Morris, der sich seit dem Laker-Kollaps um die ausstehenden Forderungen der Laker-Gläubiger, darunter allein 14 000 geprellte Tikket-Besitzer, mit großem Elan kümmerte, nicht leicht gefallen sein.

So lautete die Zivilklage auf Schadenersatz, die von ihm vor dem Bundesdistriktgericht in Washington gegen British Airways, Lufthansa, Swiss Air, KLM, Sabena, UTA, British Caledonian, PanAM, TWA, McDonnell Douglas und die McDonnell Douglas Finance Corp angestrengt worden war, auf immerhin 1,1 Milliarden Dollar. Der Vorwurf lautete: Verschwörung gegen den unliebsamen Billig-Konkurrenten Laker.

Die Fluggesellschaften und Flugzeughersteller weigerten sich jedoch hartnäckig, jede Schuld anzuerkennen. Und sie weigern sich auch heute noch, obwohl sie sich allesamt zur Abfindungszahlung bereiterklärt haben. Wer weiß, möglicherweise wären sie bei einem Gerichtsverfahren freigesprochen worden. Doch solch ein Verfahren hätte weitere Jahre dauern können, und wäre alles andere als voraussehbar gewesen. Darüber hinaus bestanden bei den Beteiligten auf der Beklagten-Seite handfeste Gründe, die für eine möglichst rasche Bereinigung der Angelegenheit sprachen.

Da ist einmal British Airways, deren Privatisierung durch die Regierung in London längst überfällig ist. Doch ohne den Ausgang des Rechtsstreits zu kennen, war daran nicht zu denken. Entsprechend hat British Airways auch bei allen Verhandlungen in Sachen Laker die Federführung innegehabt, hat das Unternehmen schließlich auch den mit Abstand größten Geldbetrag zum 48-Millionen-Dollar-Vergleich beigesteuert. Aber auch von den anderen Fluggesellschaften dürfte mit dem jetzt getroffenen Vergleich eine schwere Bürde genommen worden sein. Zum einen wirkt der ständig wiederholte und von der Presse begierig aufgegriffene Vorwurf der Verschwörung und Preisunterbietung alles andere als image-pflegend. Zum anderen wurden alle durch die extrem hohen Anwalts- und Rechtsberatungskosten belastet, die allein bei der Lufthansa einige Millionen Mark verschlungen haben.

Doch noch ist es zu früh, den Laker-Fall endgültig ad acta zu legen. Da ist noch Sir Freddy selbst, dem eine Abfindungszahlung in Höhe von acht Millionen Dollar angeboten wird. Bis zum 20. August hat der „Skytrain"-Gründer Zeit, das Angebot anzunehmen. Aber in ersten Kommentaren ließ er durchblicken, daß das letzte Wort möglicherweise noch nicht gesprochen worden sei.

Ebenso unklar ist die Position, die Robert Beckman, ein US-Anwalt, einnimmt. Er hat sowohl Laker als auch Konkursverwalter Morris beraten und verlangt Anwaltsgebühren von der Gegenseite in Höhe von 60 Millionen Dollar und mehr. Angeboten werden ihm aber nur etwas mehr als zwölf Millionen Dollar.

Von Beckmanns weiterem Vorgehen wird viel abhängen. Ebenso vom Verhalten des britischen Mischkonzerns Lonrho unter dem schillernden Unternehmer „Tiny" Roland. Lonrho tat sich mit Laker nach dem Zusammenbruch dessen Billig-Flug-Gesellschaft zusammen, um die Firmen Skytrain Holidays und People's Airline zu gründen. Beiden Firmen war kein langes Leben beschieden, und nun behaupten Lonrho-Manager, dies sei ebenfalls auf verschwörerische Machenschaften zwischen British Airways und British Caledonian zurückzuführen. Lonrho erwägt, mit Hilfe des US-Anwalts eine Schadensersatzklage in Höhe von 327 Millionen Dollar anzustrengen.

Natürlich ist alles möglich, aber dennoch sollte die Vernunft die Oberhand behalten. Nachdem die schlimmste Hürde durch den Vergleich mit Konkursverwalter Morris aus dem Weg geräumt wurde, dürften die Fluggesellschaften ohnehin keine weiteren Kompromisse mehr eingehen. Warum auch, nachdem sie ihre Beteuerung, an Lakers Zusammenbruch in keiner Weise beteiligt gewesen zu sein, ohnehin schon teuer genug bezahlen mußten.

AUF EIN WORT



„Bevor eine Harmonisierung des Verkehrsmarktes nicht vollzogen ist, darf die Europäische Gemeinschaft nicht gleichsam wie eine unabwendbare schicksalhafte Fügung über uns kommen."

Albert Rempe, Präsident des Bundesverbandes des Deutschen Güterfernverkehrs (BDF), Frankfurt
FOTO: RUDOLF GIGL

ARBED SAARSTAHL

Lafontaine will Spitzengespräch

dpa/VWD, Saarbrücken

Der saarländische Ministerpräsident Oskar Lafontaine hat Bundeskanzler Helmut Kohl um ein baldiges Spitzengespräch mit Vertretern der Bundesregierung zur Lösung der finanziellen Probleme der Arbed Saarstahl GmbH, Völklingen, gebeten. In einem von der Saarbrücker Staatskanzlei veröffentlichten Schreiben Lafontaines an Kohl heißt es, „angesichts der immer dringender werdenden Entscheidung" um die Entschuldung des angeschlagenen Unternehmens und neuer notwendiger Finanzhilfen von bis zu 350 Millionen DM an Arbed Saarstahl für die nächsten beiden Jahre biete sich zweckmäßigerweise ein Gespräch mit dem Bundeskanzler, Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann und Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg an.

Der saarländische Ministerpräsident verweist in seinem Schreiben an Kohl auf einen zweiten Brief, den er an Bundeswirtschaftsminister Bangemann gerichtet hat. Darin fordert Lafontaine eine Einhaltung des „vom Bundeskanzler und vom Bundesfinanzminister vor der Landtagswahl am 10. März gegebenen Wahlversprechens" zur Mithilfe an der Rettung von Arbed Saarstahl. Er habe die Hoffnung, daß der Bund dem Saarland die Chance zur Umstrukturierung seiner Wirtschaft lasse.

Seite 11: Zeichen der Besserung

GROSSBRITANNIEN

Geschäftsbanken senken Zinssatz

WILHELM FURLER, London

Die vier großen britischen Geschäftsbanken sind dem „Wink mit dem Zaunpfahl" gefolgt, den die Bank von England bereits in der vergangenen Woche gegeben hatte, und haben den Basis-Ausleihezins um ein halbes Prozent auf zwölf Prozent gesenkt. Am Donnerstag hatte die Bank von England den bei Geldmarkttransaktionen verwendeten Zinssatz zunächst am Vormittag um 0,25 Prozent auf 12,125 Prozent reduziert und ihn dann, nachdem die Geschäftsbanken nicht reagierten, am Nachmittag nochmals um einen Viertel Prozentpunkt zurückgenommen. Doch die Banken ließen sich mit ihrer Entscheidung bis gestern Zeit.

Die von der britischen Wirtschaft seit langem geforderte Zinssenkung wurde trotz der Inflations-Bedenken der Regierung Thatcher möglich, nachdem das Pfund Sterling vor allem gegenüber dem US-Dollar weiterhin an Wert gewonnen hat. Auch gegenüber der D-Mark kletterte der Wert des Pfundes auf seinen höchsten Stand seit fast zwei Jahren. Gegenwärtig liegt der Pfundkurs bei knapp über vier DM. Die Zinssenkung um ein halbes Prozent wird von der britischen Wirtschaft als bei weitem nicht ausreichend angesehen, den durch das höhe Realzinsniveau und das starke Pfund Sterling bedingten Wettbewerbsnachteil einigermaßen auszugleichen.

DIE 1000 GRÖSSTEN / „Business-Week"-Liste der nichtamerikanischen Firmen

Ertrags-Boom bei Weltkonzernen

dpa, New York

Die meisten der umsatzstärksten Unternehmen der Welt außerhalb Amerikas haben hauptsächlich wegen des harten Dollars 1984 im zweiten aufeinanderfolgenden Jahr Rekorderträge erzielt. Das geht aus der jährlichen Erhebung des Wirtschaftsmagazins „Business Week" hervor, in der 1046 Firmen in 57 Ländern berücksichtigt sind.

Die Royal Dutch/Shell-Gruppe konnte auch 1984 den ersten Platz behaupten. Der Gewinn des britisch-niederländischen Mineralölkonzerns kletterte bei nur 19 Prozent Umsatzzuwachs um 34 Prozent. Mindestens 10 Prozent des Ertragsanstieges ist nach Berechnungen von Analysten auf die Schwäche des Pfundes zurückzuführen. Die British Petroleum (BP), bei der sich der Ertrag um 62 Prozent verbesserte, bei 17 Prozent Umsatzsteigerung, nimmt auf der Business-Week-Tabelle den zweiten Platz ein. Devisengewinn steuerte rund 15 Prozent „unterm Strich" bei.

Der französische Energiekonzern Elf Aquitaine weist seine Ergebnisse in der Dollarwährung aus. In Franc umgerechnet, stieg der Profit des siebtgrößten Konzern auf der Liste um 74 Prozent bei 32 Prozent Umsatzsteigerung. Nicht anders war es bei der auf dem neunten Platz rangierenden Compagnie Française des Petroles: Dank des starken Dollars verwandelte sich ein Verlust von 100 Millionen Dollar im Jahr 1983 in einen Gewinn von 178 Millionen Dollar ein Jahr später.

Unter den zwanzig größten internationalen Unternehmen befinden sich sechs mit Sitz in der Bundesrepublik. Bei der Veba – Nummer 11 auf der Liste – erhöhte sich der Umsatz zwar nur um einen Prozentpunkt, doch der Gewinn sprang um 56 Prozent nach oben. Die zwei Farbennachfolger Bayer (Nummer 18) und Hoechst (20) brachten es auf Ertragssteigerungen von 108 Prozent und 46 Prozent, während die BASF 73 Prozent Gewinnsteigerung ausweisen konnte.

Die deutschen Autohersteller konnten den jahrelang von den Japanern gehaltenen Vorsprung als internationale Spitzenverdiener verringern. Volkswagen, Nummer 15 auf der Rangliste, profitierte von dem Erfolg des neuen Golf auf dem Europamarkt, und bei Daimer-Benz füllten wohlhabende Amerikaner die Kassen. Volkswagen registrierte 78 Prozent Ertragszuwachs umd Daimler-Benz 364 Prozent. Siemens, Nummer 14 auf der Business-Week-Liste, brachte es auf 346 Prozent Ertragsanstieg.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Der Dollar bleibt weiter unter Druck

Frankfurt (dpa/VWD) – Der Kursdruck auf den Dollar hält weiter an. Auf dem Frankfurter Devisenmarkt fiel der Kurs der US-Währung gestern bei Geschäftsbeginn bis auf 2,8650 Mark, wobei auch der Gesundheitszustand des US-Präsidenten Ronald Reagan ein Belastungsfaktor war. An der Frankfurter Devisenbörse notierte der Dollar gestern mit 2,8790 Mark – nach 2,9023 Mark am Freitag – ohne Eingreifen der Deutschen Bundesbank. Mit dem schwächeren Dollar zog der Goldpreis in London auf 317,15 (315,65) Dollar je Feinunze an. Auf dem Dollar lasten nach wie vor die Schwächezeichen für die US-Konjunktur und damit verbundene Zinssenkungserwartungen, wobei in New York weiter eine US-Diskontsenkung von heute 7,50 Prozent für wahrscheinlich gehalten wird. In London fiel das Pfund - nach der Herabsetzung des Basisausleihungszinses auf zwölf (12,50) Prozent - bis auf 3,98 Mark, notierte dann aber in Frankfurt mit 4,0050 (4,0090) Mark weiter recht fest.

Über Gatt-Runde einig

Sault Ste. Marie (VWD) – Die Handelsminister von Japan, den USA, Kanada und der Europäischen Gemeinschaft haben im kanadischen Sault Ste. Marie ihre dreitägigen Verhandlungen abgeschlossen und äußerten sich optimistisch darüber, daß eine neue Verhandlungsrunde im Rahmen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Gatt) in 1986 aufgenommen werden kann. Kanadas Minister für Internationalen Handel, Jim Kelleher, teilte nach den Beratungen mit, daß die vier Länder, auf die etwa 65 Prozent des Welthandels entfällt, ihre Gatt-Partner auffordern würden, eine neue Runde von Gatt-Verhandlungen bei einem Treffen von Gatt-Vertretern noch im September in Genf vorzubereiten.

Banken ziehen sich zurück

Manama (dpa/VWD) – Die US-Banken Marine Midland, First City National Bank of Houston und die Texas Commerce Bank wollen ihre Niederlassungen in Bahrain schließen. Wie das Londoner Wochenmagazin „Middle East Economic Digest" berichtete, begründen die Banken ihre Entscheidung mit der weltweit schlechteren Ertragslage im Bankensektor. Das Blatt zitiert in seiner jüngsten Ausgabe Aussagen des Vizepräsidenten der Marine Midland Bank, die auf Rang 17 der US-Banken rangiert und mehrheitlich im Besitz der Hongkong und Shanghai Bank ist, wonach sein Unternehmen insgesamt rund zwei Milliarden Dollar seiner Anlagen in Europa, dem Nahen Osten und Asien abzuziehen beabsichtige.

Frauen im Erwerbsleben

alle Erwerbstätigen = 100, davon Frauen

	1983	1978
Italien	33	32
BR Deutschland	39	38
Frankreich	39	38
Japan	40	39
Großbritannien	42	41
Kanada	42	38
USA	44	41

Quelle: Stat Bundesamt

Auf dem Arbeitsmarkt sind Frauen längst zu einem bedeutenden Faktor geworden. Auch in den Berufen, die noch vor einiger Zeit eine Domäne der Männer waren, sind heute Frauen zu finden. Unter den westlichen Industrieländern liegen die USA beim Frauenanteil an den Erwerbstätigen an der Spitze.
QUELLE: IMU

Abkommen mit China

Peking (AFP) – Die Volksrepublik China und die „DDR" haben in Peking ein langfristiges Handelsabkommen unterzeichnet, das eine Verdreifachung des Handelsaustausches zwischen den beiden Ländern in den nächsten fünf Jahren vorsieht. Das wurde aus „DDR"-Kreisen in der chinesischen Hauptstadt bekannt. Das Volumen des beiderseitigen Handelsaustausches soll bis 1990 auf 4,76 bis 5,95 Mrd. Mark wachsen. In diesem Jahr wird der Handelsaustausch zwischen beiden Ländern rund 300 Mill. Dollar erreichen gegenüber 200 Mill. Dollar im vergangenen Jahr.

Hypothekenzins gesenkt

München (dpa/VWD) – Zum zweiten Mal in diesem Monat hat die Bayerische Vereinsbank (BV), München, ihre Hypothekenzinsen gesenkt. Der auf fünf Jahre festgeschriebene Zins beträgt mit sofortiger Wirkung 7,25 (bisher 7,50) Prozent, für zehn Jahre 7,75 Prozent bei 100 Prozent Auszahlung. Bei einer Festschreibung auf 15 Jahre werden bei einer Auszahlung von 96,25 Prozent 7,5 Prozent Zinsen für Immobilienfinanzierungen erhoben.

LUFTHANSA

Neue Modelle der Regierung

dpa/VWD, Bonn

Das *Bundesfinanzministerium hat* einige Modelle zur Verhinderung unerwünschter Fremdeinflüsse bei der von Bonn geplanten Teilprivatisierung der Lufthansa AG, Köln, erarbeitet. Wie vor der Lufthansa-Hauptversammlung am Mittwoch in Köln aus Regierungskreisen zu erfahren war, gilt als aussichtsreichstes Modell die Gründung einer von deutschen Unternehmen getragenen Holding. Sie soll vorab zehn Prozent des gegenwärtigen Bundesanteils von 79,9 Prozent an den 900 Millionen Mark Grundkapital übernehmen. Daneben hält das Land Nordrhein-Westfalen knapp 2,3 Prozent. So blieben von den 24,9 Prozent Bundesanteil, die Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg abgeben möchte, nur 14,9 Prozent zum freien Verkauf am Aktienmarkt. Grundlage dieses *Modells* wie der alternativen Überlegungen ist die vom bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß nachdrücklich geforderte Verhinderung ausländischer Interessen auf das Flugunternehmen.

Derzeit halten freie Aktionäre am Lufthansa-Grundkapital zwar schon 17,8 Prozent. Wegen der bereits ausgegebenen stimmrechtslosen Vorzugsaktien haben sie aber nur knapp 6,3 Prozent Stimmrecht, während auf den Bundesbereich 91,1 Prozent entfallen. *Das Holding-Modell* würde also den Erwerb von 25 Prozent an den Aktien mit Stimmrecht verhindern, zumal darin geplant ist, den Anteilsverkauf von der Zustimmung der Gesellschaft abhängig zu machen.

Daimler-Erfolge auf britischem Markt

fu. London

Lastwagen mit dem Mercedes-Stern setzen sich am britischen Markt immer stärker durch. Den jüngsten Statistiken des britischen Automobilverbandes SMMT zufolge ist der Anteil von Daimler-Benz am britischen Markt für Nutzfahrzeuge von mehr als 3,5 Tonnen in den ersten sechs Monaten auf den Rekordsatz von *11,46 Prozent geklettert. In der gleichen* Vorjahreszeit hatte er erst bei 8,92 Prozent gelegen.

Damit hat sich der deutsche Hersteller direkt an die führenden Nutzfahrzeug-Marken herangeschoben. Bedford dürfte bald überholt werden, *nachdem der Marktanteil* bei über 3,5-Tonnern im ersten Halbjahr gegenüber den ersten sechs Monaten 1984 von 13,41 auf 11,79 Prozent gefallen ist. Scharfe Einbußen mußte auch der Marktführer in Großbritannien, die Ford-Gruppe, hinnehmen. Ihr Anteil ging von 20,65 auf 16,62 Prozent zurück. Der Vorstoß von Daimler-Benz ist umso bemerkenswerter, als das Unternehmen eigenen Angaben zufolge darauf verzichtet hat, die am britischen Markt üblichen finanziellen Zugeständnisse an Händler und Kunden zu gewähren. Vielmehr hat die Einführung des neuen 7,5-Tonners, der „LN"-Klasse, sehr erfolgreich.

Insgesamt stieg die Zahl neu zugelassener Lkw über 3,5 Tonnen von 28 695 in den ersten sechs Monaten 1984 um 2,39 Prozent auf 29 382 im ersten Halbjahr 1985. Der Importanteil kletterte von 33 auf 37,36 Prozent.

FRANKREICH / Volksbanken, Sparkassen und Postscheckämter sind vereinheitlichtem Kreditkartennetz angeschlossen

Umstellung auf elektronisches System geplant

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Frankreich ist das einzige Land der *Welt, welches über ein vereinheitlich*tes Kreditkartensystem verfügt. Bereits 1982 hatten sich die Volksbanken, die Sparkassen und die Postscheckämter der von den Banken 1968 geschaffenen „Carte bleue" angeschlossen. Mitte letzten Jahres wurde dann die Fusion mit der „Carte verte" des Credit Agricole und des Credit Mutuel beschlossen. Ihre praktische Durchführung hat inzwischen große Fortschritte gemacht.

Gegenwärtig sind rund 5 Millionen blaue Karten im Umlauf, die gleichzeitig Kredit- wie Zahlkarten sind. Die 6 Millionen grünen Karten, die im Unterschied zur blauen gebühren*pflichtig sind, werden hauptsächlich* als Zahlkarten verwendet. Deshalb sind die darauf getätigten Umsätze auch nur halb so hoch wie die der blauen Karten. Zusammen waren das 1984 etwas über 50 Mrd. Franc.

Für Zahlungen stehen den Inhabern beider Karten in Frankreich über 10 000 Geldautomaten und mehr als 100 000 Verkaufsstellen zur Verfügung. Im Ausland sind sie nicht gleichermaßen verwendbar: Die Carte bleue ist dem Visa-System angeschlossen, die Carte verte dem System Eurocard-Mastercard. Zwei Drittel der blauen und grünen Karten sind so internationalisiert. Die Inhaber müssen Gebühren zahlen.

*Ausländische Kredit- und Zahlkar*ten, die zu den beiden Systemen gehören, sind in Frankreich unbeschränkt verwendbar. Andere Karten wie etwa American Express oder Diner's Card werden nur in Geschäften, Hotels und Restaurants akzep*tiert, welche darauf eingerichtet sind.* Jedoch gibt es auch hier Harmonisierungsbestrebungen. So will American Express seine „Gold Card" mit den geplanten französischen Prestigekarten austauschfähig machen.

Inzwischen hat das französische Banken- und Sparkassensystem die elektronische Zahlkarte (Carte à Mémoire) aus der Taufe gehoben, die mit einem Mikroprozessor versehen ist und die Carte bleu und Carte verte schrittweise ablösen soll. In einer Übergangszeit wird sie wie diese Karten mit einem Magnetstreifen versehen und somit an den bestehenden Bankautomaten und Registrierkassen verwendbar sein.

Mit der Einführung dieser neuen Karte wird noch in diesem Sommer begonnen, und zwar zunächst in den Regionen Rhône-Alpes, Côte d'Azur, Bretagne-Basse, Normandie und Nord-Pas-de-Calais. Bis Ende nächsten Jahres sollen in 23 Departements 2,5 bis 3 Millionen und bis Ende 1988 an die 12 Millionen solcher Karten ausgegeben werden.

Die auf eine französische Erfindung zurückgehende elektronische Zahlkarte, die von dem nationalen Bull-Konzern weiterentwickelt wurde, hat gegenüber den bestehenden Karten den Vorteil, daß sie angeblich völlig unverletzlich ist. Sie erlaubt außerdem direkte Zahlungen und Abbuchungen vom Bankkonto ihres Inhabers. *Mit der Zeit soll sie deshalb* auch den Scheck ersetzen.

Dies erklärte das besonders starke *Interesse der französischen* Banken an der elektronischen Karte. Der Scheck ist in Frankreich als Zahlungsmittel besonders weit verbreitet. Im Unterschied etwa zur Bundesrepublik dürfen aber die hiesigen Banken für die Scheckbearbeitung und die *Ausstellung* von Scheckheften keine Gebühren berechnen.

Andererseits ist die Umstellung auf die elektronische Karte mit hohen Investitionen verbunden. Allein für die Identifizierung des Karteninhabers müßten an die 300 000 Geräte angeschafft und an die 70 000 Registrierkassen neu ausgerüstet werden.

MITTELSTAND / Europäisches Treffen in Madrid

„Stabilisator in Krisenzeiten"

ROLF GÖRTZ, *Madrid*

Europa darf nicht das kostspielige Krankenhaus leidender Großindustrien werden, wenn zwei Drittel der Arbeitskräfte in kleinen und mittelständischen Unternehmen beschäftigt seien und die Hälfte der europäischen Produktion aus gesunden mittelständischen Betrieben komme. Europaweite Arbeitslosigkeit könnte nur durch Firmengründungen im Bereich des Mittelstandes beseitigt werden; sie sind flexibler und deshalb den *Herausforderungen* der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen besser gewachsen. Zu diesen Feststellungen kam der 4. Kongreß der Europäischen Mittelstandsunion (EMSU) in Madrid. Die Generalversammlung diente gleichzeitig der *Aufnahme* der kleinen und mittleren Betriebe Spaniens, die nach Ansicht der EMSU „voll auf die Integration des Landes in die EG vorbereitet sind".

Die von den christdemokratischen und konservativen Parteien getragene *EMSU* wird in Spanien von der Volksallianz (AP) vertreten. Ihr Präsident, Fraga Iribarne, fordert deshalb von der sozialistischen Regierung einen Kurswechsel der Wirtschaftspolitik mit dem Ziel, die kleinen und mittleren Betriebe besser zu fördern. In ihrem „Arbeitskreis Spanien" stellte die EMSU am Wochenende fest, daß sich ähnlich wie in Italien auch in Spanien die mittelständischen Betriebe als Stabilisatoren in Krisenzeiten sich erwiesen hätten.

Auch die Entwicklung der Hoch-Technologie (High-Tech) habe, so hat eine besondere Arbeitsgruppe in Madrid festgestellt, ihren festen Platz in den mittelständischen Unternehmen. Dies habe das amerikanische und japanische Modell bereits gezeigt. 50 Prozent der in der EG registrierten Erfindungen in den letzten zehn Jahren seien auf diesem Gebiete aus mittelständischen *Unternehmen* gekommen. In den USA stammen 55 Prozent der High-Tech-Produktion aus mittelständischen Betrieben, in der Bundesrepublik 48 Prozent.

Wichtigste Voraussetzung für eine wirksame Entfaltung sei eine Einschränkung der nationalen und übernationalen Euro-Bürokratie, eine wirksame Normenabsprache sowie Investitionshilfen, die sich in mittelständischen Unternehmen schneller auf den Arbeitsmarkt auswirken und billiger sind als in Großindustrien.

Herausforderungen wie SDI- und Eureka-Programme dürften nicht an den mittelständischen Unternehmen vorbeigelenkt werden, wie denn auch die ständige Verbindung zu Wissenschaft und Forschung auch hier unumgänglich, aber auch machbar sei, wie das amerikanische Beispiel zeigt. Nach Ansicht des Arbeitskreises würden dagegen die Traditionen und Strukturen der europäischen mittelständischen Unternehmen jene Pannen der amerikanischen Entwicklung vermeiden, wie sie jetzt über das Sil*licon-Valley hereingebrochen sind.*

(SAD)

ÖSTERREICH / Hohe Zuschüsse an Stahlfirmen – Niedrige Eigenkapitalquote

Staatsbetriebe tief in den roten Zahlen

WOLF FREISLEBEN, Wien

Nach wie vor tief in der Verlustzone operiert die verstaatlichte Industrie in Österreich. Wobei der Verlust der aus sieben Großkonzernen bestehenden Gruppe im Vorjahr in Höhe von 2,5 Mrd. Schilling (357 Mill. DM) nach 5 Mrd. Schilling 1983 in erster Linie den beiden Stahlfirmen VÖEST-Alpine und deren Tochtergesellschaft Vereinigte Edelstahlwerke (VEW) zu verdanken ist. Die VÖEST-Alpine, das größte Unternehmen Österreichs mit einem konsolidierten Gruppenumsatz von 76 Mrd. Schilling und 38 000 Beschäftigten, mußte *allein 2,5 Mrd. Schilling als Jahresver*lust abbuchen. Die ungleich kleinere VEW brachte es bei einem Konzernumsatz von 16 Mrd. Schilling (18 000 Beschäftigte) immerhin auf 2 Mrd. Schilling Verlust.

Dem standen auf der anderen Seite *mitunter namhafte Gewinne anderer* Gesellschaften gegenüber. Die Ölgesellschaft ÖMV-AG samt ihren drei Benzinvertriebsfirmen Elan, Martha *und Total* sowie der *einzigen* österreichischen Raffinerie in Wien/Schwechat und anderen Verarbeitungsbetrieben (Gruppenumsatz: 57 Mrd. Schilling, 7300 Beschäftigte) zahlt immerhin 240 Mill. Schilling als 12prozentige Dividende auf das *Grundkapital von 2 Mrd. Schilling an* die Staatsholding ÖIAG. Und auch die Chemie-Linz sowie die Buntmetallgruppe Austria Metall AG erwirtschafteten Gewinne in dreistelliger Millionenhöhe.

Insgesamt sank der Beschäftigten*stand bei den Verstaatlichten um 4,3* Prozent auf 102 000 und liegt zur Zeit bereits unter 100 000. Teilkonsolidiert stiegen die Umsätze um 9,5 Prozent auf 193 Mrd. Schilling und die Exporte um 10 Prozent auf 71 Mrd. Schilling (Exportquote: 37 Prozent).

Außergewöhnlich niedrig ist bei diesen österreichischen Betrieben die Eigenkapitalquote, die 1984 nochmals von 5,9 auf 5,7 Prozent zurückging. *Maßgeblich* verantwortlich dafür sind wiederum die beiden Stahlfirmen, wobei die VEW nur noch 2,4 Prozent an Eigenmitteln verzeichnet. Daß jene Unternehmungen mit geringer Eigenkapitalquote nicht liquidiert werden müssen, ist nur durch *die hohen Staatszuschüsse zu erklären.* Die VÖEST-Alpine erhält in diesem Jahr beispielsweise wiederum 2,5 Mrd. Schilling zur Verlustabdeckung; während der nächsten beiden Jahre sollen nach Vorstellung des Managements nochmals 4 Mrd. Schilling zugeschossen werden.

Für die gesamte Gruppe genehmigte erst im Herbst 1983 das Parlament einen Zuschuß von 16,6 Mrd. Schilling. Weitere 10 Mrd. sollen während der nächsten beiden Jahre noch dazukommen, womit sich die Kapital*hilfe seit 1979 auf 36 Mrd. Schilling* erhöhen würde.

OECD: Island sollte Nachfrage stärken

J. Sch. Paris

Dank einer rigorosen Einkommenspolitik (Desindexierung der Löhne) und einer größeren Wechselkursstabilität war es Island gelungen, seine horrende Inflationsrate von 130 Prozent *Mitte 1983 auf 15 Prozent im* 3. Quartal 1984 zu drücken, ohne die Quasivollbeschäftigung (Arbeitslosenquote 1,3 Prozent) in Frage zu stellen. Mangels einer fiskal- und geldpolitischen Absicherung dieser Sanierungsaktion erhöhte sich die Inflation jedoch wieder. Das Leistungsbilanzdefizit erreichte nach 52 Mill. Dollar 1983 mit 130 Mill. Dollar 1984 rund 6 Prozent des Sozialprodukts. Die OECD empfiehlt Reykjavik Maßnahmen zur Nachfrageregulierung: Weniger Lohnerhöhungen, weniger Staatsausgaben und Förderung der Spartätigkeit. Die bereits sehr exzessive Staatslast erlaube dagegen keine weitere Steuererleichterung. Außerdem *müßte die Kreditnachfrage durch* höhere Zinssätze gebremst werden.

FINANCIAL TIMES INDEX / 1935 in London erstellt

Er mißt den Puls der Börse

WILHELM FURLER, London

Vor genau 50 Jahren, Juli 1935, wurde in London Europas bedeutendster Aktienindex aus der Taufe gehoben: der „Financial Times Ordinary Share Index" – von den Börsianern einfach der „30 Share Index", oder, noch kürzer, der „FT Index" genannt. In dem halben Jahrhundert *hat der „Börsen-Pulsmesser" getreu* die wechselnden Stimmungen in der Londoner City, das Auf und Ab in der britischen Wirtschaft sowie den Niedergang alter und die Auferstehung neuer Industriezweige wiedergegeben. An Bedeutung und Aktualität hat er in all den Jahren nichts eingebüßt, wenngleich im Laufe der Zeit ergänzende Indizes hinzukamen, so 1962 der „FT Actuaries Index" und im vergangenen Jahr der hundert Werte umfassende „FT Stock Exchange 100 Index".

Erstellt wurde der FT-Index vom Chefredakteur der ehemaligen Londoner Wirtschaftszeitung „Financial News" (Vorgängerin der heutigen „*Financial Times*"), *Maurice Green,* und dem Leitartikel-Verfasser des Blattes, Richard Clarke. Sie wollten ein Instrument schaffen, das als fein abgestimmtes Stimmungsbarometer Investoren von Nutzen sein würde. Entsprechend verzichteten sie darauf, einen *möglichst großen* Aktienbereich abzudecken, dessen Stimmungs-Aussage durch die Kurs-Trägheit sehr großer Werte-Blöcke empfindlich beeinträchtigt worden wäre. Vielmehr entschieden sie sich für einen Index, der sich auf eine Liste von 30 am aktivsten gehandelten Aktienwerten konzentriert, und zwar ohne deren jeweiligen Kapitalwert gewichtend zu berücksichtigen. Dabei ist der FT-Index auf einer geometrischen und nicht etwa arithmetischen Grundlage aufgebaut – ein Hinweis eher für den Mathematiker, als für den Börsen-Spekulanten.

Von den 30 ursprünglich aufgenommenen Werten sind heute immerhin noch zehn enthalten, etwa Courtaulds, Distillers, General Electric Company, ICI, Tate & Lyle oder Vikkers. Mit dem grundsätzlichen Wechsel in der britischen Industrielandschaft wurde auch von der eigentlichen Intention, ausschließlich Werte der verarbeitenden Industrie aufzunehmen, abgerückt.

So kam 1977 im Gefolge des Ölbooms als erster Ölwert BP in den *Kreis der 30. Und erst 1984 wurde* als erstes reines Finanz-Dienstleistungsunternehmen die zweitgrößte britische Geschäftsbank, National Westminster, aufgenommen.

Wie in Schnappschüssen hat der FT-Index in den 50 Jahren wichtige *Ereignisse festgehalten.* So *stürzte* er am 26. Juni 1940, der schlimmsten Kriegszeit für Großbritannien, auf sein Allzeit-Tief von 49,4 Punkten (1935 = 100). Weitere Kurseinbrüche nach langen Perioden stetigen Anstiegs lassen die Suezkrise 1956, den *Zusammenbruch von Rolls-Royce* 1971 und den Beinahe-Zusammenbruch von Burmah Oil im Gefolge der Ölpreiskrise erkennen: Im letzteren Fall sackte er am 6. 1. 1974 auf 146 Punkte nach einem Zwischen-Höchststand von 543,6 im Jahre 1972. Seinen Rekord schaffte der FT-Index schließlich am 22. Januar dieses Jahres mit 1024,5 Punkten.

UNGARN / Neue geldpolitische Instrumente nach westlichem Muster – Zinsfreigabe noch in diesem Jahr erwartet

Dezentralisierung des Bankwesens schreitet voran

VWD, Budapest

Im Rahmen des Prozesses der ungarischen Wirtschaftsreform befindet sich auch das ungarische Bankwesen in einem Umwandlungsprozeß, der *gezielt von der Ungarischen National*bank vorangetrieben wird. Damit wird die Zentralisierung des Bankwesens von Anfang der 50er Jahre, durch die die Nationalbank praktisch alle Bankfunktionen übernahm, allmählich rückgängig gemacht. Die Dezentralisierung geht allerdings langsamer als die damalige Zentralisierung voran, sagte Laszlo Bory, geschäftsführender Direktor der Nationalbank.

Neben der Zentralbank gibt es in Ungarn noch die Außenhandelsbank, eine Investitionsbank sowie die Landessparkasse, die vor allem die Einlagen der Bevölkerung aufnimmt. Aus dem Schoß der Nationalbank heraus werden bis zum 1. Januar 1987 zwei bis drei neue Banken entstehen, die für das Inlandsgeschäft zuständig sein werden. Die Nationalbank wird in ihren Funktionen im wesentlichen auf die einer Noten- und Devisenbank reduziert. Das Devisenmonopol der Zentralbank bleibt allerdings auf absehbare Zeit erhalten.

Bereits zum 1. Januar 1985 wurde aus der Nationalbank eine Hauptabteilung ausgegliedert und die „Budapester Kreditbank" gegründet, die mit einem Grundkapital von 300 Mill. Forint (rund 18,2 Mill. DM) ausgestattet wurde und inzwischen bereits über ein Einlagenvolumen von rund sechs Mrd. Forint verfügt. Anfang 1985 wurden bei der Nationalbank zwei Hauptdirektionen neu gebildet, mit denen zur Zeit die neuen monetären Instrumentarien simuliert werden. Sie sollen später als selbständige Banken ausgegliedert werden.

Voraussichtlich am 1. Oktober 1985 werden für die dann schon tätigen Banken bzw. Hauptdirektionen der Nationalbank die Zinsen freigegeben, die seit dem 1. Januar 1985 vom Präsidium der Nationalbank – vorher von der Regierung – festgelegt werden. Eine Reduzierung des inländischen Zinsniveaus, das derzeit als Folge der hohen Dollarzinsen sehr hoch ist, wird dabei nach Angaben von Body erwartet. Mit der Einführung des neuen *Zinsmechanismus* wird die Nationalbank nur noch die Refinanzierungszinsen für die Banken sowie die Habenzinsen für die Einlagen bei der Zentralbank festlegen.

Nachdem die Nationalbank früher in den wirtschaftspolitischen Entscheidungsprozeß der Regierung integriert war, ist sie „nach langen Diskussionen" nun autonomer Träger der Geldpolitik *geworden.* Ihre Aufgabe ist die Erhaltung der Geldwertstabilität sowie die Wahrung des binnen- und außenwirtschaftlichen Gleichgewichts. Deshalb wurden und werden neue monetäre Instrumente im Zuge der Modernisierung des Banksystems eingeführt, die im wesentlichen dem geldpolitischen Instrumentarium westlicher Zentralbanken – Mindestreserven, Rediskontkontingente, Zentralbankzinssätze – entsprechen.

Zur Förderung der Innovationen werden für sechs verschiedene Branchen Spezialbanken gegründet. Die Kapitalausstattung kommt aus Mitteln der jeweiligen Branchenministerien, die dann die Unternehmen nicht mehr direkt finanzieren.

Nach der Ausgliederung der zwei Hauptdirektionen der Nationalbank sollen auch außerhalb Budapests neue selbständige Banken entstehen, die zunächst einmal mit Kapital der Nationalbank ausgestattet werden. Später sollen auch autonome Neugründungen durch andere Kapitalgeber möglich sein; das System sei „langfristig offen", sagte Bory.

UNION ZUCKER / Werk Northeim wird geschlossen

Zweistelliges Wachstum

dos, Northeim

Die Union Zucker Südhannover GmbH, Northeim, wird die Rübenverarbeitung im Werk Northeim nach der Kampagne 1985 einstellen. Die im Herbst 1984 getroffene Entscheidung hat nach Angaben der Geschäftsführung keine Entlassungen zur Folge; die betroffenen Mitarbeiter werden in den Werken Nörten-Hardenberg und Nordstemmen weiterbeschäftigt. Den Landwirten wurde zugleich die Zusage gegeben, daß sie ihre Zuckerrüben weiterhin in Northeim anliefern können.

Zufrieden äußert sich die Geschäftsführung zur Entwicklung im Jahre 1984/85 (31. 1.). Trotz schlechter Witterungsbedingungen waren alle drei Werke voll mit Rüben versorgt. Der bisherige Tagesrekord bei der Rübenverarbeitung sei noch einmal *um 1800 Dezitonnen (dt) auf 99 906 dt* gesteigert worden. Insgesamt wurden 6,56 (4,85) Mill. dt Rüben im Berichtsjahr verarbeitet.

Auf wiederum hohem Niveau lag die Zuckerausbeute. Die Erzeugung erreichte insgesamt 1,13 (0,95) Mill. dt; das entsprach 145 (114) Prozent der Erzeugungsquote. Außerdem wurden 0,68 (0,57) Mill. dt Schnitzel und 0,22 (0,17) Mill. dt Melasse hergestellt. Kräftig erhöht, nämlich um 14,3 Prozent auf 195 (171) Mill. DM, hat sich der Umsatz. Die Preise im *Ausland, so heißt es im Geschäftsbericht* lagen deutlich über den Interventionspreisen.

Die Union Zucker investierte im Berichtsjahr nur 7,1 (13,2) Mill. DM in Sachanlagen; die Abschreibungen erreichten 11,1 (11,8) Mill. DM. Der Jahresüberschuß wird mit 3,1 (2,1) Mill. DM ausgewiesen. Davon wandern 2,25 (1,25) Mill. DM in die freie Rücklage. Auf das Kapital von 13,8 Mill. *DM wird wieder eine Dividende von 6* Prozent gezahlt.

SECURITAS / Den Verlustvortrag vollständig getilgt

Sanierung war erfolgreich

W. WESSENDORF, Bremen

„Wir sind mit der Entwicklung in diesem Jahr bislang recht zufrieden. Ihre Tendenz liegt auf der Vorjahreslinie", erklärt der Vorsitzende des Vorstandes der Securitas Bremer Allgemeine Versicherungs-AG, Berthold Jäger. Bei gleichbleibender Entwicklung rechnet der Vorstand für 1985 mit einer Steigerung des kleinen Gewinns von 1984. Nach Steuern ergibt sich laut Geschäftsbericht 1984 ein Jahresüberschuß von 1,97 Mill. DM, mit dem der aus dem Vorjahr vorgetragene Bilanzverlust von 1,4 Mill. DM getilgt wurde. Der erstmals seit 1978 verbleibende Bilanzgewinn von 0,54 Mill. DM wird auf neue Rechnung vorgetragen.

„Die zu Lasten des Wachstums gehenden Sanierungsanstrengungen haben zwar zu einem geringfügigen Beitragsrückgang von 2,7 Prozent geführt, andererseits jedoch zu einer erheblichen Verbesserung von Ertragskraft und Substanz des Unternehmens", meinte Jäger. Die Aufwendungen für Versicherungsfälle sind brutto um 27,9 Mill. DM auf 145,4 Mill. DM zurückgegangen. Die Beiträge für eigene Rechnung stiegen um 11,9 Prozent auf 146,5 Mill. DM. Die Schadenquote auf eigene Rechnung ging von 73,7 Prozent auf 67,8 Prozent zurück.

An diesen Verbesserungen hatten nach den Worten des Vorstands nahezu alle Sparten Anteil. Die Kraftfahr*zeug- und die Feuerversicherung* befänden sich wieder in der Gewinnzone. Die Transportversicherung, in der die Gesellschaft eine führende Stellung einnimmt, verlief ausgeglichen. Sorgen bereiteten nach wie vor Wohngebäude- und Einbruchdiebstahl-Versicherungen.

Trotz leicht gestiegener Kosten schloß das versicherungstechnische Geschäft vor Schwankungsrückstellungen mit einem Gewinn von 1,1 Mill. DM ab (Vorjahresverlust 5,1 Mill. DM). Bei einer Schwankungsrückstellung von 9,1 (4,2) Mill. DM blieb ein versicherungstechnischer Verlust von 8 Mill. DM.

Die Securitas-Gilde Versicherungsgruppe, Bremen/Düsseldorf, blickt auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr 1984 zurück. Die konsolidierte Brut*to-Beitragseinnahme* stieg um 3,4 Prozent auf 522,7 Mill. DM. Daran hat die Securitas Allgemeine einen Anteil von 41,8 Prozent.

Wie Jäger mitteilte, erteilte das Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen dem Großaktionär der Securitas, der Sun Alliance and London Insurance plc., London, die Genehmigung für eine Niederlassung in der Bundesrepublik und West-Berlin.

DOW CHEMICAL / Energiesparmaßnahmen haben Kosten drastisch gesenkt

Im zweiten Jahr glänzend verdient

J. BRECH, Hamburg

Zum zweiten Mal in Folge legt die Dow Chemical GmbH, Stade, ein überdurchschnittlich gutes Ergebnis vor. Im Umfeld einer weltweit lebhaften Chemiekonjunktur steigerte das Unternehmen den Jahresüberschuß um 57 Prozent auf 186 Mill. DM. Damit hat Dow Chemical stattliche 11 Prozent des um 19,1 Prozent gestiegenen Umsatzes von 1,7 Mrd. DM verdient. An die US-Muttergesellschaft Dow Chemical Corp., Michigan, (rund 11,3 Mrd. Dollar Umsatz) werden 180 Mill. DM ausgeschüttet. Der Rest einschließlich eines Vortrags von 42 Mill. DM wird auf neue Rechnung vorgetragen. In dem Jahresüberschuß sind 38 Mill. DM Beteiligungserträge von der Tochtergesellschaft Dow Chemical Rheinwerke GmbH enthalten, die Vorprodukte aus Stade weiterverarbeitet und 1984 fast 350 Mill. DM umsetzte.

Für das glänzende Ergebnis nennen die Geschäftsführer Kurt Leutert und Bernhard H. Brümmer im wesentlichen drei Gründe. Einmal haben 1984 die in den Vorjahren erbrachten Investitionen für energiesparende Maßnahmen voll durchgeschlagen. Das gesamte Investitionsvolumen in den Jahren 1980 bis 1984 nur für diesen Bereich gibt Brümmer mit 500 Mill. DM an. Im Vergleich zu 1974 sei 1984 die gleiche Produktionsmenge mit einer um ein Drittel verringerten Energiemenge hergestellt worden; das entspricht nach Angaben von Brümmer einer Einsparung von 120 Mill. DM.

Zum anderen hat Dow Chemical im Berichtsjahr mit 87 Prozent eine gegenüber dem Vorjahr deutlich höhere Nettokapazitätsauslastung erreicht. Dank der verbesserten Kostenlage hat das Unternehmen Produktionsvolumen für den Export vor allem nach Fernost und Südamerika zu Lasten amerikanischer Dow-Werke nach Stade gezogen. Das Wachstum von fast 20 Prozent geht fast ausschließlich auf höhere Exportmengen zurück. Bei einer unveränderten Exportquote von 85 Prozent profitierte Dow Chemical schließlich von dem starken Dollarkurs.

Seit der Ansiedlung an der niedersächsischen Elbseite hat Dow Chemical nach Angaben von Brümmer 1,5 Mrd. DM investiert. Dies sei eine der Voraussetzungen, um den Anteil von chemischen Spezialitäten zu erhöhen. Bislang entfallen 80 Prozent des Umsatzes und auch des Gewinns auf Grundchemikalien, der Rest auf Spezialitäten. Der Beitrag dieses Bereichs soll bis auf 50 Prozent steigen.

Die Ansiedlung von Dow Chemical sei inzwischen aber auch ein Erfolg für Niedersachsen, meint Brümmer. Bis heute habe das Chemieunternehmen rund 390 Mill. DM an Steuern gezahlt, dagegen nur 87 Mill. DM an Zulagen erhalten. Dow beschäftige außerdem 1134 Mitarbeiter und suche ständig neues Fachpersonal.

Die Erwartungen für 1985 bleiben zuversichtlich, auch wenn das Glanzergebnis nicht wieder erreicht werden dürfte. Es gebe gegenwärtig wieder einen starken Druck von den Kosten und Anzeichen dafür, daß das hohe Produktionsniveau nicht gehalten werden kann. Von der Kostenentwicklung und auch von dem Dollarkurs werde es abhängen, ob das Stader Unternehmen ein „Präferenzwerk für den Export" innerhalb der Dow-Gruppe bleibe, erklärt Leutert.

ARBED SAARSTAHL / Ertragslage noch ungünstig

Erste Zeichen der Besserung

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Die Arbed Saarstahl GmbH, Völklingen, hat Umsatz und Ergebnis in den ersten fünf Monaten 1985 weiter verbessert, ohne allerdings die roten Zahlen zu verlassen. Der Umsatz stieg bis Ende Mai um rund 19 Prozent. Dabei wurde im April erstmals ein positiver Cash-flow (Arbed-Definition: Ergebnis plus Abschreibungen) erreicht, günstiges Signal wenigstens für die finanzielle Situation.

Für 1984 weist Arbed Saarstahl bei einer Umsatzsteigerung um gut 13 Prozent auf 2,24 (1,97) Mrd. DM und einer Erhöhung des Walzstahlabsatzes um knapp 9 Prozent einen Jahresüberschuß von 30,7 (6,7) Mill. DM aus. Bei näherem Hinsehen erweist sich jedoch, daß sich die Ertragssituation eher noch leicht verschlechtert hat.

Der Überschuß wurde nämlich ausschließlich durch weitere Staatshilfen und die Auflösung letzter Reserven möglich. So flossen 257 (205) Mill. DM an Betriebsbeihilfen, gut 2 (24) Mill. DM an Tilgungsübernahmen, 5 (101) Mill. DM an Zinszuschüssen und schließlich ein Darlehenserlaß von 161 (0) Mill. DM nach Völklingen. Hinzu kam die Rest-Auflösung eines Sonderpostens mit Rücklageanteil, die mit 233 (134) Mill. DM ergebniswirksam wurde.

Ohne Berücksichtigung kleinerer außerordentlicher Positionen wie den 12 (15) Mill. DM Erträgen aus dem Abgang (Verkauf) von Anlagen ergeben sich daraus Entlastungssummen von 658 (464) Mill. DM. Saldiert gegen den Gewinnausweis und die Veränderung der anderen Rückstellungen – 1984: 52 Mill. DM Netto-Zuführung, 1983: Reduzierung um 88 Mill. DM – bleibt ein – solchermaßen grob geschätzter – Jahresverlust von 575 (545) Mill. DM.

Die Saarstahl-Geschäftsführung unter ihrem neuen Vorsitzenden Kurt Kühn führt die immer noch ungünstige Ertragsentwicklung auf „exogene Faktoren" zurück, wie den Importdruck auf die Preise der (bei Arbed-Saarstahl traditionell vorherrschenden) Langprodukte und die Dollar-Folgen für die Erz- und Kohlebeschaffung.

Immerhin gelang es, den Anteil der weniger preissensiblen Qualitäts- und Edelstähle (die einen Umsatzzuwachs von 23 Prozent brachten) an der Gesamtproduktion auf fast 50 Prozent auszuweiten.

Mit Investitionen von 64 (76) Mill. DM wurde zudem das Rationalisierungs- und Restrukturierungsprogramm fortgeführt, unter anderem die fast völlige Umstellung auf das Stranggießverfahren abgeschlossen.

Mit einem Belegschaftsabbau um 11 Prozent auf 14 400 Mitarbeiter blieb Saarstahl im Restrukturierungsplan. Die mittelfristige Zielgröße (bis Ende des Jahrzehnts) liegt bei weniger als 10 000 Arbeitsplätzen.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

DK-Roheisen gefragt

Düsseldorf (J. G.) – Wegen der starken Nachfrage zumal von Kraftfahrzeugindustrie und Maschinenbau nach dem aus Abbränden und anderen eisenhaltigen Produkten hergestellten Roheisen, verkürzt die Duisburger Kupferhütte GmbH (DK) ihre bis Ende Juli vorgesehenen Betriebsferien. Das zum Londoner Rio Tinto-Konzern gehörende Unternehmen, seit 1983 durch Stillegung von NE-Metallerzeugung und Chemiebereich auf 300 (1600) Arbeitsplätze geschrumpft, unterstreicht mit dieser Nachricht seine „feste Marktposition als Roheisenspezialist". Die schon 1984 um ein Zehntel gestiegene DK-Roheisenproduktion, die fast ein Viertel des deutschen Gießereibe*darfs decke, zeige auch 1985 Auf*wärtstrend.

Leichte Steigerung

Bonn (DW.) – Mit einer nur geringen Umsatz-Steigerung von 501 auf 506 Mill. DM hat die Gesellschaft für Musikaliche Aufführungs- und Mechaniche Vervielfältigungsrechte (Gema) jetzt ihre Jahresbilanz 1984 vorgelegt. Infolge der zunehmenden Verwendung von Leerkassetten habe auch diesmal das Ergebnis von 1982 mit 532,8 Mill. DM nicht wieder erreicht werden können. Für 1984 stehen 435 Mill. DM zur Verteilung an die 16 500 in der Gema zusammengeschlossenen Komponisten, Textdichter und Musikverleger sowie die ausländischen Schwestergesellschaften zur Verfügung.

Stockmeyer expandiert

Münster (VWD) – Die Stockmeyer Verwaltung AG, Sassenberg/Münster, Holding der gleichnamigen Fleisch- und Wurstwaren-Gruppe, hat die Kapitalmehrheit der Fischkonservenfabrik Otto Richter GmbH + Co KG, Kiel, übernommen. Das Kieler Unternehmen beschäftigt rund 200 Mitarbeiter und erreicht jährlich ca. 30 Mill. DM Umsatz. Stockmeyer brachte es 1984/85 (31. 1.) auf mehr als 370 Mill. DM Konzernumsatz bei einer Zunahme um rund 10 Prozent. Das Ergebnis war nach Angaben der Geschäftsleitung noch befriedigender als im Vorjahr.

Wieder zehn Prozent

München (VWD) – Die Deutscher Lloyd Versicherungs-AG, Berlin, wird auch 1985 eine zehnprozentige Dividende auf das Grundkapital von 12 Mill. DM zahlen. Wie aus der Einladung zur HV am 23. August in München hervorgeht, schlägt die Verwaltung außerdem vor, aus dem Bilanzgewinn von 2 Mill. DM 573 000 DM den freien Rücklagen zuzuweisen. Zur Abstimmung steht daneben eine Kapitalerhöhung um 3 Mill. DM durch Abgabe von 15 000 neuen Namensaktien im Nennbetrag von je 200 DM an. Die jungen Aktien, die den Aktionären im Verhältnis 4:1 zum Bezug angeboten werden, sollen ab 1. Januar 1986 gewinnberechtigt sein.

Kräftiges Gewinnplus

Köln (VWD) – Die „guten Umsätze und der hohe Auftragsbestand" in den ersten Monaten des laufenden Geschäftsjahres 1985 lassen auf sehr zufriedenstellende Ergebnisse für das Gesamtjahr schließen, teilte die Honeywell Bull AG, Köln, mit. Die deutsche Vertriebsgesellschaft der französischen Gruppe Bull konnte nach den veröffentlichten Geschäftszahlen 1984 den Gewinn um 42 Prozent auf 20,6 (14,6) Mill. DM steigern. Der Umsatz nahm um 10 Prozent auf 394,6 Mill. DM zu.

NAMEN

Dr. **Helmut Offermann**, Vizepräsident der Industrie- und Handelskammer für Augsburg und Schwaben, vollendet am 17. Juli 1985 das 65. Lebensjahr.

Adolf Becker-Flügel, Vorsitzender des Verbandes Deutscher Kerzenhersteller sowie Inhaber der Kerzenfabrik Jacob Flügel GmbH, Montabaur, feierte am 15. Juli 1985 den 60. Geburtstag.

Kurt Georg Krampitz, Vorstandsmitglied der Frankona Rückversicherungs-AG, München, ist mit Wirkung vom 1. Juli 1985 in den Ruhestand getreten.

Rudolf Lenzing, 1. Vorsitzender des Bundesverbandes des Deutschen Tankstellen- und Garagengewerbes e. V. ist am 10. Juli vom Alter von 70 *Jahren gestorben.*

Die chemische Industrie trauert um den ehemaligen Hauptgeschäftsführer des Verbandes

Dr. Felix Ehrmann

* 13. 9. 1901 † 12. 7. 1985

Der Verstorbene hat fast 44 Jahre den deutschen Chemieorganisationen in verantwortlicher Funktion gedient und Leitlinien für die Verbandsarbeit gesetzt, die auch in Zukunft Gültigkeit haben werden. Er genoß hohes Ansehen in der Industrie und in der Öffentlichkeit.

1961 wurde er in Anerkennung seiner Verdienste zum Mitglied des Präsidiums berufen. Nach dem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst blieb er dem Verband als Mitglied des Ältestenrates und Mentor des von ihm geschaffenen Juniorenkreises weiter verbunden.

Felix Ehrmann hat sich um die chemische Industrie verdient gemacht.

Wir werden ihm ein dankbares Andenken bewahren.

VERBAND DER CHEMISCHEN INDUSTRIE E.V.

Prof. Dr. Heinz-Gerhard Franck
Präsident

Dr. Wolfgang Munde
Hauptgeschäftsführer

Nach längerer Krankheit entschlief unsere hochverehrte Chefin

Frau Astrid Möller

Wir alle stehen in tiefer Trauer an der Bahre unserer Verlegerin, die in den Jahrzehnten ihres unermüdlichen Schaffens mit nie nachlassender Energie und stets neuen Impulsen das Werden und Wachsen unserer Verlage entscheidend beeinflußt hat.

Ihre Mühen und Sorgen galten bis zuletzt dieser Arbeit, der sie sich mit ganzem Herzen verschrieben hatte.

Für uns alle ist ihr Tod ein persönlicher Verlust. Ihren Rat und ihre Hilfe werden wir sehr vermissen.

Verlag und Redaktion

Schleswig-Holsteinische Landeszeitung
Norddeutsche Rundschau
Schlei-Bote
Marner Zeitung

Rendsburg, den 12. Juli 1985

Trauerfeier am Donnerstag, dem 18. Juli 1985, um 14.00 Uhr in der St.-Marien-Kirche zu Rendsburg.

Die Beisetzung findet im engsten Familienkreis statt.

Unfaßbar für uns verstarb heute in den Morgenstunden nach langer, mit viel Mut ertragener Krankheit, jedoch plötzlich, unser hochverehrter Chef, Herr

Wolfgang Betz

im Alter von 61 Jahren.

Sein ganzes Leben hat er in den Dienst seiner Firma gestellt, die er mit seiner Dynamik und seiner ungeheuren Schaffenskraft geformt und zu ihrer jetzigen Bedeutung gebracht hat.

Die Lücke, welche er hinterläßt, wissen wir im Augenblick noch nicht zu schließen.

Sein Werk werden wir in seinem Sinne fortsetzen.

Die Geschäftsleitung und Belegschaft der Firma
Gebr. Betz – Schloßfabrik – Schwelm
Döinghauser Straße 37

Die Trauerfeier findet am Mittwoch, dem 17. 7. 1985, um 13.00 Uhr in der Trauerhalle Schwelm-Oehde statt; anschließend Beisetzung.

Anstelle von freundlich zugedachten Blumen- und Kranzspenden wäre eine Spende für den Kreisverband *Ennepe-Ruhr des Deutschen Roten Kreuzes bei der Stadtsparkasse Schwelm, Sonderkonto Nr.* 00 055 020 (BLZ 454 515 55), im Sinne des Verstorbenen.

Herr, Dein Wille geschehe

Walter Reiff

* 24. Juli 1908 † 7. Juli 1985

In stiller Trauer
im Namen aller Angehörigen
Hildegard Reiff geb. Hoffmann
und alle, die ihn gern hatten

2000 Hamburg 70, Zitzewitzstraße 28

Die Beisetzung hat auf Wunsch des Verstorbenen im engsten Familienkreis stattgefunden.

Familienanzeigen und Nachrufe

können auch telefonisch oder fernschriftlich durchgegeben werden.

Telefon:
Hamburg (0 40) 3 47 – 43 80, oder – 42 30
Berlin (0 30) 25 91–29 31
Kettwig (0 20 54) 1 01–5 18 u. 5 24

Telex:
Hamburg 2 17 001 777 as d
Berlin 1 84 611
Kettwig 8 579 104

FINANZANZEIGEN

Dyckerhoff Aktiengesellschaft

Dyckerhoff

Jahresabschluß (Kurzfassung) zum 31.12.1984 und Vorjahr (Mill. DM)

Bilanz

AKTIVA	1983	1984	PASSIVA	1983	1984
Sachanlagen	245,2	238,3	Grundkapital	92,5	92,5
Finanzanlagen	143,3	155,4	Rücklagen, Sonderposten		
	388,5	393,7	mit Rücklageanteil	91,0	96,5
			Pensionsrückstellungen	170,2	179,8
Vorräte	70,5	81,6	Andere Fremdmittel:		
Warenforderungen	22,6	20,7	langfristig	144,8	146,4
Flüssige Mittel	77,5	68,8	kurzfristig	103,4	90,4
Übrige Aktiva	53,9	51.9	Bilanzgewinn	11,1	11,1
	613,0	616,7		613,0	616,7

Gewinn- und Verlustrechnung

	1983	1984
Umsatzerlöse	713,5	661,9
Bestandsveränderungen, Eigenleistungen	– 0,2	+ 10,0
Gesamtleistung	713,3	671,9
Zinsen (Saldo)	–	0,7
Übrige Erträge	43,5	46,7
Gesamtertrag	756,8	719,3
Stoffaufwand	295,0	285,1
Personalaufwendungen	133.0	134,4
Altersversorgung, Unterstützung	21,2	20,0
Abschreibungen auf Anlagevermögen	65,1	58,5
Zinsen (Saldo)	2,8	–
Steuern	46,3	47,6
Übrige Aufwendungen	176,3	156,6
Gesamtaufwand	739,7	702,2
Jahresüberschuß	17,1	17,1
Rücklagenzuweisung	6,0	6,0
Bilanzgewinn	11,1	11,1
Konzern		
Bilanzsumme	700,4	709,3
Außenumsatz	970,1	938,8
Gewinn	10,9	11,0

Die Hauptversammlung vom 24. Juni 1985 hat beschlossen, den Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 1984 zur Auszahlung einer Dividende von 6,– DM pro Aktie *im Nennwert von 50,– DM* zu verwenden.

Die Auszahlung erfolgt gegen Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 45 der Stammaktien und Vorzugsaktien.

Mit der Dividende ist für anrechnungsberechtigte Aktionäre eine Steuergutschrift von 3,38 DM pro Aktie verbunden.
Der vollständige Jahresabschluß und der Konzernabschluß, die beide den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk des Abschlußprüfers tragen, werden demnächst im Bundesanzeiger veröffentlicht.
Der Jahresbericht wird auf Anforderung kostenlos zugestellt.

Beiersdorf AG



(Jahresabschluß – gekürzte Fassung – ohne Konzernabschluß)

Bilanz zum 31. Dezember 1984

Aktiva	31. 12. 1984 TDM	31. 12. 1983 TDM
Anlagevermögen		
Sachanlagen	263.670	261.437
Finanzanlagen	252.516	225.268
	516.186	486.705
Umlaufvermögen		
Vorräte	249.475	235.566
Forderungen	210.028	178.472
Flüssige Mittel, Wertpapiere	44.802	57.413
Rechnungsabgrenzungsposten	1.302	272
	1.021.793	958.428

Passiva	31. 12. 1984 TDM	31. 12. 1983 TDM
Grundkapital	164 382	163 755
Gesetzliche Rücklage	81.386	79 503
Andere Rücklagen	195.410	177 440
Sonderposten mit Rücklageanteil	21.365	25 430
Pauschalwertberichtigung zu Forderungen	11.335	10 180
Rückstellungen	343 995	306.705
Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von mindestens 4 Jahren	38.672	44 497
Andere Verbindlichkeiten	134.015	123.080
Bilanzgewinn	31.233	27 838
	1.021.793	958 428

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. 1. 1984 – 31. 12. 1984	1984 TDM	1983 TDM
Umsatzerlöse	1.351.718	1.237.776
Bestandsveränderungen	+ 13.342	+ 4.907
Andere aktivierte Eigenleistungen	4.529	5.164
Gesamtleistung	1.369.589	1.247.847
Materialeinsatz	. 610.627	538.305
Rohertrag	758.962	709.542
Erträge aus Finanzanlagen	21.479	20.099
Übrige Erträge	32.803	30.445
	813.244	760.086
Personalaufwand	378.320	371.361
Abschreibungen	61.018	55.497
Steuern	56.871	44.713
Übrige Aufwendungen	267.832	248.627
Jahresüberschuß	49.203	39.888
Einstellung in andere Rücklagen	17.970	12.050
Bilanzgewinn	31.233	27.838

Der vollständige Jahresabschluß der Gesellschaft und der Konzernabschluß werden im Juli 1985 im Bundesanzeiger veröffentlicht. Beide Jahresabschlüsse *enthalten den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der DWT Deutsche* Warentreuhand-Aktiengesellschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft-Steuerberatungsgesellschaft, Hamburg.

Beiersdorf AG
Der Vorstand

Dividendenbekanntmachung

– Wertpapier-Kennummer 520.000 –

In der ordentlichen Hauptversammlung unserer Gesellschaft vom 25. Juni 1985 wurde beschlossen, den Bilanzgewinn in Höhe von DM 31.232.571,– für die Ausschüttung einer Dividende von DM 9,50 je DM 50,– Nennbetrag einer Aktie zu verwenden. Dies entspricht einschließlich der anrechenbaren Körperschaftsteuer von DM 5,34 einem Ertrag von DM 14,84 je Aktie.

Die Dividende von DM 9,50 wird nach Abzug von 25 % Kapitalertragsteuer gegen *Einreichung des Gewinnanteilscheines Nr. 14 gezahlt.*

Die Auszahlung der Dividende erfolgt ohne Abzug von Kapitalertragsteuer und zuzüglich Körperschaftsteuer-Gutschrift, wenn ein inländischer Aktionär seiner Depotbank eine Freistellungsbescheinigung seines Finanzamtes vorlegt.

Die Einlösung der Dividendenscheine kann ab sofort an unserer Gesellschaftskasse sowie bei den folgenden Banken erfolgen:

Dresdner Bank Aktiengesellschaft, Hamburg
Deutsche Bank Aktiengesellschaft, Hamburg
Marcard & Co., Hamburg
M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co., Hamburg

Hamburg, den 25. Juni 1985 Der Vorstand

Aufsichtsrat: Georg W. Claussen, Vorsitzender, Manfred Klausch*, stellv. Vorsitzender, Dr. Wolfgang Schieren, stellv. Vorsitzender, Dr. Dr. h.c. Marcus Bierich, Burghard Breder*, Günter Herz, Walter Holst*, Dr. Horst Pastuszek, Dr. Friedrich Schieler, Kurt Ungerath*, Joachim-Hans Wiechert*, Eugen Willmann*.
* Von den Arbeitnehmern gewählt

Vorstand: Dr. Hellmut Kruse, Vorsitzender; Dr. Peter Knappertsbusch, Dr. Ulrich Nafe, Dr. Peter Schäfer, Hans-Otto Wöbcke, Dr. Kurt-Friedrich Ladendorf, stellv.

GUANO-WERKE AKTIENGESELLSCHAFT
Castrop-Rauxel

Jahresabschluß 1984 (Kurzfassung)
Bilanz zum 31. 12. 1984

AKTIVA	TDM	Vorjahr TDM
Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte	36 728	37 739
Finanzanlagen	1 050	1 106
Vorräte	30 900	32 284
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	3 944	12 930
Übriges Umlaufvermögen	15 552	14 812
	88 174	98 871

PASSIVA	TDM	Vorjahr TDM
Grundkapital	16 800	16 800
Rücklagen	25 400	25 400
Sonderposten mit Rücklageanteil	469	14
Wertberichtigungen	110	286
Rückstellungen	28 713	26 353
Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von mindestens 4 Jahren	56	57
Andere Verbindlichkeiten	16 626	26 601
Bilanzgewinn	–	3 360
	88 174	98 871

Gewinn- und Verlustrechnung 1. 1.–31. 12. 1984

	TDM	Vorjahr TDM
Umsatzerlöse	262 899	281 656
Erhöhung des Bestands an fertigen Erzeugnissen	402	×2 950
	263 301	278 706
Andere aktivierte Eigenleistungen	152	209
Gesamtleistung	263 453	278 917
Materialeinsatz	203 961	211 262
Rohertrag	59 492	67 655
Erträge aus Verlustübernahme	11 627	–
Übrige Erträge	2 741	6 191
Übertrag:	73 860	73 846

	TDM	Vorjahr TDM
Übertrag:	73 860	73 846
Personalaufwendungen	40 231	41 334
Abschreibungen	8 193	8 241
Verluste aus Anlagenabgängen	119	36
Zinsen und ähnl. Aufwendungen	1 105	391
Steuern	669	1 576
Einstellung in Sonderposten mit Rücklageanteil	456	–
Übrige Aufwendungen	23 087	23 872
Jahresfehlbetrag	–	1 604
Verlustvortrag	–	2 336
		3 940
Entnahme aus der freien Rücklage	–	7 300
Bilanzgewinn	–	3 360

Der vollständige, mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk des Wirtschaftsprüfers versehene Jahresabschluß ist im Bundesanzeiger Nr. 124 vom 10. Juli 1985 veröffentlicht worden.



Didier-Werke Aktiengesellschaft Wiesbaden

Wertpapier-Kenn-Nummer 553 700

Auszahlung der Dividende für das Geschäftsjahr 1984

Die ordentliche Hauptversammlung unserer Gesellschaft vom 15. Juli 1985 hat für das Geschäftsjahr 1984 je gewinnberechtigte Aktie im Nennwert von DM 50,– die Ausschüttung einer Dividende von DM 7,– beschlossen. Auszahlung erfolgt über die im Bundesanzeiger Nr. 128 vom 16. Juli 1985 genannten Zahlstellen gegen Einreichung der Gewinnanteilscheine Nr. 45.

Wiesbaden, im Juli 1985 Der Vorstand

Zinssenkung gestoppt

Da im Augenblick die Zinsentwicklung in den USA nicht abschätzbar ist und nach dem Rückgang des Dollars kaum noch Kaufaufträge aus dem Ausland eintreffen, verharrten öffentliche Anleihen auf ihren Wochenendnotierungen. Die Zinssenkung in der Bundesrepublik ist praktisch zum Stillstand gekommen. Im längeren Laufzeitbereich haben die Renditen sogar wieder etwas angezogen. Gewisse Hoffnungen werden in die kommende Zentralbankratssitzung gesetzt, obwohl nüchterne Beobachter des Rentenmarktes eine Leitzinssenkung für ziemlich unwahrscheinlich halten.

Bundesanleihen

Bundesbahn

			15.7.	12.7.
F	7 dgl. 77	2/87	102	102

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschr.

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Wandelanleihen

Währungsanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Ausländische Aktien in DM

Warenpreise – Termine

Fester schlossen am Freitag die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Schwächer gingen Kupfer und Kakao aus dem Markt. Bis um das Limit niedriger notierte Kaffee.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	12.7.	11.7.
Juli	310,50	309,25
Sept.	316,00	315,00
Dez.	323,00	322,50

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.		
St. Lawrence 1 CW	237,99	238,94
Amber Durum	219,44	219,14

	12.7.	11.7.
	114,80	114,00
	115,70	113,30
	115,50	113,60

Hafer Chicago (c/bush)	12.7.	11.7.
	145,50	144,50
	142,75	142,00
	146,00	144,75

Mais Chicago (c/bush)		
	275,25	271,50
	254,25	252,50
	250,00	246,25

Gerste Winnipeg (can. $/t)	12.7.	11.7.
	134,00	131,50
	129,00	126,60
	128,10	126,80

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	12.7.	11.7.
Kontr. Juli	135,50	138,90
	137,07	141,00
	137,03	141,75

Kakao New York ($/t)	12.7.	11.7.
Terminkontr. Juli	2030	2099
Sept.	2070	2145
Dez.	2100	2151
Umsatz	3702	2178

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Sept.	2,85	2,81
Okt.	2,94	2,97
Jan.	3,13	3,16

Kaffee London (£/t) Robusta-Kontrakt	12.7.	11.7.
Juli	1625-1640	1719-1724
Sept.	1670-1672	1755-1755
Nov.	1711-1715	1802-1804
Umsatz	6272	6687

Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Juli	1740-1741	1761-1762
Sept.	1693-1695	1731-1732
Dez.	1688-1690	1704-1705
Umsatz	4189	2498

Zucker London (£/t) Nr. 6	12.7.	11.7.
Aug.	87,20-87,80	87,60-88,00
Okt.	90,40-90,60	90,60-91,00
Dez.	92,00-92,60	93,60-94,20
Umsatz	1040	755

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100kg)	12.7.	11.7.
schw. Sarawak spez.	760,00	780,00
weißer Sarawak	985,00	985,00
weißer Muntok	995,00	995,00

Öle, Fette, Tierprodukte

Baumwollsaatöl New York (c/lb) Mississippi-Tal		
fob Werk	29,00	29,00

Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	16,00	17,00
Choice white hog 4 % fr. F.	15,00	15,00

Talg New York (c/lb)		
top white	17,00	17,00
fancy	14,50	14,50
bleichfähig	15,00	15,00
yellow max. 10 % fr. F	12,75	12,75

Schweine Chicago (c/lb)		
Juli	Werte	50,00
Aug.	lagen	47,70
Okt.		42,75

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Juli	nicht	58,35
Aug.	vor	58,35
Feb.		66,15

Leinöl Winnipeg (can. $/t)	12.7.	11.7.
Juli	349,00	348,50
Okt.	351,00	346,80
Dez.	355,00	351,70

Kokosöl New York (c/lb)	12.7.	11.7.
Westküste fob Werk	24,50	24,50

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	15.7.	12.7.
jegl. Herk. cif	880,00	885,00

Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	730,00	738,00

Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	500,00	530,00

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	189,00	187,00

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	550,00	535,00

Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	285,00	280,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	12.7.	11.7.
Juli	619,00-622,50	622,50-625,00
Dez.	634,00-637,00	634,00-638,00
Mai	-	633,00-639,00
Umsatz	14	14

Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	15.7.	12.7.
East African 3 long	680,00	680,00
undergraded	570,00	570,00

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA ab Lager	12.7.	11.7.
Juli	12278	12270
Aug.	12289	12282

Kautschuk London (p/kg)	12.7.	11.7.
Nr. 1 RSS loco	65,00-68,00	65,00-68,00
Aug.	-75,00	-75,00
Sept.	-75,00	-75,00
Okt.	-77,00	-77,00
Tendenz: ruhig		

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	15.7.	12.7.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	425,86-427,27	429,71-433,13
Blei in Kabeln	123,25-124,25	123,75-124,75
Aluminium für Leitzwecke (VAW) Standard	455,00-458,50	455,00-458,50
Vormaterial	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und -bearbeiter

Nickel: Bas. London		
laufend. Monat	1434,29-1435,49	1451,78-1453,77
drittfolg. Monat	1458,36-1459,57	1471,86-1475,88

Zink: Bas. London		
laufend. Monat	205,01-205,82	208,05-208,45
drittfolg. Monat	202,21-202,61	204,82-205,22
Produz.-Preis	239,29	241,22
Salsazinn 99,9 %	3987-4027	3989-4028

Messingnotierungen

	15.7.	12.7.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	575-582	579-589
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	430	434-435
MS 63	428-434	432-438

Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	29460	29468

Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Verkpr.	577,60	578,50
Rücknahmepr.	540,60	541,40
verarbeitet	605,80	605,90

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze)	15.7.	12.7.
London 10.30	317,15	315,05
15.00	315,85	315,65
Zürich mittags	317,28-317,78	315,00-315,50
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	geschlossen	89700

Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	436,15	434,40
3 Monate	448,75	448,45
6 Monate	461,18	461,55
12 Monate	484,99	485,05

Platin (£/Feinunze)	12.7.	11.7.
London fr. Markt	192,05	192,15

Palladium (£/Feinunze) London		
1. Händlerpreis	67,95	67,60

Londoner Metallbörse

Aluminium (c/lb)	15.7.	12.7.
Kasse	722,00-725,00	724,40-725,50
3 Monate	744,00-744,50	747,00-748,00
Blei (£/t)	288,00-288,20	289,00-289,50
3 Monate	291,50-292,00	295,00-293,50

Kupfer Highgrade (£/t)		
mittags Kasse	1036,0-1036,5	1049,0-1050,0
3 Monate	1045,0-1045,5	1055,0-1055,5
abends Kasse	-	1046,0-1047,0
3 Monate	-	1052,0-1053,0
(Kupfer-Standard) Kasse	1010,0-1011,0	1020,0-1022,0
3 Monate	1025,0-1027,0	1034,0-1038,0
Zink (£/t) Kasse	511,00-513,00	518,00-519,00
3 Monate	504,00-505,00	510,00-511,00
Zinn (£/t) Kasse	9050-9055	9100-9110
3 Monate	9060-9061	9060-9070
Quecksilber ($/Fl.)	290-295	290-295
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	60-65	60-65

Wissenschaft und Forschung blühen inmitten der Wüste!

An der Ben-Gurion-Universität des Negev in Beer Sheva, Israels jüngster Universität, studieren heute mehr als 5000 Studenten; die Fächer Medizin, Naturwissenschaften, Sozialwissenschaften, Ingenieurwissenschaften und vor allem Wüstenforschung in einer Vielfalt einzelner Disziplinen bilden die Schwerpunkte in Lehre und Forschung.

Bei dieser *Arbeit* bedürfen die *Studenten* tatkräftiger Unterstützung. Seit nunmehr zehn Jahren helfen die „Förderer der Ben-Gurion-Universität des Negev e.V." als Vertreter der Universität in Berlin und im übrigen Bundesgebiet den Studenten bei der Lösung ihrer finanziellen Probleme am Studienplatz wie zu Hause. Helfen Sie uns helfen!

אוניברסיטת בן־גוריון בנגב

FÖRDERER DER BEN-GURION-UNIVERSITÄT DES NEGEV e.V.
Postfach 41 09 47, 1000 Berlin 41, Tel. (030) 711 41 05

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden † Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefkorrespondent (Ausland): Thomas L. Kielinger

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714
Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 566

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. *Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.*

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp

Weiter Druck auf die Aktien

Der schwache Dollar blieb als Störfaktor erhalten

DW. – Auf dem Aktienmarkt kam es am Wochenbeginn teilweise wieder zu empfindlichen Kursverlusten. Unter Druck lagen besonders Aktien exportintensiver Unternehmen. „Notschlachtungen" gab es in einigen Papieren, so bei Siemens im Zusammenhang mit dem Optionsausführungstermin, weil die Inhaber von Kaufoptionen die Papiere übernehmen mußten und gleichzeitig gezwungen waren, sie zu jedem Kurs in den Markt zu geben. Gegen Schluß stabilisierte sich die Tendenz bei ungewöhnlich ruhigem Geschäft.

Im Gegensatz zur Vorwoche, als einige Ausländer die Erkrankung des US-Präsidenten Reagan zum Anlaß genommen hatten, Teile ihrer deutschen Depots zu liquidieren, kam von dieser Seite kaum noch Material zum Verkauf. Da andererseits die Anlagebereitschaft auf der jetzt erreichten Basis wegen der bestehenden Unsicherheiten immer noch minimal ist, blieben zweistellige Kursverluste selbst in marktbreiteren Papieren nicht aus. Auf dem Markt für Elektropapiere, der weltweit eine gewisse Empfindlichkeit aufweist, wurden PKI um mehr als 20 und Nixdorf um knapp 20 zurückgenommen. Trotz des begonnenen Bezugsrechthandels erwiesen sich die Aktien der Bayerischen Vereinsbank als bemerkenswert stabil. Unter Berücksichtigung des Bezugsrechtabschlages hat das Papier sogar noch hinzugewonnen.

Frankfurt: Esslinger Maschinen erhöhten um 12 DM und MAB ST. um 10 DM. Altana gewannen 3 DM und Metallgesellschaft 5 DM. Nachgegeben haben Aesculap um 19,80 DM und Agiv um 16 DM. Kochs Adler verloren 12 DM.

Düsseldorf: Bilfinger verloren 6,50 DM und Dyckerhoff St. 5 DM. Verseidag verminderten um 6,50 DM und Dt. Texaco um 5 DM. Verbessern konnten sich Leffers um 8 DM und VGT um 6 DM. Nordstern erhöhten um 25 DM.

Hamburg: Beiersdorf schwächten sich um 9,50 DM ab. HEW gingen unverändert aus dem Markt. NWK-Vz. erholten sich um 1,50 DM. Reichelt mußten um 3 DM zurückgenommen werden. Holsten Brauerei stiegen um 4 DM.

Berlin: DUB-Schultheiss legten 5 DM und Herlitz Vz. 5,50 DM zu. Herlitz St. verloren 1 DM. Bewag stockten um 1,10 DM auf. Rheinmetall St. verminderten um 10 DM und Schering um 5 DM. DeTeWe gaben 10,50 DM ab.

München: Agrob St. verbesserten sich um 6,80 DM und Dywidag um 9 DM. Energie Oberfranken stockten um 6 DM auf. Nachgegeben haben Spinnerei Kolbermoor um 18 DM und Erste Kulmbacher um 10 DM. Deckel AG verminderten um 1,70 DM.

Stuttgart: ASS zogen um 17 DM an. Daimler waren um 12 DM nachgebend. Mercedes verloren 9 DM. Porsche mußten 40 DM abgeben. Stuttgarter Hofbräu St. verloren 7 DM. Schwäbische Zellstoff verbilligten sich um 5,50 DM. DLW ermäßigten sich um 10,50 DM.

Nachbörse: schwächer

WELT-Aktienindex: 196,44 (197,89)
WELT-Umsatzindex: 3724 (5220)

Brüssel

	15.7.	12.7.
Arbed	1720	–
Brux. Lambert	1890	1915
Cockerill Ougrée	212	216
Ebes	2955	2955
Gevaert	3738	3730
Kreditbank	9040	9000
Pétrofina	5610	5450
Soc. Gén. d. Belg.	1810	1820
Sofina	7540	7520
Solvay	4295	4335
UCB	5090	5090
Index	2329,30	2337,61

Devisenmärkte

Der am Freitag nachmittag veröffentlichte 0,8prozentige Rückgang der Einzelhandelsumsätze in den USA brachte am 15. 7. erneuten Druck auf den Dollarkurs. Im Fernen Osten erreichte man heute dann mit Umsätzen bei 2,88 ein neues Tief. Gewinnmitnahmen stabilisierten den Kurs an den europäischen Märkten. Man handelte vorbörslich wieder bis höchst 2,8850. Die amtliche Notiz wurde mit 2,8780 ermittelt. Das britische Pfund wurde mit 4,005 nur 0,4 Pfg. schwächer als am Freitag notiert. Damit blieb die Reduzierung der Base-Rate von 12,5 auf 12 Prozent fast ohne Auswirkung auf den Wechselkurs. Mit neuen historischen Tiefstkursen notierten heute sowohl die italienische Lira (1,5425) als auch der portugiesische Escudo (1,7150). US-Dollar in: Amsterdam 3,2400; Brüssel 57,9175; Paris –; Mailand 1862,50; Wien 20,2500; Zürich 2,3944; Ir. Pfund/DM 3,136; Pfund/Dollar 1,3911; Pfund/DM 4,005.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 12.7.: In D-Mark 2,25122 (Parität 2,24184; in Dollar 0,77607 (12. März 1979: 1,35444)

Ostmarkkurs am 15. 7. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,50; Verkauf 22,50 DM West.

Vorsicht, gefährlich!

A. W. – Armer Botho Strauß! Was er neuerdings auch schreiben mag, die kritischen Feldwebel vom Dienst sind immer sofort da, um ihn als „Mystizisten", „Privatisten" und „Irrationalisten" zu verbellen. Nicht einmal mehr im Gedicht, dem privatesten und „mystischsten" Genre, das es gibt, darf er sich ein bißchen Abweichung vom heiligen Geist der kritischen Aufklärung leisten.

Am wildesten führt sich die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" auf. Dort hat sich Werner Fuld jetzt das Strauß-Gedicht „Die Erinnerung an einen, der nur einen Tag zu *Gast war" vorgeknöpft, und die Invektiven* purzeln nur so übereinander. „Epigonaler Schwulst", „verschwitzte Inbrunst", „Geruch literarischer Verwesung", „verrottete Begriffsarmatur" – das sind einige Stichworte, und sie münden schließlich in das donnernde Verdikt, daß sich der Dichter „der Lächerlichkeit preisgegeben" habe. *Gleichzeitig* aber wird vor Strauß gewarnt, denn er sei drauf und dran, „sich aus der Verantwortung des Künstlers für die Gegenwart hinauszudichten". Er propagiere „die Austreibung des Intellekts" (wessen Intellekts?). Er empfehle uns „die rosarote Brille". Sein Gedicht sei äußerst „gefährlich".

Nun fragt man sich, wieso einer, der sich unsterblich lächerlich macht, gleichzeitig so gefährlich sein kann. Bisher galt doch, daß Lächerlichkeit tötet. Aber bei den Verwaltern der ewigen kritischen *Wahrheiten scheint es offenbar gar* nicht lächerlich genug zugehen zu können.

Zum Tode des Schriftstellers Gustav René Hocke

Für den tanzenden Gott

Unter den Schülern des berühmten Romanisten Ernst Robert Curtius, der 1929 von Heidelberg nach Bonn, der Stelle seiner ersten Erfolge, zurückgekehrt war, fand sich ein blonder junger Mann namens Gustav René Hocke ein, 1908 in Brüssel als Sohn eines deutschen Vaters und einer belgischen Mutter geboren, dem unvoreingenommene Beobachter eine brillante Karriere, nicht so sehr an der Universität als innerhalb der Publizistik, vorhersagten.

Hocke stieg dann auch schnell zu einem der ersten deutschen Publizisten auf. Gleich nach der Promotion ging er zum Feuilleton der „Kölnischen Zeitung" als Nachfolger Max Rychners, der seinen Ausflug an den Rhein schnell wieder durch die Rückkehr nach Zürich beendete. Hocke vermittelte da als treuer Sohn seiner westdeutschen Heimat zwischen den geistigen Strömungen Frankreichs und Deutschlands und hat dieses Amt auch in schwierigster Zeit mit Anstand und Grandezza verwaltet.

1940 ging er als Korrespondent deutscher Zeitungen nach Italien, das für ihn ein noch entschiedeneres Bildungserlebnis werden sollte als Frankreich, genau wie für den alternden Curtius, an dessen Sterbebett Hocke 1956 in Rom stehen sollte. Aus der geistigen Isolierung während des Weltkrieges kehrte Hocke mit einem Roman, „Der *tanzende Gott*", zurück, um das Phänomen der Magna Graecia kreisend, sein Lebensgeheimnis enthüllend.

Nach dem Kriege war Hocke eine Zeitlang Redakteur an der „Münchner Neuen Zeitung", wo er zu den Rebellen unter Führung des deutschen Außenpolitikers Lehmann gehörte, ebenso wie zum Kreis der „Ruf"-Redakteure. Schließlich wählte er doch wieder Italien als Domizil und wirkte dort als Zeitungskorrespondent, aber hauptsächlich in Form von größeren und anspruchsvollen kunst- und literaturhistorischen Arbeiten.

Er entdeckte als *sein* Forschungsgebiet den Manierismus, zwischen Kunst und Literatur hin und her spielend, und schrieb die große Studie über den „Manierismus in der Literatur", die in Gestalt von drei schwerwiegenden „Beiträgen zur vergleichenden europäischen Literaturgeschichte" im Rahmen von „Rowohlts Deutscher Enzyklopädie" erschienen ist. Die Einführung des Begriffs Manierismus in die Literaturgeschichte ist in erster Linie Hocke zu danken.

Eine andere höchst bedeutende Publikation Hockes war „Das europäische Tagebuch" (1963 im Limes Verlag erschienen), eine Anthologie, die von Christoph Columbus bis zu Graham Greene reicht und mit einem gewichtigen Einleitungsessay wesentliche Erkenntnisse über alle Formen der autobiographischen Aufzeichnung in Europa enthält.

Weitere Arbeiten Hockes galten modernen Malern, so Fabrizio Clerici, Davringhausen und Eberhard Schlotter. Der Stadt Rom und ihrer Rolle in der deutsch-italienischen Geistesgeschichte hat er ebenfalls ein schönes Buch gewidmet. Hocke vereinigte große Gelehrsamkeit mit einem sicheren weltmännischen Auftreten. Er gab in der schreibenden Zunft stets eine glänzende, wohlgefällige, ja geradezu verführerische Erscheinung ab.

Vor einigen Jahren unternahm er, vermutlich in Erkenntnis einer schweren Erkrankung, einen Selbstmordversuch, über den eine sensationell gefärbte Meldung in der Presse auftauchte. Seitdem herrschte tiefes Schweigen über seinen Zustand. Jetzt ist er in seinem Haus in Genzano unweit Roms gestorben.

HELLMUT JAESRICH



Auf der Suche nach der Magna Graecia: Gustav René Hocke (1908-1985) FOTO: ERIKA LOOR

Neu im Kino: Graham Bakers Film „Impulse"

Meuchelnde Milchtrinker

USA, Mittelwesten. Die Erde bebt. Auch ein Zementbehälter mit Chemiegiften wackelt. Ein Leck entsteht. In schillerndem Gelbgrün rinnt eine unheilvolle Flüssigkeit in den nächstliegenden Waldbach. Der speist die Wasserleitung einer großen Farm. Die Leitung ist undicht. Just in die Milchzentrifuge tröpfelt das böse Naß. Jeder, der am nächsten Morgen *mit der Milch* versorgt wird – *und das* sind beinahe alle Bürger des Provinznestes Sutcliffe –, ist noch vor Abend seiner Vernunft beraubt.

Der Hinweis auf die Umweltgefährdung dient lediglich als Vorwand für eine Reihe hanebüchener Action-Szenen in Graham Bakers Film „Impulse". *Motto: Die Bürger sind* los, und das am hellichten Tage. Eine vormals unbescholtene Bankkundin greift hemmungslos über den Tresen. Ein braver Rentner entleert seine Blase in den Autotank. Eine Hausfrau rammt sich mit ihrem Wagen in drei krachenden Anläufen einen Parkplatz frei. Kinder sperren ihre Tante in die Scheune und zünden das Stroh an. Der greise Arzt entdeckt die Freuden des Sadismus und schlägt einen Knoten in den Schlauch des Beatmungsgerätes. Der Sheriff erlegt einen jugendlichen Dieb und zerschießt das Inventar eines Drugstores. Am Ende brennt die Stadt. Und wer noch lebt, fällt dem Farmer zum Opfer, der aus seinem Flugzeug seine gesamten Vorräte an Insektenvertilgungsmitteln über Straßen und Häusern versprüht.

Inmitten des furiosen Treibens: ein junges Paar. *Jenny (Meg Tilly), sanft,* ernst, tapfer. Und Stuart (Timm Matheson), entschlossen, zäh, scharfsinnig. Zwar ist diesen griffigen Sympathiefiguren die Enträtselung der Vorfälle aufgegeben, doch bleibt auch ihre Beziehung nicht ungetrübt. Ein zuvor freundlicher Bewerber um Jennys Gunst schlägt Stuart brutal nieder und zerbricht sich anschließend zum knackigen Treueschwur die Finger der rechten Hand. Und während der enthemmte Doktor Jennys kranke Mutter meuchelt, erschlägt Stuart *ihren Bruder. Ja, auch Stuart* hat Milch getrunken, und auch ihm ist sie nicht gut bekommen. Einsam wandert die sympathische Meg Tilly zum Nachspann in den Sonnenuntergang.

Regisseur Baker folgt dem dramaturgischen Prinzip der Reihung. Es gibt keinen tragfähigen Plot, nur eine Folge von Episoden. *Die sind zum* Teil spannend, aber *nur* in sich, also für ein paar Minuten. Insgesamt macht das Geschehen keinen Eindruck. Zu fadenscheinig ist die Konstruktion.

Baker ist weit entfernt von jenem Science-fiction-Thriller, der ihm als Vorbild diente: Don Siegels „Invasion der Körperfresser" (1956). Mit der Inbesitznahme menschlicher Körper durch außerirdische Intelligenzen begründete Siegel den Wandel im Verhalten seiner Kleinstadtbürger. Entscheidend für die traumatische Wirkung war *die* Art des Wandels. Es gab kurze, doch irritierende Stockungen im üblichen Gang der Dinge; eine beängstigende Betonung der Normalität. Wie grobschlächtig ist dagegen Bakers Vandalen-Schau. Dröhnend sind seine Effekte: Siegel zündet ein Streichholz an: Man erschrickt. *Baker jagt eine Feuer*werks-Fabrik in die Luft: Man gähnt.

DIETMAR BITTRICH

„Zweimal deutsche Kunst nach 1945": Karin Thomas' Versuch einer Chronik der offiziellen Ereignisse

Und die im Dunkeln sieht man nicht

„Als 1945 der Zweite Weltkrieg beendet war, hatten zwölf Jahre nationalsozialistischer Diktatur auf deutschem Boden einen beinahe unvorstellbaren kulturellen Kahlschlag hinterlassen." Mit dieser Feststellung beginnt Karin Thomas ihr Buch „Zweimal deutsche Kunst nach 1945" (DuMont Buchverlag, Köln, 330 S., 333 Abb., 36 Mark).

Nun mag man darüber streiten, ob es 1945 tatsächlich eine „Stunde Null" gab, gerade in der Kunst, schließlich wissen wir inzwischen nicht nur von Noldes „Ungemalten Bildern". Wichtiger ist, ob es diesem Buch gelingt, die getrennte Entwicklung der bildenden Kunst in beiden Teilen Deutschlands darzustellen, die Faszination des Westens, die über den Mauerbau 1961 hinaus weitgehend ungebrochen nach Osten wirkte, und die Wandlungen der Rezeption der „DDR"-Kunst im Westen.

Die Darstellung beginnt mit dem zunächst gemeinsamen Willen in allen Besatzungszonen, an die nationalen Traditionen vor 1933 anzuknüpfen. Bald jedoch drängt sich die Verpflichtung auf den Sozialistischen Realismus nach sowjetischem Vorbild im Osten in den Vordergrund, während im Westen erbitterte Fehden zwischen Figurativen und Abstrakten ausgefochten werden. In der Bundesrepublik dominieren dann die abstrakten Stile, während die Kunst in der „DDR" vier Jahrzehnte lang von der Formel „Sozialistischer Realismus" bestimmt wird , die nie eindeutig oder gar erschöpfend definiert worden ist. Anfangs streng dogmatisch ausgelegt, *dient sie heute* eher als Rechtfertigungsvokabel für eine in Wirklichkeit keineswegs homogene und sehr beachtlich-achtbare künstlerische Entwicklung. Man begnügt sich zur Zeit damit, als sozialistisch-realistisch zu betrachten, was ein Künstler produziert, der sich zum Sozialismus bekennt. Das kann Einsicht, aber auch nur Taktik sein. Bei Karin Thomas wird jedoch diese Frage nicht diskutiert.

Vom Abkoppeln von der Internationalen Moderne über „Bitterfelder Weg", Konflikte und Neuansätze im Realismus-Konzept bis zum treffend bezeichneten „Rückzug nach innen" der achtziger Jahre werden die einzelnen Phasen von Karin Thomas kenntnisreich und detailliert, wenngleich oft unreflektiert dargestellt.

Für ihre Arbeit konnte sie auf eine Fülle von Vorarbeiten zurückgreifen. Allerdings beschränkte sie sich, was die Entwicklung in der „DDR" betrifft, auf die offiziellen Publikationen. Die seit Anbeginn existierende, gleichbleibend wichtige, sich in den achtziger Jahren eher verstärkende Kunst und Kunstentwicklung der „ungehorsamen Maler" (S. Pohl), die gleichsam in einer „zweiten Kulturebene" unterhalb oder außerhalb der *offiziellen etablierten* „DDR"-Kunst nonkonform, kontrovers, dissident verläuft, berücksichtigt sie nur unvollständig. Auch die aus politischer



Dokument der Zerstörung: Wilhelm Rudolphs „Schnorrstraße" (Dresden), 1945 FOTO: DUMONT

Haft freigekauften oder in den Westen übergesiedelten Künstler wurden von der Autorin nicht befragt, so daß wesentliche Quellen unerschlossen geblieben sind.

Karin Thomas hält sich weitestgehend an die offizielle Kunstgeschichtsschreibung der „DDR". Deshalb findet man bei ihr Kritisches vorwiegend da, wo sich inzwischen auch die „DDR"-Autoren Kritik erlauben dürfen. Dazu gehören die Schwierigkeiten *im* „Formalismus-Realismus-Streit" um 1950, denen u. a. Horst Strempel in Berlin, Josef Hegenbarth in Dresden ausgesetzt waren. Sie schildert auch die verheerende Rolle, die Kurt Massloff und Kurt Magritz in Leipzig spielten. Ausdrücklich hebt sie hervor, daß Bernhard Heisig zum Abbruch seines Studiums veranlaßt wurde. Da er jedoch später als Hochschul-Professor, Rektor und Vizepräsident des Künstlerverbandes Karriere machte, verdeckt dieses Ausnahmebeispiel nur zu leicht die verhängnisvollen Folgen, die dieselben Maßnahmen für viele andere Studenten hatten.

Erhellend wird z. B. die Situation um 1950 in Halle dargestellt, wo das außerordentlich erfolgreiche Wirken der Hochschullehrer Carl Crodel und Karl Völker gestoppt wurde, so daß damals junge Maler wie Gerhard Hoehme, Jochen Seidel, Hermann Bachmann und Herbert Kitzel ihre *konstruktivistischen,* kubistischen und informellen Arbeiten nicht weiterführen konnten und in den Westen gehen mußten. Es wird auch nicht verschwiegen, daß Willi Sitte damals zu diesem Kreise gehörte.

Nichts dagegen erfährt man von der bis 1948 im nahen Dessau versuchten Neubegründung der Bauhaus-Tradition durch Hubert Hoffmann und andere Bauhaus-Schüler oder von den künstlerischen Visionen Völkers in seinen letzten Weimarer Jahren. Und nichts erfährt man, um in Thüringen zu bleiben, von den künstlerischen Versuchen gesellschaftspolitisch engagierter junger Künstler wie Eve und Frank Rub oder Michael Blumhagen in den frühen achtziger Jahren in Jena, einem Zentrum der „DDR"-Friedensbewegung, nichts von alternativen Ausstellungen – z. B. 1980 in der Jenaer Friedenskirche –, nichts von vielen ernst zu nehmenden künstlerischen Aktivitäten in Verbindung mit der Kirche, in Dresden, Berlin und anderswo. Diese Unausgewogenheit wiederholt sich in fast allen Kapiteln.

Vor allem aber gelingt es Karin Thomas nicht, die „zweimal deutsche Kunst" im Zusammenhang statt nur nebeneinander zu sehen. Daß Baselitz von Ost nach West wechselte, erfährt man nur aus zwei Randnotizen (von denen eine Lüpertz irrtümlich eine Herkunft „aus dem östlichen Teil Deutschlands" zuschreibt). Das eigenartige Verhältnis von Graubner zu seinem Lehrer Wilhelm Rudolph ist Karin Thomas keine Zeile wert. Rainer Kriester kommt bei ihr nicht vor, Waldemar Grzimek wird nur ein Satz zugebilligt, Günther Uecker oder Gerhard Richter werden in der Schublade West abgelegt, und von Achim Freyer ist nur als Bühnenbildner die Rede usw.

Die Autorin weiß offenbar mit den *Grenzgängern und Dissidenten* nichts Rechtes anzufangen. Das wird bei den vier Hauptvertretern der deutsch-deutschen Kunst – G. Altenbourg, C. Claus, A. R. Penck und R. Loewig deutlich. Loewig bezeichnet die Autorin eindeutig als Dissidenten, während sie diese Bezeichnung für C. Claus bereits 1980 und jetzt wieder strikt ablehnt. Dabei übersieht sie, daß es nicht so sehr auf Meinung und Haltung, Selbstverständnis und Bekenntnis des einzelnen ankommt als vielmehr auf die Wirkung. Alle vier Künstler und viele andere gerieten in Widerspruch zur offiziellen „DDR"-Kunst. Daran ändert auch nicht, daß die „DDR" seit einiger Zeit versucht, Altenbourg und Claus zu integrieren, wie sie neuerdings z. B. auch Bloch wieder postum umarmt.

Ein Berliner Kritiker schrieb: „Sie (K. Thomas) ist so etwas wie die Chronistin, fast sogar die Buchhalterin der Kunst-Nation geworden." Chronistin ja, wenn man darunter eine subjektive Geschichtsschreibung versteht, die nach Objektivität strebt; Buchhalterin wohl nicht, denn da bleiben doch wichtige Seiten der doppelten deutsch-deutschen Buchführung ausgespart. Das Buch listet nur zweimal deutsche Kunst auf, statt – den ursprünglichen Intentionen der Autorin gemäß – die Kunst in Deutschland nach 1945 analytisch vorzustellen.

ROLF OTTO KARNAHL

„Nijinsky-Gala" beendete Hamburger Ballettwoche

Neumeiers Sieges-Fest

John Neumeier kann lachen. Am Ende der Saison hat er seinen Zehnjahresvertrag, das Versprechen für den Aus- und Umbau der Ballettschule, einen beachtlich erhöhten Etat und das hamburgische Publikum in der Tasche. Es geriet zum Abschluß der Ballettwoche in der Staatsoper bei Neumeiers vierstündiger 11. „Nijinsky-Gala" wieder in süßes Rasen.

Neumeier versteht nicht nur zu arbeiten. Er versteht auch zu feiern, wenngleich seine Feste mitunter bis zur allgemeinen Mühsal ausschweifend sind. Diesmal galt es, bei schier unerträglicher Hitze, eines der dicksten Kapitel Ballettgeschichte feiernd durchzuschmarotzen: die Verbindung von Literatur und Tanz, und in ihr hat Neumeier seit je her ein kräftiges Wort mitgesprochen. Er gehört zu den wenigen Choreographen, denen das Schwierige immer wieder ohne Rückstand und Substanzverlust gelingt: Literatur in Tanz zu verwandeln.

Ein Ballerinen-Farewell beendete leicht wehmütig den ersten Teil der Gala. An der Hand Neumeiers, der sich ihr zuliebe noch einmal in Romeos Bluse gestürzt hatte, nahm Marianne Kruuse, Neumeiers Lieblings-Ballerina über die Jahre hin, als Julia Abschied von der Bühne, der sie viele unvergeßliche Rollen geschenkt hat, allen voran das Fieberbäckchen Marie auf der Suche nach seinem Nußknacker und der Ballerinen-Karriere. Die hat Marianne Kruuse unter Neumeiers Fittichen denn auch auf charakteristische Weise gemacht.

Aber schon drängt der Nachwuchs gebieterisch aus der Kulisse: Bettina Beckmann, blutjung, versteht schon, mit jedem sorgsam geführten Schritt großäugig Emotionsreiz zu setzen. Da blüht dem Ensemble offenbar eine anrührende Begabung heran. Man lernte aber auch in der Gala, daß Neumeiers „Othello"-Ballett nicht in die Kampnagelfabrik, sondern auf die große Staatsopernbühne gehört. Gigi Hyatt und Gamal Gouda gewannen dem Ballett im Sog der Guckkastenbühne eine künstlerische Dimension neu hinzu. Die sollte man nutzen.

Augenöffnend zwei Oldtimer des Literatur-Balletts, wo es am sinnlich-kitzelndsten ist: Birgit Cullbergs „Fräulein Julie" und Roland Petits „Carmen", beide Ballette in ihren Pas de deux von einer bis heute nicht übertroffenen erotischen Kühnheit und Offenheit. Niclas Ek, Cullbergs Sohn, tanzt Jean, den Diener, mit einer proletigen Direktheit, einer realistischen Kraftentladung, die im Ballett bislang ohne Beispiel ist.

Ek ist ein Tanzkerl aus dem Ballett-Souterrain, stiernackig, geduckt, dumpf und dabei tänzerisch immer brillant, ohne auch nur einen Augenblick zum eigenen Tanzruhm zu funkeln. Er zeichnet die Rolle in ihrer Schäbigkeit wie ihrem Aufbegehr mit krassen, doch frischen Farben. Den Realismus, den man den proletarischen Tanzgedichten von Kurt Jooss nachsagt, findet man tatsächlich erst hier und jetzt in Eks aufrührerischer Interpretation der Dienerrolle. Neben ihm und seiner robusten Massivität nimmt sich freilich nun Lucia Isenrings Julie aus wie eine Ballettprinzessin auf erotischem Schleichweg.

Roland Petits „Carmen" tanzt entschieden die Gegenrichtung: ganz Chiffre, abstrakt, kondensiert. Realistisch ist nur der Zigarettenrauch. Der Tanz jedoch umkreist die Wirklichkeit wie von fern und baut sich sein eigenes Rätselreich. Carmen – eine Sphinx, selbst in Dominique Khalfounis attraktiv gefüllter Corsage.

Aber dieses sphinxhaft Lauernde, Betrachtende, Weltenferne umgibt zeitweilig auch Marcia Haydée in Béjarts Ionesco-Ballett „Die Stühle". Sie sitzt da mit damenhaft klimpernden Fingern, kühl bis zum Nagellack, schaut durch das Publikum gläsern hindurch in die Ferne und träumt, glatten Gesichts, reglos und schön, vielleicht von Blutbädern, Weltuntergängen, Altersversicherung, Intendantenwechseln oder sogar neuen Choreographen für ihre Stuttgarter Compagnie: eine Frau mit jenem Ge*heimnis, aus dem die großen Ballette* noch immer bestehen.

KLAUS GEITEL

Gespräch mit dem Schriftsteller Ernesto Sabato

Auf keinem Auge blind

Vor dem Haus wacht ein Polizist in schwarzer Uniform, der die Besucher mißtrauisch mustert und sich nach ihren Namen erkundigt. Dann verständigt er über die Sprechfunkanlage den Hausherrn. Ernesto Sabato erteilt später auf die Frage, wie er heute lebe, die Auskunft: „Mit Drohungen."

Der große argentinische Schriftsteller, 74 Jahre alt, leidet unter den Nachwirkungen einer Tätigkeit, die ihm auch einen historischen Platz in der Politik seines Landes sicherte. Er leitete jene „nationale Kommission (zur Klärung des Schicksals) vermißter Personen", CODEP, die das dunkelste Kapitel Argentiniens beleuchtete, den blutigen Untergrundkrieg der Streitkräfte gegen linke Extremisten, Sympathisanten und angebliche Sympathisanten. Neun Monate lang, von Januar 1984 bis September 1984, arbeitete die Kommission und trug schließlich 8600 Fälle zusammen. Der Schlußbericht, ein monumentales Werk, umfaßte 50 000 Seiten.

„Es war ein Abstieg in die Hölle", berichtet Sabato der WELT und gesteht: „Ich bin nicht die gleiche Person, die ich zuvor gewesen bin." „Systematisch, brutal und diabolisch" nennt er die Aktionen der Militärs in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre zur Liquidierung Tausender Menschen: „Die große Mehrheit war unschuldig." Da die Einsatzkommandos meist nachts operierten und die Verschleppten in geheimen Lagern versteckt und hingerichtet wurden, spricht er von „kafkaesken Methoden". Nein, das Volk habe damals nicht gewußt, was geschah. „Man hörte, daß Leute verschwinden, aber niemand konnte sich dieses Morden vorstellen." Jedoch: „Grausamkeiten *dieser Art geschahen auch in anderen* Nationen und in anderen Epochen." Sabato: „Der Mensch ist schlecht. Deshalb erteilen alle bedeutenden Religionen Verhaltensmaßregeln."

Zur Zeit läuft der Prozeß gegen die früheren Junta-Vertreter, die beschuldigt werden, die Befehle zum Verhaften, Foltern und Morden erteilt zu haben. „Die große Mehrheit des Volkes unterstützt dieses Verfahren", betont Sabato. Er ist „fast sicher", daß einige der Angeklagten lebenslängliche Freiheitsstrafen erhalten. Damit sei aber die Vergangenheit nicht bewältigt. „Sie wird uns noch lange beschäftigen, viele Jahrzehnte."

Ernesto Sabato wohnt seit vierzig Jahren in Los Lugares, einem ruhigen Vorort der pulsierenden, lärmenden Millionenmetropole Buenos Aires, die er nicht mag. In seinem Haus an der Langeristraße, das hinter hohen Bäumen liegt, auf denen Vögel munter zwitschern, entstand sein Lebenswerk. Die Räume sind überfüllt mit Büchern und Kunst. Aber seit sechs Jahren hat er Probleme mit den Augen.

„Ich kann nicht mehr schreiben, auch wenn ich wollte", erklärt Sabato. Er bedauert nicht, daß er nur drei große Werke veröffentlichen konnte. „Man kann in drei Büchern alles sagen, was man sagen will."

Der studierte Physiker, der noch drahtig, temperamentvoll und alert wirkt, entdeckte ein neues Aufgabengebiet als Verfechter der Menschenrechte und der Demokratie. Er ver*achtet die Diktaturen aller Richtun*gen. „Die totalitären Systeme von rechts und links haben schon Millionen Menschen geopfert, um einen ‚perfekten Menschen' zu schaffen, den es nie geben wird. Der demokratische Weg ist der beste, weil er den Menschen respektiert."

Der Schriftsteller hat im letzten Jahr zwei renommierte Auszeichnungen erhalten, den Cervantes-Preis Spaniens und den Gabriela-Mistral-Preis der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS). Die Ehrungen würdigten auch sein politisches Engagement.

Wir verabschieden uns am frühen Abend. Der nächste Besucher wartet bereits. Ernesto Sabato begleitet uns zur Tür, blickt nervös um sich. Er sucht den Polizisten, entdeckt ihn schließlich auf der anderen Straßenseite: „Ich hätte mir nicht träumen *lassen, einmal unter solchen Bedin*gungen leben zu müssen", sagt er.

WERNER THOMAS

JOURNAL

Evangeliar in vier Städten zu sehen

AP, Hannover

Das Evangeliar Heinrichs des Löwen soll vom August bis zum Frühjahr des kommenden Jahres in vier verschiedenen Ausstellungen in Braunschweig, Berlin, Bonn und München gezeigt werden. Darüber haben sich die vier Besitzer des mittelalterlichen Kunstwerks in einer „Vereinbarung über das gemeinschaftliche Eigentum am Evangeliar Heinrichs des Löwen und seine Verwaltung" geeinigt. Der niedersächsische Minister für Wissenschaft und Kunst, Johann Cassens, bezeichnete die Abmachung als einmalig, da es bisher noch kein gemeinsames Eigentum von vier öffentlich-rechtlichen Partnern an einem Kunstwerk gegeben habe. Jeder Vertragspartner wird eine der vier Ausstellungen verantworten.

Gegen den Einfluß von Radio Free Europe

rst. Prag

Das gestiegene Interesse für Geschichte bei der jüngeren Generation der CSSR soll in „gesunde marxistisch-leninistische Orientierung" gelenkt werden. Das ist das Ziel einer populärwissenschaftlichen Edition „Ein Wort zur Geschichte", in der die historische Entwicklung des Landes im 20. Jahrhundert behandelt wird. Einer der ersten Bände soll die „Aussiedlung der Deutschen" in allen ihren Aspekten behandeln. In Prag wird darauf hingewiesen, daß man mit der Herausgabe der Hefte „Ein Wort zur Geschichte" der Sendereihe des Münchner Senders „Radio Free Europe" über die Geschichte der Tschechoslowakei entgegenwirken will.

Einjährige Sperre für Video ist Rechtens

AFP, Luxemburg

Die französische Regelung vom Januar 1983, wonach Kinofilme erst nach zwölfmonatigem Kino-Einsatz auf Video-Kassetten vermarktet werden dürfen, verstößt nicht gegen die Römischen Verträge der EG über den freien Warenaustausch und ist somit Rechtens. Diese Entscheidung traf der Europäische Gerichtshof in Luxemburg. Die Richter stellten aber ausdrücklich fest, daß die einjährige Sperre von Kinofilmen für den Video-Markt nicht nur für französische, sondern auch für ausländische Streifen gelten muß.

Kunst aus bremischen Privatsammlungen

DW. Bremen

„Kunst des 20. Jahrhunderts aus privaten Sammlungen im Lande Bremen" ist derzeit in der Kunsthalle Bremen zu sehen. Sie umfaßt sowohl Werke der klassischen Moderne wie der gegenwärtigen Kunst. Das Angebot beginnt mit Horst Antes und Karel Appel und endet bei Warhol und Wols. Die Ausstellung ist bis zum 15. September geöffnet, der Katalog kostet 35 Mark.

Wanderausstellung mit israelischen Plakaten

dpa, Bonn

Rund 250 Plakate aus Israel sind im Wissenschaftszentrum in Bonn-*Bad Godesberg zu sehen. Es ist die* erste Übersicht über die Geschichte des Plakates im jüdischen Staat überhaupt. Sie beginnt mit dem Plakat „Willkommen in Israel", das kurz nach der Staatsgründung Israels für die Urbarmachung des „Gelobten Landes" warb, und führt bis in die Gegenwart. Die Sammlung stammt aus der Berliner Kunstbibliothek. Die Ausstellung ist bis zum 25. August in Bonn zu sehen und wandert dann nach Mainz, Aachen und Berlin. Der Katalog kostet in der Ausstellung 28 Mark, im Buchhandel, D. Reimer-Verlag, 38 Mark.

Fresken aus dem 13. Jahrhundert

dpa, Neustadt

Fresken aus dem 13. Jahrhundert, die hinter dicken Tünch- und Putzschichten in der früheren St.-*Ulrichs-Kirche in Neustadt (Rhein*land-Pfalz) entdeckt wurden, sollen bis 1988 freigelegt und konserviert werden. Restauratoren haben inzwischen mit den Arbeiten begonnen. Die aus dem 13. Jahrhundert stammende gotische Kirche, die um 1730 im Barockstil umgebaut wurde, wird seit 1964 *nicht* mehr als Gotteshaus benutzt. Nach der Restaurierung soll das Kirchenschiff als Gemeindezentrum dienen.

Bocholt bekommt Textilmuseum

dpa, Bocholt

Im Herbst dieses Jahres soll in der westfälischen Textilstadt Bocholt mit dem Bau eines Textilmuseums begonnen werden. Bocholt trägt die Hälfte der mit sieben Millionen Mark angegebenen Baukosten, der Landschaftsverband Westfalen-Lippe und der Kreis Borken übernehmen den Rest.

Markt für Spätlesen für 20 Jahre kaputt?

Vertreter Österreichs äußerten sich zum Weinskandal

JOACHIM NEANDER, Frankfurt

Die Österreicher reagieren auf den Weinskandal gelassener als die aufgeregte deutsche Öffentlichkeit. Das gilt bemerkenswerterweise auch für jene Teile der österreichischen Winzerschaft, die völlig zu Unrecht in den Sog der Beschuldigungen geraten sind. Auf einer Pressekonferenz in Frankfurt sagte gestern der ÖVP-Abgeordnete Franz Hietl, der im Wiener Parlament die Interessen des Weinbaus vertritt: „Der Weinskandal ist kein Politikum und darf keines werden. Ich werde mich mit allen Mitteln dagegen wehren."

Hietl, im Zivilberuf Vorstandsvorsitzender der im Export bedeutenden Winzergenossenschaft Krems an der Donau, schilderte gemeinsam mit Vorstandskollegen zum erstenmal konkret auch die geschäftlichen Auswirkungen des Skandals. Die Genossenschaft in Krems, die 1984 allein etwa 31 Millionen Liter Wein in die Bundesrepublik exportierte (davon einen großen Teil trockener Weine und nur vier Prozent Spät- und Auslesen oder noch höhere Prädikate), hat bisher noch keinen Auftrag verloren.

Zwar haben die meisten deutschen Kunden um eine zeitliche Zurückstellung der Lieferungen gebeten, da österreichischer Wein zur Zeit nicht zu verkaufen sei. Aber alle hätten zu erkennen gegeben, daß sie ziemlich fest damit rechnen, daß diese Haltung sich gegenüber den seit langem bewährten österreichischen Qualitätsweinen wie denen aus Krems schon in wenigen Wochen wieder ändern werde. Sobald wieder „Ruhe am Markt" herrsche, würden die Lieferungen wieder aufgenommen.

Unterstützung erhielten die Abgesandten aus Krems in Frankfurt durch einen deutschen Weinfachhändler aus dem Raum Krefeld, der aus eigener Initiative an der Pressekonferenz teilnahm und heftige Angriffe auch gegen die großen deutschen Einzelhandelsketten richtete, denen er eine Mitschuld an dem Skandal zudiktierte. Österreichische Spätlesen zu 1,99 Mark, wie sie dort angeboten würden, könnten schon rein rechnerisch nicht in Ordnung sein. Eine gute Spätlese aus Krems sei nicht unter sechs Mark zu haben. Durch den ständigen Druck auf die Preise seien die österreichischen Lieferanten wohl auf den Ausweg der Weinverfälschung gekommen.

Auch Genossenschaftsgeschäftsführer Franz Hellmer räumte ein, daß der „übersättigte europäische Weinmarkt" eine gewisse Rolle bei den Manipulationen gespielt habe. Bei seriösen Betrieben könnten solche Dinge jedoch nicht passieren. Auch Hellmer fürchtet allerdings, daß der Markt für österreichische Spät- und Auslesen unter Umständen „für 20 Jahre kaputt" sei.

Unklarheit herrscht offenbar auch in Österreich immer noch über den Kreis der Sünder. Die Behauptung des Burgenländischen Winzers Joseph Tschida, 90 Prozent der Exporteure seien dabei, wurde von Hietl zurückgewiesen. Dies sei durch nichts bestätigt. Allerdings wird die ÖVP die Regierung in den nächsten Tagen drängen, den Kreis der Beschuldigten trotz Datenschutzgesetz endlich bekanntzugeben, um den Rest von dem ungerechtfertigten Verdacht zu befreien.

Die nicht betroffene österreichische Weinwirtschaft behält sich nach wie vor Schadenersatzforderungen gegen die „Verursacher" langfristiger existenzbedrohender Geschäftseinbußen vor. Hietl äußerte in diesem Zusammenhang seine „Verwunderung" darüber, daß das österreichische Landwirtschaftsministerium im April zwar die zuständigen Stellen im Lande Rheinland-Pfalz, nicht aber, wie es üblich gewesen wäre, die entsprechenden Bundesbehörden in Bonn unterrichtet habe.

In Mainz erklärte gestern der rheinland-pfälzische Gesundheitsminister Klaus Töpfer die Verzögerungen unter anderem damit, daß man ungerechtfertigte Pauschal-Beschuldigungen habe vermeiden und deshalb zunächst genau habe prüfen wollen.

Roulette mit Containern

Gigantische Betrugsaffäre in Belgien aufgeflogen

HELMUT HETZEL, Brüssel

Nach der Verhaftung des Chefs einer in Belgien agierenden Betrügerbande, die mit dem Verkauf und der Vermietung von Containern Millionen-Umsätze erzielte, kommt jetzt immer mehr Licht in die „Container-Schwindelaffäre" – einen so ausgeklügelten und in dieser Art wohl einmaligen Fall. Tausende von belgischen Bürgern, die ihr Geld am Fiskus vorbei anlegen wollten, verloren dabei, so der jetzige Ermittlungsstand, Hunderttausende von Franken.

Die Idee stammte von dem 52jährigen Brüsseler Guy Lefebvre, der inzwischen mit zwei weiteren Komplizen in der belgischen Hauptstadt in Untersuchungshaft sitzt. Er gründete 1981 in der Schweiz die Firma Artu Zürich AG. Über diese Firma verkaufte er in Belgien zu einem Preis von umgerechnet zwischen 10 000 und 20 000 Mark Container an Privatkunden, die von der in Belgien ansässigen „Gesellschaft für Marketing" angeworben wurden.

Artu Zürich versprach den Containerkäufern eine saftige Rendite von 20 Prozent jährlich und garantierte die Auszahlung in Schweizer Franken. Auch die Geldanlage für die Container konnte in der Schweiz erfolgen, was die Angelegenheit für so manchen belgischen Bürger, der sich vom heimischen Finanzamt nicht allzu tief in die Taschen gucken lassen wollte, noch reizvoller erscheinen ließ.

Was aber sollte man mit einem Container anfangen? Auch dafür hatte der clevere „Kaufmann" Lefebvre die passende Lösung parat: Weitervermieten. Dafür sorgte eine andere Firma namens Logeco. Eigentümer: Guy Lefebvre. Diese Firma besaß auch tatsächlich etwa 2500 Container, die von ihr vermietet wurden. Artu Zürich allerdings hatte insgesamt rund 11 000 Container verkauft, 8500 bestanden also nur auf dem Papier.

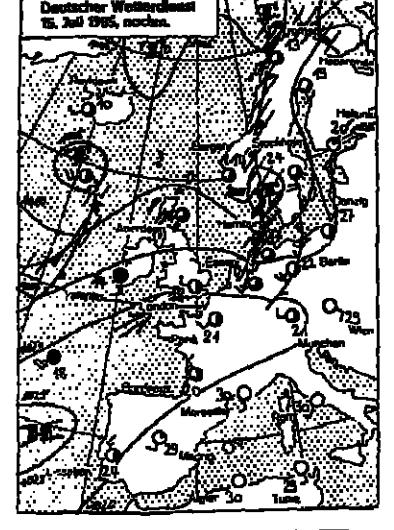
Und ebenso viele Artu-Zürich-Kunden sind es auch nach den bisherigen Erkenntnissen der Brüsseler Staatsanwaltschaft, die von Lefebvre & Co. hinters Licht geführt wurden. Mit den Erträgen aus den nicht existierenden 8500 Containern wiederum finanzierte und bezahlte Lefebvre die jeweils fälligen 20-Prozent-Renditen an seine Kunden. Das Roulette ging solange gut, bis einige Lütticher Anleger plötzlich auf Auszahlung pochten und, als dies nicht geschah, die Polizei einschalteten.

Daß sein Spielchen so schnell zu Ende sein würde, damit hatte der Container-Verkäufer offenbar nicht gerechnet. Lefebvre nämlich war, kurz bevor sein Kartenhaus einstürzte, gerade dabei, eine neue Firma namens Abru ins Leben zu rufen. Sie sollte nach dem gleichen Prinzip arbeiten wie Artu Zürich.

Zwar hat der die Ermittlungen in Brüssel leitende Richter Benoit de Gemeppe die Größenordnung des Betrugsskandals noch nicht offiziell bestätigt, doch rechnet man die gegebenen Ziffern hoch, kommt man mühelos auf etwa eine Milliarde belgische Franken, das sind umgerechnet rund 50 Millionen Mark. Hinter vorgehaltener Hand aber spricht man bereits von zwei Milliarden.

WETTER: Im Norden Regen

Wetterlage: Während der Südosten noch von einem Tiefausläufer beeinflußt wird, greift von Nordwesten her bereits eine neue Störung auf das Bundesgebiet über. Dazwischen herrscht Hochdruckeinfluß vor.



Vorhersage für Dienstag:

In Ostbayern vielfach noch stark bewölkt und örtlich Gewitter. Am Nachmittag im Nordwesten Bewölkungszunahme. Tageshöchsttemperaturen zwischen 17 und 21 Grad in der Nordhälfte und bis 27 Grad im Süden. Tiefstwerte nachts 14 bis 10 Grad. Von Gewitterböen abgesehen allgemein schwachwindig.

Weitere Aussichten:

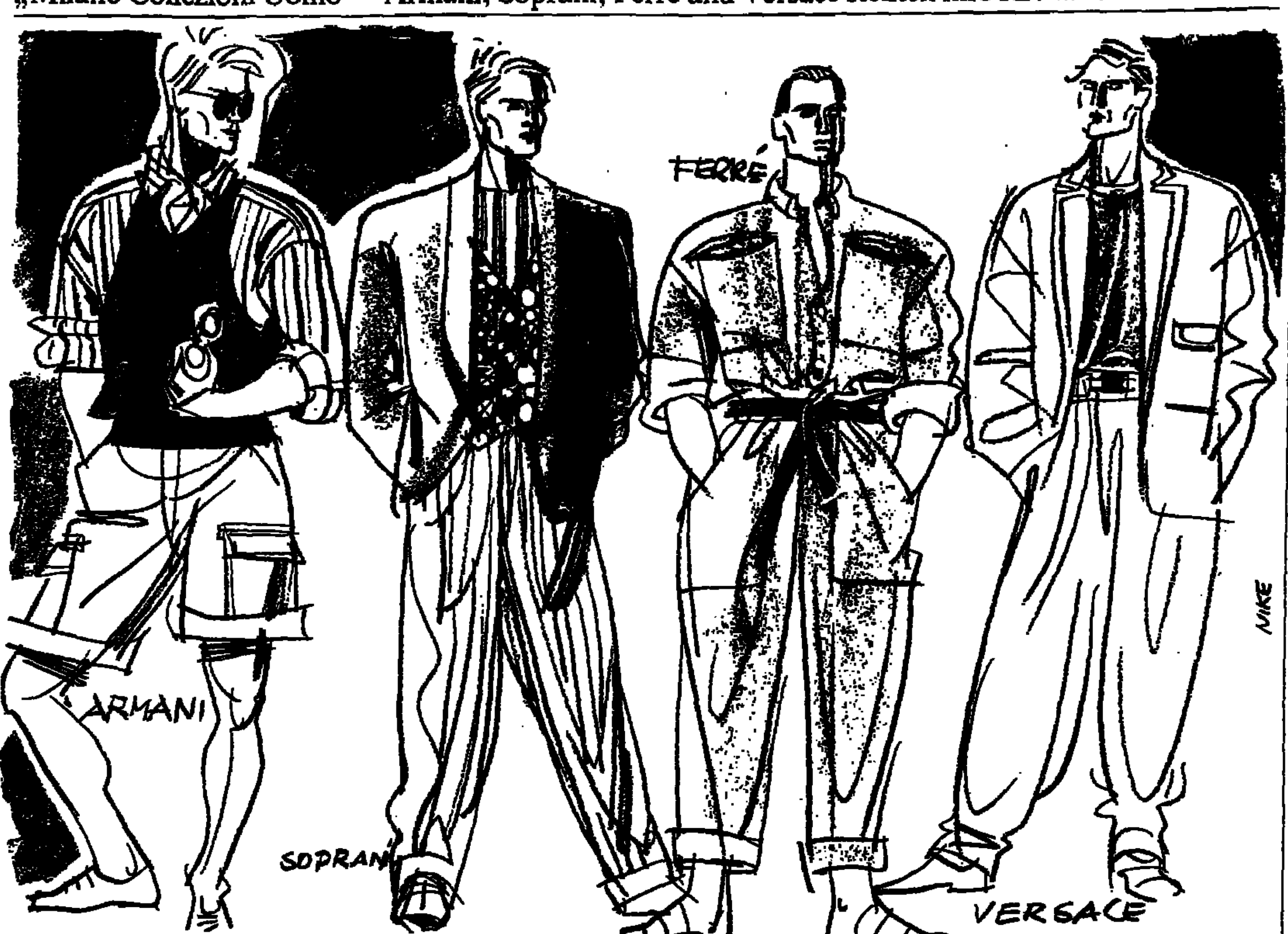
Im Norden zunehmend stark bewölkt und zeitweise Regen, sonst wechselnd wolkig und niederschlagsfrei.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	22°	Kairo	32°
Bonn	20°	Kopenh.	18°
Dresden	22°	Las Palmas	23°
Essen	17°	London	16°
Frankfurt	22°	Madrid	29°
Hamburg	17°	Mailand	27°
List/Sylt	15°	Mallorca	32°
München	21°	Moskau	20°
Stuttgart	22°	Nizza	26°
Algier	30°	Oslo	16°
Amsterdam	18°	Paris	21°
Athen	29°	Prag	24°
Barcelona	26°	Rom	30°
Brüssel	19°	Stockholm	24°
Budapest	27°	Tel Aviv	34°
Bukarest	27°	Tunis	29°
Helsinki	20°	Wien	29°
Istanbul	26°	Zürich	24°

Sonnenaufgang* am **Mittwoch**: 5.25 Uhr, Untergang: 21.30 Uhr; **Mondaufgang:** 4.06 Uhr, Untergang: 21.52 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

„Milano Collezioni Uomo" – Armani, Soprani, Ferré und Versace stellten ihre Kreationen für '86 vor



Leger, locker und wie ungebügelt, mit Knautsch- und Knittereffekten: die Männermode '86. Muster wird mit Muster gemixt. Es herrschen gedeckte Töne vor, nur die Accesoires sind knallig bunt. Giorgio Armani bevorzugt gestreifte Hemden, Luciano Soprani verarbeitet viel grobes und feines Leinen, Ferré hat den Kummerbund wiederentdeckt, und Gianni Versace setzt auf weite Hosen. ZEICHNUNG: NIKE

Mailand zeigt Meister im Mixen

Von NIKE SCHENKL

Nicht leichtgekleidete hübsche Italienerinnen beherrschten in den vergangenen Tagen das sommerliche Straßenbild Mailands, sondern ungewöhnlich viele gutaussehende, hochgewachsene, sportliche, meist blonde junge Männer. Der Grund: die Schau „Milano Collezioni Uomo", in der der Modesommer '86 vorweggenommen wird.

Am auffälligsten dabei, daß alle Sachen, ob Anzug, Hemd oder Hose, locker, leger und wie ungebügelt aussehen. Selbst der „feine Schwarze" hat keine Bügelfalten mehr. Und dazu trägt der Mann von morgen farbige oder weiße Seiden-T-Shirts oder ein Hemd mit Opa-Stehbündchen aus edelstem Material. Fast alle Stoffe haben Knautsch- und Knittereffekte, und die Hemdenstoffe erinnern an den Everglace der 50er Jahre.

Farbe gibt's nicht viel. Grau, Greige, Beige, Weiß und Dunkelblau, auch Schwarz überwiegen – zusammen mit Kakaobraun oder Marineblau. Die Ausnahme sind Accesoires: knallblaues Hemd oder rote Schuhe zum konservativen dunkelblauen Anzug. Muster wird mit Muster kombiniert, etwa feingestreiftes Hemd mit Jacke aus grobem Sommertweed (aus Leinen, Baumwolle und Schappseide), grobgestreifter Hose und einer Krawatte mit stilisiertem Blumenmuster, Schrägstreifen oder Punkten.

Meister im Mixen ist Giorgio Armani. Seine Stoffe sind aus Leinen, Seide, Baumwolle und ganz lichtem Wollcrèpe mit Baumwollbeimischung. Zum Einreiher kombiniert er oft ein gestreiftes Hemd mit Stehbündchen zu gemusterter Krawatte. Die über den Hüften weit geschnittenen Hosen haben keinen Umschlag. Armanis Freizeithemden zieren Blumenmuster, Möwen, Seesterne und afrikanische Batik-Motive. Blousons sind taillenkurz wie in den 40ern.

Luciano Soprani präsentierte seine neue Sommermode unter den Arkadengängen des Castello Sforezesco. Auch er verarbeitet viel grobes und feines Leinen, Baumwolle, Seide und kühle Sommerwolle. Er mixt Streifen, Karos und Gepunktetes, setzt Beigetöne zu Schokoladenbraun und Marineblau. Akzente setzen Westen in Weiß oder Senfgelb, Hemden in Tintenblau und Hüte, Schirme und Schuhe in Karminrot.

Mit großem Spektakel zeigte Gianni Versace abends vor seiner zahlreichen Fangemeinde im Palazzo del Senato seine Kreationen. Die Linie ist „Versace-leger". Breite, abfallende Schultern und weite Hosen, die lokkcker, nach unten enger, auf die Schuhe fallen. Viel weißes Leinen, Anzüge in Grau, graublaue Leinenhemden. Tintenblaue Kurzblousons, T-Shirts in Gelb, Ledernes in Schokoladenbraun und Türkis bei Strick.

In fast klassischen zweireihigen Nadelstreifen, die an Humphrey Bogart in „Casablanca" erinnern, führte Ferré seine neuen Männer vor. Man sah weiche Nappalederhemden und Mäntel in Braun, Blau und Schwarz, Freizeithemden und Hosen, die wie Pyjamas aussehen. Am Abend darf der Mann in rosenholzfarbenem Leinenjacket, nachtblauen Hosen mit gestreiftem Kummerbund und changierendem offenen Seidenhemd die Damenwelt beeindrucken.

LEUTE HEUTE

Ansehen

Einer der erfolgreichsten Geschäftsleute Frankreichs, **Bernard Tapie** (40), ist jetzt wegen Devisenvergehens angeklagt worden. Dem Unternehmer wird von den Zollbehörden vorgeworfen, in den Jahren 1978 bis 1980 umgerechnet 500 000 Mark ohne Ausfuhrgenehmigung in die Schweiz transferiert zu haben. Dem Ansehen des Unternehmers scheint dies wenig geschadet zu haben. Neben **Alain Delon** ist Tapie laut einer Umfrage unter Frankreichs Frauen ihr Wunschpartner für einen Flirt.

Vorsehen

Eine neue Art Rollschuhe hat ein französischer Sportlehrer erfunden. Sie haben anstatt der Eisen- oder Kunststoffräder richtige Pneus wie ein Fahrrad und erlauben das Rollschuhfahren auch auf Sand und Rasen, wo es bisher so gut wie unmöglich war. Der Erfinder **Jean-Pierre Levy**, ein 38 Jahre alter Sportlehrer, hat mehrere Jahre an seinem neuartigen Rollschuh gebastelt, bevor er ihn jetzt der Öffentlichkeit vorstellte. Da sollten sich die anderen Roller schon mal vorsehen.

Einsehen

Bürgermeister **Uri Amit** aus der israelischen Stadt Ramat Gan hat keine rechte Freude mehr an seinem Auto. Dabei handelt es sich um ein ausgesprochen schönes Stück – einen weißen Volvo. Seine Kritiker hatten kein Einsehen mit dem Stadtchef, der der Arbeitspartei angehört. Sie boten jetzt den Volvo kurzerhand in der Zeitung zum Verkauf an.

Nachsehen

Wenn Premierministerin **Margaret Thatcher** ihre Minister um sich versammelt, ist der wichtigste Mann in ihrem Leben nie dabei: Ehemann **Denis** spielt dann häufig Golf. Aber leider mit einem allzu großen Handicap. Als er sich jetzt bereit erklärte, in der Grafschaft Surrey bei einem Wohltätigkeitsturnier mitzuspielen, hatte er sogar gegen den amerikanischen Juristen **Patrick Browne** (52) das Nachsehen. Und das, obwohl Browne blind ist.

Keine Kopeke für Afrika

„Live-Aid"-Konzert in der Sowjetunion nicht übertragen

SAD, London/Moskau

„Wir sind stolz, ein Teil dieses Zusammenschlusses von Millionen Menschen zu sein." Das war der Satz, mit dem der Moskauer Fernsehsprecher Wladimir Posner den sowjetischen Beitrag für die weltweite Fernsehübertragung des „Live-Aid"-Rockkonzertes ansagte. Und als dann die sowjetische Popgruppe „Autograph" sang, entstand weltweit der Eindruck, daß auch die Sowjetunion am größten Rockfestival aller Zeiten teilnahm. Erst nachträglich ist der Londoner Fernsehgesellschaft BBC klargeworden: Die Ansage war eine der geschicktesten Propagandafallen, die der Kreml jemals für ein weltweites Publikum aufgestellt hat.

Die Wahrheit sieht so aus: Nicht eine einzige Minute des Rockkonzertes ist im sowjetischen Fernsehen direkt ausgestrahlt worden. Die sowjetische Öffentlichkeit erfuhr auch nichts aus ihren Zeitungen über die Doppelveranstaltung im Londoner Wembley-Stadion und im John-F.-Kennedy-Stadion von Philadelphia. Daher konnte auch keine einzige Kopeke für die Afrika-Hungerhilfe gesammelt werden. Insgesamt dürfte das 16stündige Rock-Spektakel mindestens 200 Millionen Mark eingebracht haben.

Moskau hatte sich bereit erklärt, die von der BBC weltweit angebotene Fernsehübertragung abzunehmen. Nachträglich rechnet die BBC nun damit, daß die UdSSR noch einen zensierten Zusammenschnitt zeigen und sich damit ein politisches Feigenblatt schaffen wird. Die Veranstaltung vom vergangenen Wochenende haben in Moskau nur 150 bis 200 ausgewählte Gäste gesehen, die für die sowjetische Gruppe „Autograph" die Studioszene füllen mußten.

Der Moskauer Korrespondent des „Daily Telegraph" glaubt nicht daran, daß Moskau noch nachträglich Bilder aus dem Wembley-Stadion oder aus Philadelphia zeigen wird. Rockmusik gilt noch immer als eine „dekadente Kultur, mit der der Westen versucht, das kommunistische System zu untergraben".

Das Groschengrab feiert seinen 50.

In 50 Jahren hat sie ihr Aussehen kaum verändert: die Parkuhr. Das erste Modell – in Oklahoma ausgestellt – ähnelt den heutigen verblüffend.

FOTO ULRICH KEMPF

CATRIN WILKENING, Bonn

Wenn Lucky Luke noch kurz vor der Jahrhundertwende mit einer Pferdestärke nach Oklahoma City ritt, konnte er seinen Gaul noch lässig an einer Stange anhalftern und so lange bleiben, wie er wollte. Wenn seine Nachfahren eine Generation später die Stadt im Mittelwesten besuchten, inzwischen motorisiert mit einigen PS mehr, kam sie das befristete Abstellen ihres Wagens bereits teuer zu stehen. Zumindestens vom 16. Juli 1935 an und zuerst nur für die Parkmöglichkeit an der Ecke First Street/Robinson Avenue. Denn hier wurde heute vor 50 Jahren die erste Parkuhr der Welt installiert.

Schnell breitete sich diese Einrichtung über Stadt, Staat, Kontinent und 1954 nach Europa aus. Die ersten Parkuhren diesseits des Atlantik wurden in Deutschland installiert. Die Erfindung des Verlegers Carl C. Magee, mit der die zulässige Parkzeit der sich ständig vermehrenden Automobile in der Innenstadt begrenzt werden sollte, erwies sich als effektiv. Magees Idee war, Kurzzeitmesser zu installieren, die durch den Einwurf von Münzen in Gang gesetzt werden.

Fünf Cent kostete vor 50 Jahren eine Stunde Parkzeit in Oklahoma. Bei uns verharrte der Preis lange bei einem Groschen, stieg in den 80er Jahren in einigen Städten jedoch inflationär auf eine Mark für eine Stunde Parken. Wer kennt es nicht, das Kramen im Portemonnaie nach den Zehnern, das Hechten aus Büro oder Friseursalon zur Parkuhr, um nachzuwerfen. Eine Methode, die in Hamburgs Innenstadt teuer werden kann. Dort darf ein Auto nicht länger als drei Stunden an einer Parkuhr stehen, sonst wird es abgeschleppt.

Dabei wollen die Stadtverwaltungen den Autofahrern nichts Böses, sind Parkuhren lediglich „ein Instrument, das den Parkraum bewirtschaften soll", wie Dietmar Wolf von der Stadtverwaltung Duisburg sagt. Und sie bringen den Städten nicht einmal Geld ein, da sie selbst sowie ihre Wartung zu viel kosten. Darum scheint die Parkuhr zu ihrem 50. Geburtstag allmählich schon in die Frühpensionierung geschickt zu werden. In Köln wird sie, wo möglich, durch Parkscheinautomaten ersetzt. Da wird ein Gerät für rund 12 000 Mark erworben anstelle mehrerer Dutzend Parkuhren à 560 Mark im Durchschnitt. Rationalisierung auch hier.

Noch bürgerfreundlicher geben sich die Stadtväter der bayerischen Landeshauptstadt. Die Verwaltung will bis Ende 1986 alle Parkuhren ersatzlos entfernen. In München wird die Parkzeit jetzt durch das ausgeschilderte „eingeschränkte Halteverbot" begrenzt oder durch die Parkscheibe im Wagen, die der Autofahrer selbst einstellt. Pressesprecher Thomas Koch begründet die Entscheidung mit der „Lebenszelle", die die Stadt für den Bürger sein solle, auch für den Autofahrer. Neben der Verschönerung der Stadt wirke sich der gewonnene Platz günstig auf den „Kinderwagenverkehr" aus, so Koch.

Manch ein Bürger interessierte sich schon für so eine „Gebrauchtuhr", wollte sie erwerben, um sie in seinen Garten zu stellen. Da könne dann jeder Besucher einen Groschen einwerfen. So scheint sich die Parkuhr in ihren fünfzig Jahren Existenz bei allem Widerwillen doch noch ins Herz der Autofahrer geschlichen zu haben.

Kalte Blitzschläge für Fehlalarme verantwortlich

DW. Bonn

Nach dem hochsommerlichen Wochenende haben heftige Gewitter mit orkanartigen Böen in der Nacht zum Montag in weiten Teilen Deutschlands Abkühlung gebracht und vielerorts Schäden angerichtet. Aus dem Nordwesten Niedersachsens, Bremen und dem schleswig-holsteinischen Kreis Steinburg meldete die Polizei Sturmschäden und Brände, die vermutlich durch Blitzschlag ausgelöst wurden. In einem vom Blitz getroffenen Stall in Cappeln (Kreis Cloppenburg) verbrannten 15 Schweine. In einigen Gebieten entwurzelte der Sturm Bäume und deckte Dächer von Wohnhäusern ab. Verletzte gab es den Angaben zufolge nicht. Regenmassen behinderten in weiten Teilen Westdeutschlands den Straßenverkehr. Auf der A1 bei Hagen-West stand das Wasser 50 Zentimeter hoch. Sogenannte „kalte Blitzschläge" haben vielen Feuerwehren Fehlalarme gebracht. Nach Angaben der Polizei schlug der Blitz in öffentliche und private Feuermelder ein und löste Alarm aus. Die Kölner Polizei verzeichnete deswegen in der Nacht zum Montag 75 Fehl-Einsätze. Bis gestern morgen waren die Beamten 259 Mal ausgerückt, doppelt so oft wie im Durchschnitt.

Grubenunglück in China

AFP/rtr. Hongkong

In einer Kohlenzeche in der südchinesischen Provinz Guangdong sind bei einem Grubenunglück nach amtlichen Angaben 53 Bergleute ums Leben gekommen. Drei weitere Kumpel werden noch vermißt, teilte ein Vertreter der zuständigen Behörde mit. Das Unglück hatte sich bereits am Freitag ereignet. Aus zunächst ungeklärter Ursache war giftiges Gas in die Zeche gelangt, die rund 300 Kilometer nördlich von Kanton liegt. Den Angaben zufolge sollen sich 109 Arbeiter zum Zeitpunkt des Unglücks in der Grube aufgehalten haben. 53 Bergleute seien gerettet worden.

Häftlinge begnadigt

dpa, Paris

Die ersten der vom französischen Staatspräsidenten Francois Mitterrand zum Nationalfeiertag (14. Juli) begnadigten 2400 Häftlinge sind gestern freigelassen worden. Mitterrand hatte diese zweite Gnadenaktion in seiner vierjährigen Amtszeit am Sonnabend angekündigt. Die Maßnahme erfolgte vor dem Hintergrund von seit Monaten andauernden Meutereien gegen die Haftbedingungen in den französischen Haftanstalten. Die verfügbaren 32 500 Zellenplätze teilen sich gegenwärtig 42 757 Insassen.

Gesetze gebrochen

rtr, Moskau

Die neuen Alkoholgesetze in der Sowjetunion sind nach Angaben von Innenminister Witalj Fedorschuk im ersten Monat 15 000 Mal gebrochen worden. Der Parteizeitung „Prawda" sagte der Minister in einem gestern veröffentlichten Interview, am häufigsten verstießen Verkäufer gegen die neuen Bestimmungen. Um der steigenden Zahl von Alkoholsüchtigen Herr zu werden, hatte die Regierung im Juni harte Gesetze erlassen.

Bombenattentäter floh

dpa, Dortmund

Der 20jährige Torsten Retta, der am 7. März dieses Jahres mit einer selbstgebastelten Zeitzünderbombe im Dortmunder Kaufhaus Hertie acht Menschen zum Teil schwer verletzt hatte, ist in der vergangenen Woche aus der Jugendpsychiatrischen Anstalt Marburg/Lahn geflohen. Das berichtete gestern die Dortmunder Staatsanwaltschaft.

Glück im Unglück

dpa, Innsbruck

Eine Naßschneelawine hat am Sonntag im Tiroler Pitztal vier deutsche Bergsteiger 600 Meter in die Tiefe gerissen und verschüttet. Ein Tiroler Bergführer, der sich zufällig in der Nähe aufhielt, befreite die Gruppe und leistete erste Hilfe.

Schweinerennen prüfen

dpa, Düsseldorf

Mit der Frage, ob „Schweinerennen" vor klatschenden, johlenden Zuschauern Tierquälerei sind, muß sich nach der Sommerpause der Petitionsausschuß des nordrhein-westfälischen Landtags beschäftigen. Eine Petition von Tierfreunden verlangt, „jedwede Schweinerennen im Land Nordrhein-Westfalen ausnahmslos" zu untersagen.

Ferienjobs

AP, Wolfsburg

Rund 1400 Ferienjobs für Studenten bietet die Volkswagen AG nach den Werksferien Mitte August an. Die Werksleitung teilte gestern in Wolfsburg mit, daß in den Werken Wolfsburg, Braunschweig, Kassel, Salzgitter und Emden Studenten benachbarter Hochschulen für vier Wochen beschäftigt werden sollen.

ZU GUTER LETZT

„Nur die Königin bekommt Kinder. Aber auch sie darf nur einmal in ihrem Leben (20 Jahre) lieben." Die „Bild"-Zeitung über Ameisen.